



Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 15. Dezember 2025**
in der Welser Stadthalle stattgefundene

41. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 13.02 Uhr.
Ende der Sitzung: 18.05 Uhr.

Die Verhandlungsschrift der 40. Sitzung des Gemeinderates vom 17.11.2025 liegt zur
Einsichtnahme auf.

Männliche/weibliche Form im Text

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit des Textes wurde nur eine Form der Anrede gewählt.
Diese steht stellvertretend für beide Geschlechter.

A n w e s e n d e

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

FPÖ-Gemeinderatsfraktion

1. Vizebürgermeister: Gerhard Kroiß

3. Vizebürgermeisterin: Christa Raggl-Mühlberger

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat): Ralph Schäfer, BSc MSc

Gemeinderäte:

Thorsten Aspetzberger

DI Gunter Haydinger

Mag. Silke Lackner

Ingo Spindler

Sandra Wohlschlager

Fabian Bauer

Mag. Paul Hammerl, MA

KR. Herwig Karl Mayer, MBA

Ing. Olivera Stojanovic, BSc

Carmen Pühringer, MSc

Gerhard Bruckner

Christiane Kroiß

Ronald Schiefermayr

Anna Maria Wippl, BA BA LL.M.

SPÖ-Gemeinderatsfraktion

2. Vizebürgermeister: Mag. Klaus Schinninger

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat): Stefan Ganzert

Gemeinderäte:

Silvia Huber, MPA

Laurien Scheinecker, BA

Mag. Hannah Stöger Müller, MBA

Christian Kittenbaumer

KR. Karl Schönberger

Gloria-Maria Umlauf

Thomas Loibingdorfer

ÖVP-Gemeinderatsfraktion

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat): Dr. Martin Oberndorfer

Gemeinderäte:

Birgit Ebetshuber

Markus Wiesinger

Ludwig Vogl

Andreas Weidinger

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat): Thomas Rammerstorfer

Gemeinderäte:

Mag. Ralf Drack

Markus Faber

Miriam Faber

Alessandro Schatzmann

NEOS

Gemeinderat

RegRat Walter Zaunmüller

MFG

Gemeinderat

Jörg Wehofsich

Vom Magistrat:

[anonymisiert]

Schriftführer:

[anonymisiert]

Entschuldigt:

GR. Johann Reindl-Schwaighofer, MBA

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde, weist darauf hin, dass die Sitzung aufgezeichnet und im Internet übertragen wird,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 05.12.2025 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Wahl von Mitgliedern und Ersatzmitgliedern
der Ausschüsse des Gemeinderates
Verf-015-W-28-2025

Bgm. Dr. Rabl: Die GRÜNE-Gemeinderatsfraktion hat einen neuen Wahlvorschlag für die Mitglieder und Ersatzmitglieder der Ausschüsse des Gemeinderates eingebracht. Ich darf auf die aufliegenden Wahlvorschläge verweisen. Die Änderungen gegenüber der bisherigen Besetzung der Ausschüsse sind darin in Fettdruck hervorgehoben. Die Zusammensetzung des Kontrollausschusses ergibt sich aus § 40b StW 1992, jene der sonstigen Ausschüsse aus der Ausschussverordnung 2021.

Die Mitglieder und Ersatzmitglieder der Ausschüsse sind von den Gemeinderatsmitgliedern der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion mit absoluter Mehrheit der abgegebenen Stimmen zu wählen.

Wahlvorschlag für die Mitglieder und Ersatzmitglieder der Ausschüsse:

Ausschuss	als Mitglied	als Ersatzmitglied
Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss	Alessandro Schatzmann	Markus Faber
Bau-, Wohnungs- und Stadtentwicklungsausschuss	Miriam Faber	Alessandro Schatzmann
Mobilitätsausschuss	Miriam Faber	Markus Faber
Finanz-, Präsidual- und Innenstadtausschuss	Miriam Faber	Alessandro Schatzmann
Sozial-, Kultur- und Frauenausschuss	Markus Faber	Miriam Faber
Bildungs- und Gesundheitsausschuss	Markus Faber	Alessandro Schatzmann
Wirtschaftsausschuss	Markus Faber	Miriam Faber
Umweltausschuss	Alessandro Schatzmann	Markus Faber
Kontrollausschuss	Alessandro Schatzmann	Miriam Faber

Obiger Wahlvorschlag wird in Fraktionswahl mit

3 Ja-Stimmen (GR. Faber Miriam, GR. Faber Markus, GR. Schatzmann)

gegen 1 Nein-Stimme (GR. Mag. Drack)

angenommen.

Wahl des Vorsitzenden des Kontrollausschusses
Verf-015-W-28-2025

Bgm. Dr. Rabl: Ergänzend zur Neubesetzung der Ausschüsse hat die GRÜNE-Gemeinderatsfraktion auch einen Wahlvorschlag für die Funktion des Vorsitzenden des Kontrollausschusses eingebracht.

Ich darf auf den aufliegenden Wahlvorschlag verweisen. Nach § 40b Abs 5 StW 1992 kommt die Stelle des Vorsitzenden des Kontrollausschusses der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion zu.

Der Vorsitzende des Kontrollausschusses ist von den Gemeinderatsmitgliedern der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion mit absoluter Mehrheit der abgegebenen Stimmen zu wählen.

Wahlvorschlag:

Als Vorsitzender für den Kontrollausschuss wird GR. Schatzmann anstelle von GR. Mag. Drack vorgeschlagen.

Obiger Wahlvorschlag wird in Fraktionswahl mit

3 Ja-Stimmen (GR. Faber Miriam, GR. Faber Markus, GR. Schatzmann)

gegen 1 Nein-Stimme (GR. Mag. Drack)

angenommen.

Anfrage der SPÖ-Gemeinderatsfraktion an
Bgm. Dr. Rabl betreffend Bericht des Rechnungshofs
Verf-015-W-29-2025

In der letzten Gemeinderatssitzung wurde der Bericht des Rechnungshofs durch den Gemeinderat zur Kenntnis genommen. Im Zusammenhang mit diesem Bericht stelle ich gemäß §10 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wels folgende Anfrage an Sie:

1) Welche Überlegungen standen im Allgemeinen hinter dem Entschluss, im Februar 2019 dem Verein [anonymisiert] beizutreten?

Antwort: Ziel des kostenlosen Beitritts war im Fall von förderbaren Projekten durch das Know-how des Vereins einen leichteren Zugang zu EU-Förderungen zu erhalten.

2) Welche Überlegungen standen im Speziellen hinter dem Entschluss, im Februar 2019 dem Verein [anonymisiert] beizutreten, obwohl die wirtschaftliche Entwicklung der gleichnamigen GmbH, dessen Alleingesellschafter der Verein [anonymisiert] ist, bereits zum damaligen Zeitpunkt als negativ zu beurteilen war (negatives Eigenkapital)?

Antwort: Zum Zeitpunkt des Beitritts waren mehrere Ministerien und die Gebietskörperschaften Mitglied bei dem Verein. Ob die wirtschaftliche Entwicklung der GmbH negativ war, kann nicht beurteilt werden.

3) Welche Überlegungen standen im Speziellen hinter dem Entschluss, im Februar 2019 dem Verein [anonymisiert] beizutreten, obwohl die Stadt Wels weder Träger noch Partner von durch bzw. über die [anonymisiert] abgewickelten Projekten war?

Antwort: Ich verweise auf die Antwort zu Frage 1. Ziel des kostenlosen Beitritts war im Fall von förderbaren Projekten durch das Know-how des Vereins einen leichteren Zugang zu EU-Förderungen zu erhalten.

4) Wurde seitens der Stadt Wels seit ihrem Beitritt zum Verein [anonymisiert] jemals eine Leistung bzw. ein Nutzen aus der Vereinsmitgliedschaft gezogen und welche Leistungen/Nutzen waren das?

Antwort: Die Stadt Wels hat keine Leistungen des Vereins in Anspruch genommen, gar keine.

5) Das Geschäftsgebaren sowie die personellen Verflechtungen zwischen dem Verein [anonymisiert] und der gleichnamigen GmbH wurden durch den Rechnungshof stark kritisiert. Insbesondere Mehrfachfunktionen, etwa als Generalsekretärin des Vereins und als Geschäftsführerin der GmbH, führten laut Rechnungshof zu Interessenskonflikten. Bei wie vielen Mitgliederversammlungen bzw. Vorstandssitzungen der [anonymisiert] war die

Stadt Wels als Mitglied vertreten und durch welche Person oder Personen wurde die Stadt Wels dort vertreten?

Antwort: Wir waren einmal bei der Generalversammlung im Jahr 2019 anwesend, teilgenommen habe ich selbst als Bürgermeister.

6) Wurde im Rahmen dieser Sitzungen auf die möglichen Interessenskonflikte aufmerksam gemacht?

Antwort: Bei dieser Sitzung waren verschiedene Vertreter der Ministerien anwesend. Über den Inhalt der Sitzung kann ich aufgrund der Vertraulichkeitsnotwendigkeit keine Auskunft erteilen.

7) Im Oktober 2022 erfolgte schließlich die Insolvenzanmeldung der [anonymisiert]. Zudem gibt es offene strafrechtliche Ermittlungen im Zusammenhang mit dem Geschäftsgebaren der [anonymisiert]. Aufgrund des laufenden Insolvenzverfahrens kann der Rechnungshof nicht abschließend beurteilen, ob nicht nur Organe der [anonymisiert], sondern möglicherweise auch Vereinsmitglieder wie die Stadt Wels haften müssen. Die offenen Forderungsanmeldungen gegenüber der [anonymisiert] betragen mit Stand Dezember 2024 über 10 Millionen Euro. Wie beurteilen sie das Haftungsrisiko für die Stadt Wels in diesem Zusammenhang?

Antwort: Eine Haftung der Stadt Wels kann aufgrund der gesellschaftlichen Konstruktion aus meiner Sicht ausgeschlossen werden.

8) Wurden seitens der Stadt Wels Rückstellungen im Zusammenhang mit einem möglichen Haftungsrisiko aus der [anonymisiert]-Mitgliedschaft gebildet und in welcher Höhe?

Antwort: Eine Rückstellung für ein Haftungsrisiko wurde aufgrund des fehlenden Haftungsrisikos nicht gebildet.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend
Absehen von einer Erhöhung der Grundsteuer,
Resolution an den Nationalrat und die Bundesregierung
Verf-015-I-30-2025

Bgm. Dr. Rabl verweist auf den Dringlichkeitsantrag.

Da zur Dringlichkeit keine Wortmeldungen abgegeben werden, wird sofort darüber abgestimmt.

Dem Antrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird die Dringlichkeit mit

34 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP-, GRÜNE-Fraktion ohne
GR. Mag. Drack, MFG, NEOS)

gegen 1 Stimmenthaltung (GR. Mag. Drack)

zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Wertekodex, Krabbelstuben- und Kindergartenordnung sowie
Anpassung der Betreuungsvereinbarung
Verf-015-I-31-2025

Bgm. Dr. Rabl verweist auf den Dringlichkeitsantrag.

GR. Wiesinger: Ich melde mich zur Dringlichkeit bei diesem Dringlichkeitsantrag, weil ich der Meinung bin, dass wir in Zukunft ein bisschen bei der Begründung der Dringlichkeit aufpassen müssen. Die FPÖ hat den Dringlichkeitsantrag damit begründet, dass sich eine Notwendigkeit daraus ergibt, den Pädagogen rasch ein Instrument in die Hand zu geben.

Wenn dieser Antrag eine Mehrheit findet, wird das frühestens im Herbst zur Anwendung kommen. Jetzt haben wir Dezember. Man hätte diesen Antrag durchaus auch im Jänner stellen können, nämlich als normalen Antrag. In der Geschäftsordnung ist klar geregelt, dass eine Dringlichkeit nur dann gegeben ist, wenn der Gemeinderat nicht ohne Nachteil für die Sache abgewartet werden kann. In diesem Fall sehe ich eigentlich überhaupt keine Dringlichkeit. Noch dazu, wo wir im letzten Gemeinderat einen sehr ähnlichen, wenn nicht gleich lautenden Antrag, gehabt haben. Zumindest in der Sache war er ähnlich. Meiner Meinung nach ist er dem falschen Ausschuss zugewiesen worden. Er hätte dem Kollegen Vzbgm. Mag. Schininger zugewiesen werden müssen und nicht dem Kollegen Vzbgm. Kroiß.

Jetzt den Dringlichkeitsantrag einzubringen und noch dazu mit dem Antrag, dass er zu Beginn der Sitzung behandelt werden soll, kann nichts anderes sein, als dass man jetzt die Aufmerksamkeit auf dieses Thema lenken möchte.

Es ist das letzte Mal, dass wir als ÖVP so einer Dringlichkeit zustimmen. Ich bitte auch den Verfassungsdienst, genauer zu schauen. Wenn wir uns nicht mehr an die selbstgegebenen Regeln in der Gemeinderatsordnung halten und sie auch nicht einhalten, dann wird das Ganze ad absurdum geführt.

GR. Schatzmann: Wir GRÜNE stellen die Dringlichkeit dieses Antrages stark in Frage. Die FPÖ begründet - wie schon ausgeführt - die Dringlichkeit damit, dass man

Pädagogen möglichst rasch ein Instrument in die Hand geben möchte. Wie auch schon in der letzten Gemeinderatsitzung sehr gut dargelegt, gibt es dieses Instrument so nicht. Es ist allerhöchstens ein Papiertiger, der allenfalls für eine schnelle Schlagzeile reicht.

Dieser Antrag wurde in der letzten Gemeinderatsitzung in den falschen Ausschuss verschoben, wie auch schon vor mir gesagt wurde. Er ist nämlich im Sportausschuss gelandet und nicht im Bildungsausschuss, obwohl sich der Antrag eindeutig an den Herrn Bildungsreferenten wendet und nicht an den Sportreferenten.

Dort hätte man verhandeln können, dort hätte man inhaltlich diskutieren können, offenkundig hatte die FPÖ daran kein Interesse, denn es kam von ihrer Fraktion im Ausschuss keine einzige Wortmeldung dazu. Auf meine Frage, was denn jetzt mit dem Antrag passiere, wurde mir lediglich mitgeteilt, dass er nun als behandelt gelte und nichts weiter passiere. Umso bemerkenswerter ist, dass ein fast gleichlautender Antrag jetzt als Dringlichkeitsantrag wieder in den Gemeinderat eingebracht wurde. Offenkundig schafft es die FPÖ nicht, über demokratische Prozesse und über die Ausschüsse Mehrheiten für ihre Sache zu gewinnen und stellt daher diesen Dringlichkeitsantrag heute hier, weil sie wusste, dass die Opposition nicht vollständig vorhanden und somit nicht vollständig hier in der Sitzung dabei ist und sie damit eine einfache Mehrheit für sich erzwingen kann.

Wenn man es auf demokratischem Weg über Diskussion und inhaltlichen Austausch nicht schafft, muss man auf billige Tricks zurückgreifen. Wir lehnen die Dringlichkeit daher ab.

Dem Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion wird die Dringlichkeit mit

	<u>23 Ja-Stimmen</u> (FPÖ-, ÖVP-Fraktion, MFG, NEOS)
gegen	<u>12 Nein-Stimmen</u> (SPÖ-, GRÜNE-Fraktion)
	<u>zuerkannt.</u>

Der Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion, den Dringlichkeitsantrag vor Eingehen in die Tagesordnung zu behandeln, wird mit

	<u>19 Ja-Stimmen</u> (FPÖ-Fraktion, MFG, NEOS)
gegen	<u>16 Nein-Stimmen</u> (SPÖ-, ÖVP-, GRÜNE-Fraktion)
	<u>angenommen.</u>

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Wertekodex, Krabbelstuben- und Kindergartenordnung sowie
Anpassung der Betreuungsvereinbarung
Verf-015-I-31-2025

Vzbgm. Kroiß: Ich darf kurz vorher noch ein wenig auf die Dringlichkeit eingehen. Ich bin schon der Meinung, dass er dringend ist. Warum sollte er erst im Herbst umgesetzt werden? Er kann durchaus ja schon früher umgesetzt werden. Man kann den Eltern schon früher mitteilen, wenn sie ihre Pflichten nicht wahrnehmen, dass auch durchaus hier mit Vertragsstrafen vorgegangen werden kann.

Und Kollege GR. Schatzmann, es ist kein fast gleichlautender Antrag, wenn man beide Anträge vergleicht, sind hier nämlich wesentliche Unterschiede erkennbar. Und es war nicht der Sportschuss, sondern es war natürlich im Integrationsausschuss und es sind hier natürlich in den Kindergärten tatsächlich Integrationsmaßnahmen vorgesehen.

Wie bereits gesagt wurde, wurde der letzte Antrag von uns im letzten Integrationsausschuss am 04.12.2025 behandelt und dabei wurden weder von der SPÖ Argumente vorgebracht, warum dieser Antrag nicht sinnvoll ist bzw. warum er eigentlich generell abgelehnt werden sollte. Es wurden auch generell keine Einwände und keine Diskussionsgrundlagen von den Fraktionen vorgebracht, warum dieser Antrag nicht sinnvoll ist. Es war daher für mich durchaus anzunehmen, dass gerade auch die SPÖ oder die anderen Fraktionen grundsätzlich für diesen Antrag sind und deswegen wurde er als neuer Antrag und nicht wie behauptet als gleicher oder ähnlicher Antrag eingebracht. Und das hat nichts mit der Missachtung der demokratischen Spielregeln zu tun. Uns ist dieses Thema sehr wichtig und ich wollte es nicht nur im Ausschuss behandeln, sondern wieder in den Gemeinderat bringen. Im Ausschuss selber kann ich ja nicht beschließen, dass diese Regeln umgesetzt werden.

Und wir haben ihn jetzt extra noch konkretisiert, dass er dann noch schneller umgesetzt werden kann, nicht dass der Bildungsreferent all diese Maßnahmen ausarbeiten soll. Deswegen glaube ich auch, dass er durchaus vor dem Herbst umgesetzt werden kann.

Und deswegen auch dieser neue Antrag. Nämlich, dass die Betreuungsvereinbarung dahingehend abzuändern ist, dass ein neuer Punkt eingefügt wird, der wie folgt lautet: „Die jeweilige gültige Kindergarten- bzw. Hort- bzw. Krabbelstubenordnung sowie die aktuelle Tarifordnung für die städtische Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtung und der Wertekodex für die Kinderbetreuungseinrichtung der Stadt Wels werden vollumfänglich Bestandteile dieses Vertrages und sind damit auch auf das Vertragsverhältnis anwendbar und die Betreuungsvereinbarung ist dahingehend abzuändern, dass Vertragsstrafen bei wiederholter Verletzung von Punkt 10 und 11 der Kindergartenordnung oder bei wiederholten Verstößen gegen den Wertekatalog in der Höfen von € 50,- bis maximal € 500,- vorgesehen werden und die Krabbelstubenordnung, die Kindergartenordnung und der Wertekodex werden vom Gemeinderat beschlossen.“

Liebe Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, viele dieser Argumente, warum wir diesen Antrag einbringen, wurden ja auch bereits in der letzten Gemeinderatsitzung präsentiert. Ich möchte sie aber trotzdem nochmals in Erinnerung rufen. Wir sprechen heute immer noch über unsere Kinder, die in unserer Stadt aufwachsen, spielen, lernen

und die Zukunft von Wels gestalten werden. Und wir sprechen über etwas, das für jedes Kind entscheidend ist - die Chance, von Anfang an die deutsche Sprache zu erlernen, um hier wirklich anzukommen und das wurde bereits auch in der letzten Gemeinderatssitzung gesagt. Alle wissen, wie entscheidend die frühe Kindheit für den weiteren Bildungsweg und die spätere Integration in unserer Gesellschaft ist. Der Kindergarten ist nicht nur ein Ort der Betreuung, sondern eine der ersten Bildungseinrichtungen, in der Kinder soziale, sprachliche und kulturelle Grundlagen erwerben. Und hier ist es dann entscheidend, gelingt die Integration oder gelingt sie nicht. Wir müssen immer wieder feststellen, dass es Eltern gibt, die dieser Verantwortung nicht nachkommen. Kindern das Erlernen der deutschen Sprache zu ermöglichen, ist ja keine Option, sondern eine Grundvoraussetzung für ein funktionierendes Zusammenleben. Und wenn Eltern sich dieser Pflicht verweigern, dann leidet ja nicht nur das eigene Kind, sondern die Gemeinschaft im Kindergarten und letztendlich die gesamte Gesellschaft.

Mit unserem Antrag schaffen wir klare Rahmenbedingungen. Der bestehende Wertekatalog wird verbindlich und wenn notwendig, können Strafen verhängt werden und wir schaffen damit klare Regeln und - wenn nötig - Konsequenzen. Es geht uns nicht darum, Kinder zu bestrafen, sondern einfach darum, Kindern eine faire Chance zu geben.

Integration funktioniert nur dann, wenn alle mitwirken – Pädagogen, die Stadt, aber ganz besonders natürlich die Eltern und wir wollen, dass jedes Kind in Wels, egal woher es kommt, die besten Startbedingungen hat und das bedeutet: Deutsch lernen, Werte leben. Aber ganz besonders auch, dass die Kinder die Gemeinschaft erleben, denn ohne Sprache keine Bildung, ohne Bildung keine Teilhabe und ohne Teilhabe keine Integration. Und deswegen ist dieser Schritt auch so notwendig für die Zukunft der Kinder in unserer Stadt. Ich ersuche Sie daher um Diskussion und um Zustimmung zu unserem Antrag.

GR. Faber Markus: Die FPÖ möchte wieder einmal Eltern bei Verstößen gegen den Wertekodex mit Strafen bedrohen. Meine Damen und Herren, bei mir entsteht immer mehr der Eindruck, niemand bei der Freiheitlichen Partei hat den Kodex je gelesen. Andernfalls würde es auffallen, dass im Wertekodex keine Pflichten angeführt sind, gegen die Eltern überhaupt verstoßen können. Ich möchte mir daher die Zeit nehmen, auf den tatsächlichen Inhalt des Kodex einzugehen.

Auf den ersten Seiten wird das pädagogische Bild vom Kind, das Rollenverständnis des pädagogischen Personals sowie die pädagogische Arbeit beschrieben. Allenfalls könnten hier Pädagogen gegen den Kodex verstoßen. Eltern nicht einmal theoretisch. Auf den nächsten Seiten werden Grund- und Kinderrechte beschrieben. Wieder geht es um den pädagogischen Alltag, nur diesmal etwas allgemeiner. Wieder gibt es keine theoretische Möglichkeit für Eltern, gegen den Wertekodex zu verstoßen.

Unter der Überschrift Bildungsarbeit werden wieder Aspekte der Pädagogik in der Kinderbetreuungseinrichtung beschrieben. Wieder, Sie ahnen es vermutlich bereits, gibt es keine Themen, die die Pflichten von Eltern betreffen. Im letzten Abschnitt des Wertekodex geht es um Kultur und Brauchtum. In erster Linie um das Feiern von Festen. Hier steht auch der inhaltlich schöne, aber grammatikalisch falsche Satz: "Eine sprachliche und kulturelle Diversität werden als Merkmale einer von der Globalisierung

geprägten Gesellschaft wertgeschätzt.“ Korrekt wäre natürlich das Verb im Singular, die Qualität wird als Merkmal wertgeschätzt, aber das kann man ja bei Gelegenheit ändern.

Der letzte Absatz des Wertekodex ist dann für mich wieder spannend. Jeder, ungeachtet seiner Kultur und Religion, akzeptiert und respektiert den in Österreich bestehenden gewaltfreien und humanistischen Grundkonsens. Nun ja, wenn sich das an die Eltern richten soll, muss ich sagen, sollten diese Gewalt anwenden, ist das ohnehin ein Fall für die Polizei. Da sind Vertragsstrafen seitens der Stadt wohl der falsche Weg. Anschließend ist dann noch von deutscher Erziehungssprache die Rede. Da kann man ja wohl nur die Erziehungssprache in der Kinderbetreuungseinrichtung meinen. Meine Damen und Herren, Sie werden ja wohl nicht glauben, dass Sie Einfluss darauf haben, welche Sprache zu Hause gesprochen wird.

Und diesen sogenannten Wertekodex wollen Sie jetzt so mit der Betreuungsvereinbarung verknüpfen, dass Pflichten, die darin nicht einmal enthalten sind, mit Vertragsstrafen versehen werden. Nachdem ich davon ausgehe, dass die FPÖ-Fraktion diesmal Rauchverbot hat, ist zu befürchten, dass dieser Antrag aufgrund der Mehrheitsverhältnisse angenommen wird. Den Juristen, die daraus etwas Sinnvolles basteln sollen, drücke ich hiermit mein Mitgefühl aus. Mein Mitgefühl gilt ebenfalls den Leiterinnen der Kindergärten und Krabbelstuben, die eigentlich eine ganz andere Unterstützung brauchen würden als dieses bürokratische Unding.

GR. Mag. Drack: Wir führen eine ähnliche Debatte wie im letzten Gemeinderat. Darum möchte ich mich kurzhalten. Die Kernfrage lautet: Bringen Strafen etwas, um den Integrationsprozess zu fördern? Ich denke, das ist nicht der richtige Weg. Im Antrag ist ausgeführt, es soll der Integrationsdruck erhöht werden, um den Pädagogen ein Instrumentarium in die Hand zu geben, um den Integrationsprozess zu fördern. Wenn man aber in der Pädagogik tätig ist, so ist es ein Grundprinzip, dass Druck und Zwang nicht das Mittel der ersten Wahl sind, sondern die intrinsische Motivation. Und deswegen ist dieser Antrag abzulehnen. Mit Strafen kann das gemeinsame wichtige Ziel, nämlich die Förderung der Integration und des Erwerbs der deutschen Sprache, nicht erfüllt werden. Im Gegenteil, es ist wichtiger, die sozialen Bedürfnisse zu stabilisieren und den Pädagogen ausreichend Mittel in die Hand zu geben, um Integration zu fördern. Deswegen stimme ich hier dagegen.

GR. Kroiß: Der Wertekodex ist nicht einfach nur ein Papier, das niedergeschrieben wurde und mit dem man nicht arbeiten kann. Das stimmt ja nicht. Ein schulpflichtiges Kind geht ja auch in die Schule und wenn es dort nichts lernt und die Eltern es zu Hause nicht unterstützen, dann wird das Kind nie rechnen, schreiben und lesen lernen. Warum sollte man also den Wertekodex nicht heranziehen, um den Kindern auch im Kindergarten diese Unterstützung zu ermöglichen?

Es geht ja weniger um die Kinder, die darin bestraft werden sollen. Es geht darum, den Pädagoginnen die mögliche Unterstützung zu geben, dass sie etwas tun können, wenn es integrationsunwillige Eltern gibt. Wir beschränken uns da jetzt nicht auf die 95%, die immer unterstützend sind, die man erreicht oder von denen man eine positive Rückmeldung bekommt. Es geht darum, den Menschen zu zeigen, es geht um eine Gemeinschaft in der Sprache, die in einem Kindergarten gesprochen wird. Man soll sich einfach mit ihnen zusammensetzen, mit ihnen kommunizieren und reden. Wenn ein Reden und ein schriftliches Ersuchen nicht mehr reichen, dann gehört es auch

gewissermaßen dazu, dass man Strafen verhängt. Es geht nicht immer, dass man einfach nur gut zuredet und wartet bis die Jahre verstreichen. Die Kinder kommen in die Schule und dann sagt die Schule: "Ja, was machen denn die guten Pädagogen im Kindergarten? Reden sie vielleicht nicht mit den Eltern?" Man schiebt das Problem immer weiter und es gäbe mit diesem Antrag endlich eine Möglichkeit, die Einrichtungen zu unterstützen, wo es notwendig ist.

GR. Huber, MPA: Die SPÖ Fraktion hat im Sport- und Integrationsausschuss einmal klargestellt, dass die Zuweisung nicht passt. Da wirst du dich hoffentlich erinnern können. Wir haben signalisiert, dass er uns nicht passt. Nachdem du sagtest, er sei jetzt behandelt, haben wir dich gefragt, was jetzt passiert. Dann hast du gesagt, du weißt es nicht, du musst es dir überlegen.

Wir hätten signalisiert, wir wären mit dem zufrieden? Da bist du vielleicht beim letzten Gemeinderat nicht ganz dabei gewesen und im Ausschuss war das ganz sicher nicht - das möchte ich einfach gesagt haben.

GR. Scheinecker, BA: Ich halte mich heute auch kurz, möchte aber einen Punkt einbringen, der nicht ganz unwesentlich ist. Stadtrat Dr. Oberndorfer hat es beim letzten Mal schon erwähnt, wir haben kaum Strafen im Bereich des verpflichtenden Kindergartenjahres über das ganze Jahr hinweg. Jetzt glauben wir, dass man mit irgendeiner Pseudostrafe aus dem Wertkodex, ohne reale Verpflichtungen oder handfeste Regelungen, Integrationsdruck erzeugen kann. Auch den stelle ich in Frage.

Wir diskutieren immer wieder darüber, wie viele Leute, Familien oder Kinder auf der Warteliste für unsere Betreuungseinrichtung stehen. Es gibt keinen Anspruch auf Kinderbetreuung in der Stadt, abgesehen vom verpflichtenden Kindergartenjahr, wo es kaum möglich ist, zu strafen. Und jetzt wollen wir dann bei den Kindern, die wir in Betreuung haben und wo wir als Stadt eine Möglichkeit haben, um mit ihnen zu arbeiten und ihre Integration zu fördern, überlegen, wie man die Eltern vielleicht strafen könnte.

Bei den Kindern, die vielleicht überhaupt keinen Platz haben, die keinen Anspruch auf einen Krabbelstufenplatz haben oder die vor dem verpflichtenden Kindergartenjahr gerne in den Kindergarten gehen würden, bei denen diskutieren wir jedes Mal über die Warteliste und da diskutieren wir auch jedes Mal darüber, ob die Eltern arbeiten gehen.

Als Beispiel: Die Mutter, die kein Wort Deutsch spricht, wird wahrscheinlich eher weniger gut einen Arbeitsplatz finden. Es ist die erste Mutter und das erste Kind, das überhaupt nicht in unsere Kinderbetreuungseinrichtungen darf, weil wir jedes Mal diskutieren, ob sie überhaupt Anspruch auf einen Platz haben. Ja, dieser Antrag ist eine Farce. Ich glaube, dass er auch nicht durchsetzbar ist. Außer einem Papiertiger ist das gar nichts. Es erinnert mich in Wirklichkeit grob daran, was man auf Bundesebene oft hört. Um Gottes Willen, unsere Kinder haben bald keinen Nikolo mehr und Schnitzel gibt es dann auch nicht mehr. Das ist ungefähr dieselbe Schiene. Insofern ist für uns als SPÖ die Diskussion schon breit geführt worden, aber dass wir dagegen sind, steht außer Frage.

GR. Wippl, LLM BA BA: Ich will mich meiner Vorrednerin GR. Christiane Kroiß anschließen und möchte auch nicht mehr zu lange auf das Thema eingehen. Wir haben es schon ausführlich im letzten Gemeinderat diskutiert. Aber noch zu Herrn Kollegen GR. Faber, wenn man die erste Zeile liest: „Die Betreuungsvereinbarung ist dahingehend zu

ergänzen, dass Vertragsstrafen bei wiederholten Verletzungen von Punkt 10 und Punkt 11 der Kindergartenordnung oder bei wiederholten Verstößen gegen den Wertekodex“. Also, da gibt es vorne noch eine Zeile, nicht nur der Wertekodex, sondern auch die Kindergartenordnung wird miteinbezogen. Das nur kurz zur Info.

Und es ist schon so, dass die Eltern die Verantwortung für die Entwicklung und die Bildung der Kinder tragen und diese Verantwortung erfordert einfach eine verlässliche Mitwirkung der Eltern und auch ein partnerschaftliches Zusammenleben von pädagogischen Fachkräften, Eltern und Kindern.

Weil es immer um die Umsetzung geht, ich darf kurz die Frau Landeshauptfrau Mikl-Leitner zitieren von der ÖVP: „Es kann nicht sein, dass integrationsunwillige Eltern die Regeln unserer Gesellschaft ablehnen und wir keine Handhabe dagegen haben. Deshalb ist die Mitwirkungspflicht der Eltern wichtig, um integrationsunwillige Eltern zur Verantwortung zu ziehen.“ Man merkt, dass dieses Thema bereits einen breiten politischen Konsens hat und dies über Parteigrenzen hinaus. Und daher lade ich Sie, liebe Kollegen der SPÖ, der ÖVP und der GRÜNEN sehr herzlich ein, noch einmal in sich zu gehen und diesen Antrag gemeinsam mit uns mitzutragen.

GR. Bauer: Wir behandeln heute einen Antrag, der weit mehr ist als ein Papiertiger und das möchte ich gleich zu Beginn betonen. Es geht um den Schutz unserer Werte, um die Stärkung unserer Pädagogen und letztlich um das Gelingen von Integration in unseren städtischen Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen. Wir als FPÖ-Fraktion sehen diesen Antrag daher nicht nur positiv, sondern als absolut notwendig und zukunftsweisend.

Worum geht es? Wir wollen klarstellen, dass unsere Kindergartenordnung, die Hortordnung und die Krabbelstubenordnung sowie der Wertekodex verbindliche Bestandteile der Betreuungsvereinbarung sind. Das ist nicht nur logisch, sondern auch längst überfällig. Wer einen Betreuungsvertrag mit der Stadt Wels abschließt, muss ich selbstverständlich auch an die dort festgelegten Werte halten.

Darüber hinaus wollen wir auch noch Sanktionsmöglichkeiten schaffen. Auch das ist richtig und notwendig. Es kann nicht sein, dass Eltern, die wiederholt gegen den Wertekodex oder gegen die Verpflichtung zur Mitwirkung an Integration verstoßen, keine Konsequenzen zu befürchten haben.

Die Pädagogen berichten uns immer wieder, dass sie im Alltag mit integrationsunwilligen Eltern konfrontiert sind. Eltern, die weder Deutsch sprechen wollen, noch bereit sind, die Werte unserer Gemeinschaft mitzutragen. Und genau diesen Menschen müssen wir klar signalisieren, Integration ist keine Einbahnstraße. Wer will, dass sein Kind Teil unserer Gemeinschaft ist, der muss auch aktiv dazu beitragen.

Jetzt kommen wir zu einem Punkt, der mich selbst ein bisschen enttäuscht, aber auch nicht wundert. Die SPÖ hat vorhin angekündigt, diesen Antrag nicht mitzutragen. Und ich frage jetzt einmal ganz offen, was spricht dagegen, dass wir klare Regeln schaffen und unsere Pädagogen endlich mit einem wirksamen Instrument ausstatten? Was spricht dagegen, wenn wir sicherstellen wollen, dass unsere Kinder, egal welcher Herkunft, die besten Startbedingungen bekommen, weil sie in einem Umfeld aufwachsen, das unsere Werte lebt und achtet? Ist es wirklich zu viel verlangt, von den Eltern zu erwarten, dass

sie beim Spracherwerb ihrer Kinder mithelfen? Oder ist es, wie leider so oft bei der SPÖ, das alte Muster - lieber wegschauen, lieber Probleme schönreden, statt Verantwortung zu übernehmen?

Wir als FPÖ-Wels sagen klar, Integration funktioniert nur mit klaren Regeln und klaren Konsequenzen. Wer die Regeln nicht respektiert, muss spüren, dass das Folgen hat. Und genau das schaffen wir mit diesem Antrag.

Abschließend möchte ich betonen, dieser Antrag richtet sich nicht gegen irgendjemanden, sondern für etwas - für unsere Kinder, für unsere Pädagogen, für unsere gemeinsamen Werte. Es ist ein Schritt hin zu mehr Verbindlichkeit, zu mehr Respekt vor unserer Gesellschaft und zu mehr Unterstützung jener Menschen, die tagtäglich im Kindergarten und in der Krabbelstube oder im Hort wertvolle Arbeit leisten. Wer Integration will, der muss sie auch einfordern.

GR. Schatzmann: Es ist nicht die Aufgabe der GRÜNEN oder der SPÖ oder der ÖVP für einen FPÖ-Antrag im Ausschuss zu diskutieren, sondern es sollte schon das Interesse der FPÖ selber sein, Mehrheiten zu gewinnen. Der Ausschuss wäre das richtige Gremium dafür gewesen, anstatt hier blanken Populismus weiter voranzutreiben.

Es wurde jetzt die ganze Zeit immer wieder „Verantwortung“ in den Mund genommen. Sie finden es toll, wenn man Verantwortung übernehmen möchte, aber was Sie hier machen, ist einfach die komplette Verantwortung immer wieder abzuwälzen. Ich erinnere nur daran, dass die FPÖ seit über 10 Jahren den Bürgermeister und auch den Integrationsreferenten stellt. Und in dieser Zeit hat sich nichts in dieser Richtung maßgeblich verbessert. Stattdessen sind immer nur irgendwelche plakativen Sprüche zu lesen. Es sind immer irgendwelche Papiertiger, die die Verwaltung und die Pädagoginnen lähmen und nicht unterstützen, auf den Tisch gebracht worden. Ernsthafte Auseinandersetzung mit Integrationsmaßnahmen und der richtigen Unterstützung für Pädagogen - Fehlanzeige.

Was unsere Pädagogen und Kinder im Kindergarten brauchen, ist mehr Personal und mehr finanzielle Unterstützung, statt irgendwelche Pseudostrafen, die ohnehin nicht juristisch durchsetzbar sind. Kollege StR. Dr. Martin Oberndorfer ist heute leider nicht da, aber er hat das in der letzten Gemeinderatssitzung sehr klar dargelegt, dass es sehr schwierig ist, eine Vertragsstrafe zu ahnden und tatsächlich zu strafen.

Ich würde jetzt echt gern wissen, wie die FPÖ gedenkt, das tatsächlich durchzusetzen. Sollen die Pädagogen jetzt Hausbesuche machen? Sollen sie jede Kleinigkeit im Büro aufschreiben oder wie stellt ihr euch das vor, dass das kontrolliert wird? Unsere Pädagogen haben Besseres zu tun, als Kindern nachzuforschen und Hausbesuche zu machen, um irgendeinen Wertekodex, der nicht rechtlich bindend oder durchsetzbar ist, zu kontrollieren.

Wenn wir sie unterstützen wollen, dann stellen wir bitte mehr Personal und Stützkräfte ein, welche Integration erleichtern und Deutschkurse anbieten. Hören wir auf mit solchen plakativen Papiertigern, die nichts anderes tun als die Verwaltung zu lähmen, statt unsere Pädagoginnen zu unterstützen.

GR. Wiesinger: Ich habe jetzt beide Anträge vor mir, der vom November und der aktuelle vom Dezember. Auch wenn der Kollege Vzbgm. Kroiß meint, das sind unterschiedliche Anträge - im Inhalt sind sie gleich. Es geht beide Male um den Wertekodex und dass er verbindlich in die Betreuungsvereinbarung aufgenommen wird.

Wie schon in der November Gemeinderatssitzung von Stadtrat Dr. Oberndorfer berichtet, bekennen wir uns zu dem Wertekodex. Was dort niedergeschrieben ist, ist nichts Unanständiges und das kann man so auch unterzeichnen. Wo sich wenig geändert hat, ist bei unseren rechtlichen Bedenken. Auch wenn ich zugeben muss, dass dieser Antrag vom Dezember ein wenig konkreter ist, sehen wir weiterhin rechtliche Bedenken und werden uns deshalb bei diesem Tagesordnungspunkt enthalten.

Vzbgm. Mag. Schininger: Ich möchte auch aus meiner persönlichen Sicht darauf hinweisen, dass ich die Dringlichkeit dieses Antrages in keiner Weise verstehe. Da bin ich bei meinen Vorrednern. Ich verstehe auch nicht aus meiner persönlichen Sicht, weshalb der Antrag zu Beginn dieser Sitzung diskutiert werden soll. Aus Sicht der FPÖ verstehe ich das voll und ganz. Jetzt habt ihr die volle Aufmerksamkeit, zumindest hier herinnen. Ich weiß nicht, wie viele Zuseher an den Bildschirmen zu Hause sich das ansehen. Hier im Saal haben wir einen Zuseher. Aber ihr wollt natürlich diese Aufmerksamkeit, die ihr glaubt, hier zu bekommen, wenn ihr das am Beginn der Tagesordnung abhandeln lässt.

Ich bedanke mich ganz herzlich beim Kollegen GR. Faber für seine Ausführungen zum Inhalt des Wertekodex. Damit kann ich mir das ersparen. Natürlich ist Integration wichtig. Natürlich ist das Erlernen der deutschen Sprache wichtig. Und da bin ich das einzige Mal beim Kollegen GR. Fabian Bauer. Natürlich ist das keine Einbahnstraße und das fordern wir alle auch ständig und tagtäglich ein. Es geht um die Mitwirkungspflicht der Eltern und glaubt mir, ich bin wahrscheinlich öfter in den Einrichtungen als ihr alle zusammen. Und ich erkenne in den vielen Gesprächen mit den Mitarbeiterinnen und dem einen oder anderen Mitarbeiter, dass die meisten Eltern wirklich am Weiterkommen und an der Zukunft der Kinder interessiert sind und damit auch tatsächlich tagtäglich an den Entwicklungen der Kinder mitwirken.

Was ist dieser Antrag? Es ist aus meiner Sicht ein ganz typischer klassischer FPÖ-Antrag und dem Team Rabl. Dem Team Rabl geht es um Law and Order, dem Team Rabl geht es darum, die eigene Klientel und die eigene Wählerschaft hier zu bedienen. Es gelingt euch ja leider immer wieder, aber ihr seid gar nicht wirklich an der Lösung des Problems interessiert. Ja, GR. Thorsten Aspetzberger, du kannst mich noch so angrinsen, es wird nicht anders. Ihr seid nicht an der Lösung des Problems interessiert. Ihr wollt dieses Thema Migration/Ausländer ständig am Köcheln halten.

All diese Kinder, über die wir reden, wurden unter Bürgermeister Dr. Andreas Rabl geboren in seiner zehnjährigen „Regentschaft“. Alle diese Kinder sind in den letzten Jahren unter Bürgermeister Dr. Rabl geboren.

Und lieber Vzbgm. Gerhard Kroiß, dieser Antrag ist wieder einmal ein absolutes Ablenkungsmanöver von dir. Ablenkungsmanöver deshalb, weil du genau weißt, dass du – die Kollegin hat schon gesagt - seit 10 Jahren in der Integration vieles - in Wahrheit alles - schuldig bleibst. Du bist auch dort so verwirrt in manchen Bereichen, wie du offenbar im Ausschuss verwirrt warst, was denn mit dem Antrag zu geschehen hat. Und auch ich glaube, dass der im falschen Ausschuss gelandet ist.

Mit dem Wertekodex verhält es sich bis heute so wie mit der Hausordnung. Der Herr Bürgermeister, das Team Rabl, hat eine Hausordnung ins Leben gerufen genau wie einen Wertekodex. Die Hausordnung und der Wertekodex wurden noch nie hier im Gemeinderat beschlossen. Aber Team Rabl und der Herr Bürgermeister setzen etwas in die Welt, präsentieren das und lassen alle anderen glauben, dass dies beschlossene Sache ist und damit als Dogma zu gelten hat.

Im ersten Antrag wurde ich ja direkt als Referent angesprochen. Lieber Gerhard, was bekommen die Eltern? Wie sieht die Kommunikation mit den Eltern aus? Da hättest du dich vielleicht ein bisschen informieren sollen und ich glaube auch, dass du den Wertekodex und alles andere in Wahrheit gar nicht gelesen hast. Das unterstelle ich dir jetzt einfach. Die Eltern bekommen von den Mitarbeiterinnen in den Einrichtungen den Betreuungsvertrag, die Krabbelstube-, Kindergarten- oder Hortordnung, das Infoblatt mit den gesamten Rahmenbedingungen, das Kindergartenpflichtmerkblatt, das Tarifblatt, die Tarifordnungen, die Hinweise auf den Wertekodex, diverse Folder, Liste, benötigte Gegenstände, ärztliche Bescheinigungen und vieles andere mehr.

Ich frage dich, Gerhard, was wollen wir den Mitarbeiterinnen noch alles umhängen? Sollen die jetzt hinter jedem Kind, hinter jedem Elternteil herlaufen und prüfen (in welcher Form auch immer), ob denn die Eltern an der Zukunft ihrer Kinder tatsächlich mitwirken. Dafür würden wir auch zusätzliches Personal benötigen, aber wir sagen, wir bräuchten mehr Personal in der Sprachförderung, im pädagogischen Bereich und bei den Stützkräften und nicht Personal, um den Eltern hinterher zu spionieren.

Die Punkte 8, 9, 10 und 11 in der Kindergartenordnung sind meines Erachtens mehr als ausreichend. Es geht hier wirklich in diesen Bereichen um die Zusammenarbeit mit den Eltern, die Pflicht zur Mithilfe an der Integration. Und daher frage ich mich, warum brauchen wir Strafen? Warum wollt ihr Strafen? Obwohl wir alle die drei größten Hebel selbst in der Hand haben - laut den Dingen, die die Eltern unterschreiben. Das ist nämlich der Widerruf der Aufnahme, die Suspendierung des Kindes und im schlimmsten Fall die Auflösung des Betreuungsvertrages bei Nichtmitwirken der Eltern. Von diesen Mitteln müssen wir leider immer wieder auch Gebrauch machen. So erst geschehen vor rund zwei Monaten in einem Welser Kindergarten. Wir haben die Mittel und Hebel sowieso in der Hand, daher verstehe ich nicht, warum wir diese Strafen laut FPÖ benötigen.

GR. Pühringer, MSc: Ich möchte mit einem Zitat beginnen. Das Zitat lautet: "Wenn Väter der Pädagogin nicht die Hand geben wollen, helfen keine Sesselkreise, da braucht es Strafen." Dieses Zitat stammt von Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner. Seit Herbst dieses Jahres kann in Niederösterreich bis zu 2.500 € Strafe verhängt werden, wenn die Eltern ihrer Mitwirkungspflicht im Kindergarten nicht nachkommen.

Ich darf vielleicht auch daran erinnern, speziell die Kolleginnen und Kollegen von ÖVP und SPÖ, dass auch die Bundesregierung daran arbeitet, Strafen für integrationsunwillige Eltern zu erarbeiten, denn strenge Mitwirkungspflicht in Schulen ist im Regierungsprogramm von ÖVP, SPÖ und NEOS verankert.

Tatsache ist, das hören wir von Ihnen allen immer wieder, wir brauchen mehr Integration. Ich glaube, wir sind uns einig und wir brauchen einfach auch Hebel, um dieser

Integrationspflicht Gehör zu verleihen. Heute haben Sie die Gelegenheit, stimmen Sie diesem Antrag zu.

GR. Spindler: Ein kleiner Ausflug in die Praxis und zwar bekomme ich seit mittlerweile 25 Jahren in meiner Firma Bewerbungen für Lehrstellen und ich kann Ihnen versichern, wenn Sie diese Bewerbungen lesen würden, dann würden Sie sehen, dass die Kinder und Jugendlichen tatsächlich ein Problem mit der deutschen Sprache haben.

Das Sprachbild hat sich extrem verschlechtert und das ist natürlich nicht etwas, das in der Hauptschule beginnt, sondern das fängt schon im Kindergarten an. Da ist es ganz wichtig, dass die Kinder schon im Kindergarten richtig Deutsch lernen. Und wenn das nicht passiert, dann haben die Kinder in Zukunft keine Chance auf eine ordentliche Ausbildung und mit Ihrer abwehrenden Haltung wollen Sie das scheinbar.

Und lieber Klaus, wenn du sagst, es gibt ja schon viele Möglichkeiten, dann sind sie auch rechtlich durchsetzbar. Also würde so etwas wie wir jetzt vorschlagen, auch durchsetzbar sein. Und bevor wir das Kind aus dem Kindergarten entfernen, wäre es vielleicht nicht schlecht, wenn man vorher die Eltern mit Geldstrafen dazu bringt, mitzuwirken.

GR. Mag. Drack: Wir haben jetzt in der Debatte gesehen, dass es um ein ideologisches Thema geht. Es geht um eine gemeinsame Sache, nämlich um das wichtige Thema Integration. Aber beim Weg dorthin scheiden sich die Geister. Da sieht man, dass es um eine ideologische Frage geht und es wurde jetzt von den Kolleginnen der FPÖ-Fraktion öfter gesagt, dass es um die Pädagogen geht und dass man für die Pädagogen spricht, dass die Pädagogen eine Notwendigkeit sehen, hier ein Instrumentarium der Strafen zu bekommen, um Integration zu fördern.

Deshalb mache ich einen Kompromissvorschlag und stelle den Antrag zur Geschäftsordnung auf Zuweisung des Dringlichkeitsantrages in den zuständigen Ausschuss, um zuvor die Pädagogen zu befragen, ob tatsächlich ein derartiges Mittel der Strafen gewünscht wird, um den Prozess der Integration zu fördern.

Der Antrag von GR. Mag. Drack auf Zuweisung dieses Dringlichkeitsantrages in den zuständigen Ausschuss zur Beratung und Diskussion wird mit

16 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP-, GRÜNE-Fraktion)

gegen 19 Nein-Stimmen (FPÖ-Fraktion, MFG, NEOS)

abgelehnt.

GR. Umlauf: Wir haben im letzten Gemeinderat ja sehr viel über die Werte diskutiert. Ich möchte in Erinnerung rufen, dass wir als SPÖ einen Antrag gestellt haben, dass wir uns die Thematik mit der Integration in Wels ansehen. Wir haben jetzt relativ viele Wortmeldungen gehört und von den ganzen Wortmeldungen nehmen wir mit, wir haben durchaus ein Thema mit der Integration im Wels. Darum frage ich mich schon, warum wir den Antrag, den wir damals gestellt haben, nicht aufgreifen, bearbeiten und sehen uns tatsächlich an, wo wir Probleme mit der Integration haben, wo greifen unsere

Maßnahmen, wo greifen sie nicht, wo müssen wir ansetzen, damit die Integration in Wels besser funktioniert und damit es gar nicht so weit kommt, dass man Eltern von Kindern im Kindergarten strafen muss. Würden unsere Maßnahmen im Bereich der Integration in Wels funktionieren und greifen, dann wären wir ja gar nicht so weit, dass wir die Eltern strafen müssen, weil sie nicht mitmachen, dann hätten wir alle diese Themen bereits im Vorfeld abgedeckt.

Wenn der Antrag, den wir als SPÖ zum Thema greifende Integrationsmaßnahmen eingebracht haben, im Ausschuss diskutiert wird, dann können wir uns wirklich eingehend damit auseinandersetzen und prüfen, wo wir Probleme bei der Integration haben, wo müssen wir ansetzen und wie erreichen wir die Menschen, die wir erreichen wollen oder schlupfen uns Personen durch. Meine Kollegin Laurien hat vorhin schon gesagt, dass wir die Kinder wirklich gut integrieren, dass wir sie im Kindergarten haben und dafür sorgen können, dass sie im Kindergarten Deutsch lernen und nicht, dass das letzte Maß eigentlich die Strafe ist. Prüfen wir als Stadt Wels, ob unsere Maßnahmen greifen, wo haben wir noch Probleme, wo müssen wir Schwerpunkte setzen, damit es gar nicht so weit kommt, dass überhaupt ein Wertekodex unter Strafe gestellt werden muss und dieses hier diskutiert werden soll.

GR. RegRat. Zaunmüller: Ich habe bereits vor der letzten Gemeinderatssitzung ein sehr langes Gespräch mit einer Volksschulpädagogin geführt, die hat mir folgenden Fall geschildert. Sie hat in ihrer Klasse einen Buben mit Migrationshintergrund und dieser Bub sagt zu ihr regelmäßig: "Mit dir als Frau spreche ich gar nicht, weil du eine Frau bist." Und dieselbe Pädagogin hat mir gesagt, sie hat recherchiert und bereits im Kindergarten war dieses Verhalten auffällig. Und dieselbe Pädagogin hat mir gesagt, bitte liebe Politik, gebt mir ein Instrumentarium in die Hand, damit das in Zukunft nicht passiert.

Meine Damen, ich weiß nicht, wie Sie auf so etwas reagieren, wenn Sie Pädagogin sind und ein Bub zu Ihnen so etwas sagt. Viele Instrumente haben sie nicht, um dagegen aufzutreten. Und eine Möglichkeit, das bereits im Kindergarten ein wenig einzufangen, ist dieser Papiertiger. Und ich sage Ihnen ganz ehrlich, mir ist dieser sogenannte Papiertiger allemal lieber als kein Zeichen, das gesetzt wird. Ich sehe das hier als ein deutliches Zeichen, das gesetzt werden kann und daher werde ich diesen Antrag auch unterstützen.

GR. Scheinecker, BA: Ich glaube, wir haben unterschiedliche Ansätze, das sieht man in der Diskussion in der großen Bandbreite. Ich glaube, ich habe eine ganz andere Meinung als die rechte Gemeinderatshälfte.

Wir reden ganz stark darüber, wie wichtig Bildung für Kinder und auch für die integrativen Maßnahmen ist. Das unterschreibe ich, kein Problem. Ich unterschreibe, dass jedes Kind, das so lange wie möglich in gut betreuten Bildungseinrichtungen ist, mehr Chancen hat, gut integriert zu sein und bessere Schul- und Bildungschancen im späteren Verlauf hat. Auch in der Schule kann das Kind Probleme in Deutsch wahrscheinlich leichter in den Griff bekommen und generell kann es einfach ein erfolgreicherer Leben führen. Das bestreitet weder die eine Seite vom Gemeinderat noch die andere. Ich glaube aber, der Zugang ist wesentlich.

Wir diskutieren das so oft, dass es schon ein emotionales Thema bei mir geworden ist. Wir haben den Kindergarten am Nachmittag wieder kostenpflichtig gemacht. Zwei Drittel

aller Kinder, die aus der Nachmittagsbetreuung herausgefallen sind, waren Kinder mit Sprachförderbedarf. Es war uns einfach egal.

Wir haben auf der Warteliste 397 Kinder gehabt. Den Masterplan haben wir vor nicht allzu langer Zeit beschlossen. Da haben wir diskutiert, ob diese 397 Kinder jetzt wirklich alle einen Anspruch haben oder wie viele von denen eigentlich gar keinen Anspruch haben, weil die Eltern nicht arbeiten. Da waren uns auch die Kinder egal, denen wir in Wirklichkeit aktiv Bildungschancen verwehren.

Was wir immer tun, wir nehmen die Eltern in die Pflicht, ohne zu sehen, dass die Kinder eigentlich die Leidtragenden sind. Und wenn wir darüber diskutieren, wie wir Kindern einen guten Zugang zu Bildung ermöglichen, dann wäre es ein wesentlicher Ansatz, dass man anfängt, nicht immer über diese Wartelisten zu diskutieren oder ob irgendwelche Eltern vielleicht in Einzelfällen problematisch sind oder nicht. Natürlich gibt es die problematischen Eltern, das wissen wir, die Kinder können aber nichts dafür und es wird uns nichts bringen, denen mit Strafen zu drohen. Was passiert denn dann mit den problematischen Eltern, die ihre Kinder nicht integrieren? Die werden ihr Kind dann erst im letzten verpflichtenden Kindergartenjahr in eine Bildungseinrichtung geben und dann haben wir genau das, was so groß kritisiert wird. Wir haben Kinder, die wir de facto 5 Jahre lang verloren haben und in einem Jahr soll die Pädagogin dann irgendwie etwas richten am Vormittag, weil am Nachmittag müsste man ja zahlen. Das heißt, am Nachmittag hat das Kind gar keinen Anspruch auf einen Platz bei uns. Wenn die Mama nicht arbeitet, dann ist es ja nicht notwendig, dass das Kind länger in einer Bildungseinrichtung ist. Das sind diese ganz vielen Bausteine, wo es uns ganz egal ist. Aber wenn es darum geht, dass die Kinder vielleicht den Nikolaus schwänzen, da müssen wir dann mit 50 € bis 500 € Strafe kommen.

Das finde ich wirklich in der Gesamtheit eine wahnsinnige Farce. Das ist weit am Thema vorbei und es stellt kein einziges Mal die Kinder und deren Bildungschancen tatsächlich in den Mittelpunkt. Es ist ein Hilfsinstrumentarium mit einer kompletten Perspektivlosigkeit beim Thema Integration.

Vzbgm. Kroiß: Danke für die ausführliche Diskussion. Ich habe einige Dinge mitgeschrieben, die ich schon noch etwas erklären möchte. Ich bin schon der Meinung, Kollege GR. Schatzmann, dass der Ausschuss dafür zuständig ist, dass die politischen Fraktionen darüber diskutieren, was im Ausschuss ist. Wenn von Ihnen keine Wortmeldung kommt, dann haben Sie nicht darüber diskutiert.

Weil die Meinung gefallen ist, dass es so schwierig ist, Strafen auszusprechen oder Strafen rechtlich nicht halten. Es gibt ein Schreiben von der Frau Landeshauptmann Stellvertreter Haberlander, dass das sehr wohl möglich ist. Und lieber Klaus, wenn du davon sprichst, dass ja bereits Suspendierungen geschehen sind, dann werden doch hoffentlich nicht die Kindergartenpädagogen dort spioniert haben, weil sie jemanden suspendieren. Und wenn es schon möglich ist, Kinder zu suspendieren, dann kann man diese Eltern durchaus bestrafen, nämlich vorher bestrafen und dann suspendieren. Aber das hat ja auch nichts mit Spionieren zu tun, sondern es sind auch die Pädagogen der Meinung, dass hier etwas falsch läuft und darum haben sie das Kind suspendiert.

Und ja, wir stehen dazu, Law and Order hat sich in vielen Belangen und in vielen Bereichen durchaus bestätigt. Du hast irgendwo das Thema Ausländer genannt - es steht

mit keinem einzigen Wort im Antrag, dass das nur ausländische Kinder betrifft. Wir haben Kinder mit österreichischer Staatsbürgerschaft, die kein Wort Deutsch sprechen. Da läuft irgendetwas verkehrt.

Weil du sagst, ich habe den Wertekodex nicht gelesen, den habe ich schon damals gelesen, wie unsere Stadträtin außer Dienst diesen Wertekodex eingebracht hat. Das hat es ja damals schon gegeben.

Zur Stärkung der Pädagogen - Ja, Kollege GR. RegRat. Zaunmüller hat es vorhin schon erwähnt, es geht uns nicht darum, die Pädagogen stärker zu belasten. Ganz im Gegenteil, es geht uns darum, dass wir die Pädagogen stärken, dass sie auch Maßnahmen setzen können, wo dann die Eltern wissen, bis hierher und nicht weiter. Eine Möglichkeit ist zu suspendieren. Die zweite ist aber durchaus auch, dass man das mit Strafen versehen kann.

Zum Thema der Sprachförderpädagogen. Lieber Klaus, du weißt, wir haben in Wels 47 Sprachpädagogen. Wenn ich das jetzt auf die Kinder umrechne, sind wir in Oberösterreich im ganz vorderen Feld.

Wir reden immer davon, als wenn das alle Eltern betrifft. Und wir reden nicht davon, wenn jemand nicht bei der Nikolo Feier dabei ist. Wir reden tatsächlich von integrationsunwilligen Eltern und genau um diese Eltern geht es uns.

Liebe Kollegin GR. Scheinecker, BA, wenn es hier so lange Wartelisten gibt, dann glaube ich, dass durchaus auch unser Bildungsreferent zuständig und verantwortlich ist und hätte er seine Hausaufgaben so gut erledigt wie ich, dann müssten die Weiterlisten nicht mehr so lange sein. Ich ersuche daher um Zustimmung zu diesem Antrag.

Der Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion wird mit

19 Ja-Stimmen (FPÖ-Fraktion, MFG, NEOS)
gegen 12 Nein-Stimmen (SPÖ-, GRÜNE-Fraktion)
und 4 Stimmenthaltungen (ÖVP-Fraktion)
angenommen.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

1.)

Voranschlag der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2026 und
Voranschlag der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2027 – Doppelbudget
FD-Fin-100-2025

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 02.12.2025:

1. Der beiliegende Voranschlag der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2026 samt Beilagen wird gemäß § 53 Abs. 1 StW. 1992, LGBl.Nr. 8/1992 i.d.g.F. festgestellt.
2. Der beiliegende Voranschlag der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2027 samt Beilagen wird gemäß § 53 Abs. 1 StW. 1992, LGBl.Nr. 8/1992 i.d.g.F. festgestellt.

Bgm. Dr. Rabl: Ich ersuche, den TOP 1 und 2 gemeinsam zu behandeln, wenn es keine Einwendungen gibt und ersuche um die Ausführungen.

[Anonymisiert] referiert anhand der Power-Point-Präsentation über den Voranschlag 2026/2027 (Doppelbudget) und die Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2026-2031.

Hinsichtlich der Mittelfristigen Investitionsplanung 2026 – 2031 wird berichtet, dass im Voranschlag 2026 die Investitionsvorhaben mit der Nr. 327 und 338a und im Voranschlag 2027 das Investitionsvorhaben mit der Nr. 405 durch die im jeweiligen Jahr vorgesehene Finanzzuweisung gemäß Kommunalinvestitionsgesetz 2025 mitfinanziert werden.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Bgm. Dr. Rabl: Vielen Dank für den fundierten umfangreichen Vortrag im Kenntnisstand, wie wir es von Ihnen gewöhnt sind. Ich weiß ja, dass es die eine oder andere Fraktion in Anspruch genommen hat, dass ihnen das Budget erklärt wird. Danke auch dafür.

Sehr geehrte Damen und Herren, ganz prinzipiell muss man sagen, wir befinden uns derzeit in einem extrem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld. Wir haben einen Rückgang der Industrieproduktion, eine Stagnation im Handel, einen Rückgang bei den Exporten. Das Wirtschaftswachstum 2025 wird nur 0,3 % erreichen und war in den Jahren 2023 und 2024 jeweils negativ mit 0,8 und 0,7 %.

Wer meint, dass es jetzt plötzlich zu dem Megaaufschwung 2027 kommen wird - auch da sehen wir ein Wachstum von unter einem Prozent. Wir sind also von einer Rezession nicht in das große Wirtschaftswachstum und zur Konjunktur gekommen, sondern maximal in eine Stagnation. Das BIP befindet sich auf dem Stand von 2019. Damit man sich das ein bisschen plastisch vorstellen kann, der Wohlstand ist nicht gestiegen, sondern gefallen und das seit 6 Jahren.

Bei der Inflation sind wir im absoluten Spitzenfeld, beim Wachstum dafür ganz unten. Die Lohnstückkosten übrigens sind in den letzten Jahren um sagenhafte 31 % gestiegen. Wir befinden uns daher auf einem Lohnkostenniveau der Schweiz. In Italien gab es im gleichen Zeitraum übrigens Lohnkostensteigerungen von 12 %. Das ist übrigens auch der Grund, warum Italien konjunkturell sehr, sehr viel stärker und besser dasteht als wir. Dafür sind wir bei den Gewinnen nur bei 95 % von 2019, bei den Löhnen auf 131 % von 2019. Auch da kann man erkennen, die Gewinne der Unternehmer sind massiv gefallen,

die Löhne im Gegenzug massiv gestiegen. All das ist natürlich nicht gottgegeben. Das sind Wirtschaftsprobleme, die Österreich betreffen, übrigens nicht Weltwirtschaftsprobleme. Die Gründe dafür sind aus meiner Sicht auch völlig bekannt. Wir brauchen in Österreich dringend Reformen. Das beginnt bei einer Gesundheitsreform, bei einer Bildungsreform, Arbeitsmarktreform, Pensionsreform, Steuerreform und so weiter. Und natürlich liegt es auch darin, dass der Nachbar Deutschland entsprechend schwächelt. All das hat Einfluss auf unser Budget. Interessant dabei ist, dass alle Politiker, mit denen ich spreche (Bundesregierung oder aus anderen Gemeinden), wissen, dass wir diese Reformen brauchen. Es gibt nur unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie man diese Reformen umsetzt und was kommen soll.

Und das bringt mich gleich zu unserem nächsten Punkt, nämlich zu den Einnahmen, die Bundesertragsanteile sind ja eigentlich die größte Einnahmequelle in der Stadt Wels. Diese Bundesertragsanteile sind eigentlich die letzten 6 oder 7 Jahre (seit 2019) genau mit der Inflation gestiegen. Also 3 % stärker als die Inflation, was in Anbetracht des Betrags eigentlich lächerlich ist, weil wir gleichzeitig Kosten haben, die viel stärker gestiegen sind. Nur als Beispiel, die Kosten im Gesundheitsbereich haben sich in diesem Zeitraum verdoppelt. Das heißt also, wir erwarten vom Bund nicht wirklich mehr Geld und das ist wahrscheinlich auch eines der Probleme, warum sehr viele Gemeinden jetzt Abgangsgemeinden sind, weil die jährlichen Steigerungen bei den Bundesertragsanteilen mit den Ausgaben bei Weitem nicht mehr mithalten können. Also bei den Bundesertragsanteilen müssen wir einfach festhalten, diese Bundesertragsanteile steigen mit der Inflation und entwickeln sich daher nicht darüber hinaus.

Schlechter sieht es fast mit den Kommunalsteuern aus. Man könnte ja meinen, dass die Kommunalsteuern aufgrund der ständigen Lohnsteigerungen ebenfalls stark gestiegen sind. Leider wird dieser Effekt dadurch kompensiert, dass immer weniger Menschen arbeiten bzw. Vollzeit arbeiten. Tatsache ist, dass die Lohnsumme als Bemessungsgrundlage für diese Kommunalsteuer gesunken ist und das wiederum bedeutet, dass wir bei den Kommunalsteuern lange nicht jene Steigerungsentwicklungen haben, wie wir sie erwarten könnten aufgrund dieser starken Lohnzunahme.

Erfreulich in dem Zusammenhang, die Grundsteuer ist gestiegen nämlich um 10 % im Zeitraum seit 2019. Woran liegt das? Wir widmen immer das eine oder andere wieder einmal um, dadurch entstehen höhere Grundsteuern der Kategorie B. Und das ist doch durchaus erfreulich. Man glaubt immer, das ist alles so statisch. Nein, so statisch ist die Grundsteuer in dem Zusammenhang übrigens nicht.

Die Landestransfers sind aus meiner Sicht ein ganz großes Problem. Die Einnahmen aus den Landestransfers sind nicht einmal um die Inflation gestiegen. Die Landestransfers, die wir vom Land bekommen, sind unter der Inflation gewachsen. Andererseits haben sich die Landestransferzahlungen an das Land doppelt so stark entwickelt wie die Inflation. Das ist auch der vorhin beschriebene Gap, wo wir inzwischen über 30 Millionen Euro Unterschied haben zwischen dem, was wir vom Land bekommen und dem, was wir an das Land bezahlen. Ein Phänomen übrigens, dass wir nicht nur in Wels haben, sondern ein Phänomen, das auch in Linz und Steyr und in allen übrigen Gemeinden und Städten vorhanden ist.

Es wäre mir jetzt zu billig und auch zu einfach, die Schuld an diesen hohen Steigerungsbeträgen einfach dem Land zuzuschreiben. Tatsache ist, dass die

Gesundheitskosten einfach massiv steigen und zwar fast jedes Jahr. Im nächsten Jahr um 10 % und das schlägt sich natürlich auch bei unseren Landestransfers, nämlich beim Krankenanstaltenbeitrag, nieder.

Ähnlich ist es übrigens im Chancengleichheitsgesetz. Auch dort sind die Ausgaben, die das Land zu tätigen hat, einfach extrem dynamisch, weil wir sehr viele Probleme in diesem Bereich haben. Auch dort werden diese Ausgaben an die Gemeinden weitergereicht. Das heißt also, das ist keine Entwicklung, die nur Oberösterreich hat, sondern das ist ein bundesweiter Trend, den man einfach feststellt und wo es daher aus meiner Sicht auch von Bundesseite ein Gegensteuern benötigen würde. Das Land vollzieht das, was vorgegeben wird, weshalb diese Landestransfers trotzdem aus meiner Sicht über kurz oder lang das große Problem sind.

Wir haben diesbezüglich mit dem Landeshauptmann vor einer Woche Gespräche geführt. Er hat das natürlich auch gesehen, hat es zur Kenntnis genommen, hat aber auch gefragt, was wir uns denn als Städte erwarten. Und diese Frage habe ich auch absolut verstanden. Der Bund macht derzeit Schulden, das Land macht derzeit Schulden und die Gemeinde macht derzeit Schulden. Wenn uns das Land jetzt mehr gibt oder der Bund uns mehr gibt, dann machen die mehr Schulden und wir weniger, aber es ist immer nur ein Hin- und Herschieben von Schulden. Insofern muss man sich die Frage stellen, ob das sinnvoll ist, wenn ein derartiger Transfer anders behandelt wird als in der Vergangenheit. Nichtsdestotrotz sind die Landestransferleistungen in Oberösterreich im Vergleich zu anderen Bundesländern durchaus sehr hoch und das wird ja auch regelmäßig beklagt.

Natürlich steigt in der Stadt Wels auch der Sachaufwand entsprechend und der Personalaufwand sowieso. Wir haben 40 Vollzeitäquivalente mehr. Die Pflicht und die Ermessenssubventionen sind ebenfalls gestiegen in allen Bereichen, auch im Bereich Soziales, Kunst und Kultur. Das kann man jetzt durchaus auch positiv sehen, weil es bedeutet, dass gerade diese Bereiche auch abgesichert werden und der Bestand damit auch sichergestellt ist. Das halte ich auch durchaus für positiv.

Was ist denn das Ergebnis all dieser Darstellungen? Wir haben in der Stadt Wels ein positives Ergebnis der operativen Gebarung von 19 Millionen Euro und damit sind wir wahrscheinlich durchaus einzigartig. Gleichzeitig haben wir ein weiteres Schrumpfen der Schulden. Pro Kopf sind wir inzwischen bei 43,- € angelangt, wenn das Budget vollzogen wird. Vielleicht ein kleiner Vergleich dazu. Wir haben pro Kopf 43,- €. Linz hat 3.675,- €, Wien 5.278,- €. Da sieht man auch, wie unterschiedlich die Probleme sind. Was mich besonders fasziniert hat, dass der Rechnungshof vor kurzem festgestellt hat, dass die Schuldentilgungsdauer für Wien 370 Jahre beträgt. Da kann man sich ungefähr ausmalen, wie wahrscheinlich Wien die Schulden aus eigener Kraft noch zahlen kann. Auch interessant ist die Gebührenerhöhung, die Wien vor kurzem durchgeführt hat und die ja als sehr schmerzhaft beschrieben wurde. Diese betragen als Mehreinnahmen 63 Millionen Euro. Bei 2 Milliarden Neuverschuldung pro Jahr sind 63 Millionen Mehreinnahmen durchaus ein sehr überschaubarer Betrag. Das alleine wird aus meiner Sicht daher nicht reichen.

Es sind jetzt doch 10 Jahre und es ist das fünfte Doppelbudget, das wir jetzt machen. Wie hat sich das insgesamt alles entwickelt? 2015 hatten wir Schulden von 70 Millionen Euro. Jetzt sind wir bei 4 Millionen. Wir hatten Rücklagen, das heißt Ersparnisse, von 18

Millionen Euro. Jetzt sind wir bei knapp 120 Millionen. Wir haben in dieser Zeit übrigens Investitionen getätigt von 180 Millionen Euro und hatten Überschüsse in der operativen Gebarung von 193 Millionen Euro. Wenn man das ein bisschen saldiert, dann haben wir insgesamt 478 Millionen Euro insgesamt in diesen 10 Jahren erwirtschaftet. Davon übrigens 70 Millionen von der Sparkasse. 400 bleiben also nach Abzug der Sparkasse.

Und ich ersuche Sie in dieser Diskussion nicht um viel, aber bitte ersparen Sie mir den Vorhalt, dass alles, was in Wels budgetmäßig gut läuft, nur aufgrund des Verkaufs der Sparkasse passiert ist. Die Schulden haben wir abgebaut wegen der Sparkasse. Die Investitionen konnten wir tätigen wegen der Sparkasse. Die Überschüsse haben wir getätigt wegen der Sparkasse. Ich kann es schon nicht mehr hören. Bitte, bitte einmal eine Sitzung! Es waren vier, wo ich mir das anhören musste. Es wäre für mich eigentlich das schönste Weihnachtsgeschenk, dass Sie mir dieses Jahr machen können. Ich weiß nicht, ob es so ist. Ich möchte es aber nochmals betonen, 70 Millionen ist die Sparkasse, 400 Millionen sind alle möglichen anderen Maßnahmen, die uns geholfen haben, diese Stadt schuldenfrei zu machen, Ersparnisse anzuhäufen, 200 Millionen Investitionen zu tätigen - das geht sich mit der Sparkasse allein einfach nicht aus. Vielleicht haben wir das dann einmal verstanden. Ich war immerhin froh, dass es der Herr Mag. Teubl kurz vor seinem Ausscheiden aus dem Gemeinderat durchaus auch verstanden hat und mir das dann auch gesagt. Das ist etwas, was mich natürlich freut.

Es gibt natürlich 1.000 andere Gründe außer der Sparkasse, warum in Wels die Budgetlage so gut ist. Natürlich ist das ein Verdienst der Wirtschaft, ein Verdienst der Mitarbeiter, der Steuerzahler und wenn Sie das alles als Grund bringen und noch viel mehr, dann sage ich Ihnen: Sie haben recht! Ja, es stimmt. Wir haben tolle Unternehmen in dieser Stadt, die leisten herausragende Steuern. Wir haben großartige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, nicht nur am Magistrat, sondern auch sonst überall in der Wirtschaft in Wels. Wir haben Steuerzahler, die aus meiner Sicht wirklich über Gebühr geschröpft werden. Unsere Steuerquote ist ja in der EU inzwischen die zweithöchste. Trotzdem haben wir das höchste Defizit und die höchste Defizitentwicklung. Keine positive Nachricht im Übrigen. Das heißt, der Grund dafür, dass es Wels gut geht, liegt nicht bei mir und auch nicht beim Herrn Finanzdirektor. Es liegt einfach daran, dass wir unglaublich viele tüchtige Menschen in Wels haben, die unfassbar viel bezahlen. An dieser Stelle daher ein großes Dankeschön.

Die Frage, die sich aber natürlich schon stellt – Linz, Steyr oder Wien haben das auch. Sie haben auch unglaublich tüchtige Steuerzahler, Mitarbeiter und Unternehmen, die genauso viel zahlen. Und ich habe mir daher angesehen, wie hoch der Unterschied bei den Einnahmen pro Kopf in Linz, Wels und Steyr ist. Das ist ja eigentlich das, was wirklich zählt. Und der Unterschied liegt bei 5 €. 5 € hat Linz mehr und 5 € hat Steyr weniger übrigens. Daraus kann man aber nicht ableiten, dass Linz und Steyr ähnlich gute Budgetsituationen hätten wie Wels. Sie haben es nicht und das ist ja auch kein Geheimnis, immerhin wird das ja regelmäßig auch in den Zeitungen geschrieben. Linz hat beispielsweise 150 Millionen Euro Neuverschuldung allein im nächsten Jahr und das ist für eine Stadt natürlich ein Problem. Es hat auch wieder 1.000 Gründe und ich will Linz gar nicht schlechtreden. Die haben einfach andere Probleme als Wels und auch Steyr hat ganz andere Probleme. Wir sind heute in der glücklichen Lage, dass wir ein Budget haben, das wirklich beeindruckt und gut ist.

An dieser Stelle daher ein ausdrückliches Dankeschön an alle, die dieses Budget in dieser Dichte und Konzeptionierung vorbereitet haben. Ihr habt das großartig gemacht und ich ersuche diesen Dank an die ganze Finanzabteilung weiterzugeben.

Das ist aber nur ein Teil, denn das betrifft ja nur die Vorbereitung. Ich möchte den zweiten Dank an Sie alle richten. Wir sind zu guter Letzt als Gemeinderat und als Stadtsenat dafür verantwortlich, dass wir diese Budgets ermöglichen, indem wir sie schlichtweg beschließen und indem wir sie zur Kenntnis nehmen und weiterleiten. Das ist ja auch nicht immer ganz so selbstverständlich gewesen, ob wir das tun oder nicht. Also insgesamt betrachtet hat dieser Gemeinderat, in dem diese Budgets in großen Teilen auch einstimmig beschlossen worden sind, den größten Beitrag dazu geleistet, dass der Budgetvollzug gut funktioniert hat und dass wir diese Überschüsse erwirtschaften konnten. Das ist nicht selbstverständlich, weil es ja immer wieder auch Wünsche von jedem einzelnen Gemeinderat und Referenten gibt. Das war aus meiner Sicht Grundvoraussetzung, dass wir gut wirtschaften und verwalten konnten und dass wir auch etwas entwickeln konnten. An dieser Stelle auch ein Dankeschön an alle Mitglieder des Stadtsenats, gleichermaßen wie an alle Mitglieder des Gemeinderats, egal ob das die GRÜNEN waren, die sich hier bei diesem Budgetprozess sehr positiv eingebracht haben und von Beginn an einen Input geliefert haben oder auch die SPÖ, ÖVP, NEOS und MFG, mit denen wir sehr konstruktive Gespräche in der Folge geführt haben.

Ich sage Ihnen eines, jeder Referent hat in seinem Bereich große Investitionen ermöglicht bekommen. Wenn ich sage ermöglicht bekommen, dann meine ich das nicht herrschaftlich von mir, denn ich spiele dabei überhaupt keine Rolle. Ich meine es als Kollegialorgan, das heißt, durch den Gemeinderat ermöglicht bekommen. Was wir hier heute beschließen, ist das Ergebnis eines Verhandlungsprozesses. Jeder Referent hat gleichermaßen um sein Budget gekämpft. Das waren zum Teil auch keine einfachen Gespräche, das kann ich überhaupt nicht sagen. Wenn ich mir denke, das Vzbgm. Kroiß jetzt sowohl die Sportanlagen sanieren kann, zusätzliche Parkanlagen bauen kann und zusätzliche Neuerungen und Renovierungen möglich sind, dann ist das großartig.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger hat stark für eine Erhöhung im Sozialbereich gestritten und hat diese Verstärkungsmittel zu guter Letzt auch für die Vereine und Einzelpersonen bekommen. Auch im Kulturbereich, wo zusätzliche Investitionen und Subventionen möglich geworden sind.

Für Vzbgm. Mag. Klaus Schininger war besonders wichtig, dass er zusätzliches Personal im Kindergartenbereich bekommt, wo wir einen großen Schritt aus meiner Sicht gemacht haben. Die Schulplanung, die angegriffen wird und wo wir hoffen, dass wir dann 28/29 tatsächlich eine neue Schule eröffnen können oder die Errichtungen neuer Kindergärten, die ja auch ständig und wiederkehrend notwendig sind.

StR. Dr. Martin Oberndorfer, der eine zusätzliche Wirtschaftsförderung für Ausstellungen bekommen hat. StR. Ralf Schäfer, BSc MSc, für den Friedhof oder die Beleuchtung. StR. Stefan Ganzert für große Projekte wie den Kaiser-Josef-Platz, Siedlungsstraßenbauprogramm oder kleinere wie die Ampel bei der Maria-Theresia-Straße oder StR. Thomas Rammerstorfer, der für den Schlachthof wichtige Investitionen herausgeholt hat genauso wie für den Tierpark oder den Müllbereich.

Wie gesagt, alle haben gekämpft und alle haben sich nur teilweise durchgesetzt. Der Grund, warum sie sich teilweise durchgesetzt haben, das war ich selbst. Ich habe das nicht deswegen gemacht, weil mir diese Projekte egal sind oder weil ich nicht der Meinung bin, dass wir sie notwendig brauchen. Ich habe es deswegen gemacht, weil ich meine, dass man gerade als Finanzreferent in schwierigen Zeiten auch die Aufgabe hat, zu prüfen, ob die Projekte tatsächlich den Geboten der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit entsprechen. Und selbst wenn Sie dem entsprechen und das passiert ja auch regelmäßig, muss ich noch immer eine Prioritätenreihung durchführen, weil sich das sonst schlichtweg nicht ausgeht. Abgesehen davon, dass die Beamenschaft das Ganze ja auch immer abarbeiten muss.

Wir haben es also genau deswegen, weil der Budgetentwicklungsprozess so abläuft, wie er abgelaufen ist – nämlich so konstruktiv, gemeinschaftlich, strittig und diskussionsoffen - geschafft, dieses Budget auf den Tisch zu legen. Aus meiner Sicht das Wichtigste überhaupt, dieses Budget garantiert uns nämlich, dass wir die Finanzkraft der Stadt Wels auf der einen Seite erhalten und wir auf der anderen Seite langfristig schuldenfrei sein können. Wenn wir von einem nachhaltigen Wirtschaften und einem nachhaltigen politischen Handeln sprechen, dann betrifft das nicht nur die Umwelt oder das Klima, es betrifft nicht nur Gesundheit, Fitness oder Bildung, es betrifft vor allem auch die Finanzen.

Ich verstehe nicht, warum man bei der Nachhaltigkeit diese Diskussion immer völlig aus dem Auge verliert, es geht um die nächsten Generationen und die Schulden von heute sind die Steuern von morgen, wie jeder weiß. Wenn wir also heute diese Schulden machen, dann sind darin die Steuererhöhungen der Zukunft schon enthalten und ich glaube nicht, dass wir zukünftige Generationen mit Ausgaben belasten sollten, die wir heute machen. Deswegen ist es mir auch so wichtig, dass wir diesen Pfad weiter bestreiten. Nämlich auf der einen Seite schuldenfrei zu sein, aber auf der anderen Seite die Finanzkraft weiter zu erhalten.

Wir sind damit übrigens die einzige Stadt in Österreich, die ein derartiges Budget vorlegen kann und auf das können wir durchaus auch stolz sein.

Sehr geehrte Damen und Herren, obwohl wir im Kultur- und Sozialbereich nicht gespart haben, obwohl wir keine Ausgliederungen gemacht haben, was das ZBG betrifft, obwohl wir die Vereine weiter unterstützt haben, obwohl wir unsere Gebäude weiter saniert haben, obwohl wir in Infrastruktur und Bildung investiert haben, schaffen wir Überschüsse und machen keine neuen Schulden. Und dafür danke ich Ihnen von ganzem Herzen.

StR. Dr. Oberndorfer nimmt ab 14.42 Uhr an der Sitzung teil.

GR. Wehofsich: Ich kann wirklich mit Fug und Recht behaupten, dieses Budget ist wieder einmal sehr gelungen und in erster Linie möchte mich bei den Leuten bedanken, die das ausgearbeitet haben. Es ist nicht selbstverständlich, dass es weitere Investitionen in dieser Stadt gibt. Sehen wir uns die anderen Städte an. Ich glaube, Wels ist die einzige Stadt, die solche Investitionen überhaupt tätigen kann. Ich stimme daher diesem Budgetentwurf mit absoluter Sicherheit zu und möchte in diesem Zusammenhang gleich Fröhliche Weihnachten und einen guten Rutsch ins Neue Jahr wünschen.

GR. RegRat Zaunmüller: Ich bedanke mich zunächst einmal sehr herzlich bei den Beamten der Stadt Wels, die auch einen sehr großen Beitrag geleistet haben, dieses Budget in diese Form zu gießen. Das ist, glaube ich, für uns alle nicht nur akzeptabel, sondern ausdrücklich zu unterstützen und zu begrüßen. Soweit ich das mitbekommen habe, herrscht eine große Bereitschaft dieses Budget zu unterstützen. Und ich habe auch eine große Kompromissbereitschaft bei den einzelnen Referenten in den vorgelagerten Gesprächen geortet. In diesem Sinne gibt es von uns NEOS selbstverständlich die entsprechende Zustimmung.

GR. Faber Miriam: Danke für die Ausführungen und an die Beamten der Finanzdirektion.

Heute beschließen wir ein Budget, das mehr ist als eine Ansammlung von Zahlen. Es zeigt, wie wir als Stadt handeln, welche Prioritäten wir setzen, welche Verantwortung wir übernehmen und welche Zukunft wir gestalten wollen.

Österreichs Gemeinden stehen derzeit unter massivem finanziellem Druck. Steigende Ausgaben – etwa in den Bereichen Soziales und Personal – treffen auf stagnierende Einnahmen. Gleichzeitig wachsen die Umlagen an Bund und Länder weiter. Das Ergebnis sind vielerorts eingeschränkte Handlungsspielräume, Investitionsstopps und Einschnitte bei kommunalen Leistungen.

Besonders die Landesumlage trifft Wels überproportional hart. Nicht, weil diese Stadt schlecht wirtschaftet – im Gegenteil: Die laufende Gebarung ist streng effizient, diszipliniert und ohne Neuverschuldung. Aber von jedem Euro, der eigentlich für die Welser gedacht wäre, bleiben uns nur rund 26 Prozent. Der Rest fließt ans Land – Tendenz steigend.

So entsteht eine strukturelle Schieflage zwischen den Aufgaben, die wir vor Ort zu erfüllen haben und den Mitteln, die uns dafür tatsächlich zur Verfügung stehen.

Wels hätte deutlich mehr Spielraum, wenn diese Transferlasten nicht in dem Tempo wachsen würden. Wenn die politischen Zuständigkeiten auf Landesebene klar bei ÖVP und FPÖ liegen, stellt sich mir schon die Frage, warum es offenbar keinen wirksamen Versuch gibt, die eigenen Parteifreunde in Linz zu einer Entlastung zu bewegen. Denn wir sprechen hier nicht von Kleinigkeiten, sondern von Millionenbeträgen, die uns jährlich fehlen – Geld, das wir dringend an anderer Stelle benötigen würden.

Ein Beispiel dafür ist die freie Kulturszene. Sie ist in den kommenden Jahren massiv von Förderkürzungen betroffen. Einige Male konnten wir GRÜNE im vorliegenden Doppelbudget Verbesserungen ausverhandeln – etwa bei der YOUKI oder bei *music unlimited*. Denn trotz engem finanziellen Spielraum sollte Wels die Möglichkeit nutzen, Kulturschaffenden stärker unter die Arme zu greifen und damit die kulturelle Vielfalt in unserer Stadt abzusichern.

Besonders problematisch wirken sich die finanziellen Engpässe auch dort aus, wo wir als Stadt eigentlich konsequent ansetzen müssten: Bei der Prävention in den verschiedensten Bereichen.

Prävention ist in Wels nach wie vor kein Schwerpunkt – auch nicht in diesem Budget. Die Stadt investiert aktuell vergleichsweise wenig in aktive Präventionsstrukturen,

insbesondere im Integrations- und Sozialbereich – obwohl diese Maßnahmen nachweislich wirksam und langfristig kostensparend sind.

Die Zahlen zeigen seit Jahren dasselbe Muster: Geld fließt meist erst dann, wenn Probleme bereits eskalieren – und dann in Maßnahmen, die häufig nur Symptome verwalten. Nachhaltige, frühzeitige Investitionen bleiben die Ausnahme. Das ist pädagogisch ein Fehler, gesellschaftlich kurzfristig und finanzpolitisch unvernünftig.

Konkret fehlt es in Wels etwa an aufsuchender Sozialarbeit, die Menschen erreicht, bevor Schulden, Wohnungsverlust oder Ausgrenzung überhaupt entstehen. Es fehlt an ausreichend mobiler Jugendarbeit und Streetwork, die Konflikte früh abfangen und Jugendlichen echte Perspektiven geben. Und im Bereich der Schulsozialarbeit muss man um jede Personaleinheit feilschen.

Ebenso vermissen wir eine systematische Suchtprävention in Schulen sowie niederschwellige Angebote im Jugendbereich, die Jugendliche stärken, bevor Abhängigkeiten entstehen. Und auch Prävention im Wohn- und Sozialraum sowie Konfliktprävention – etwa durch Quartiersarbeit – findet in Wels praktisch nicht mehr statt, obwohl sie nachweislich Polizei, Sozialdienste und Schulen entlastet.

All diese Maßnahmen hätten eines gemeinsam: Sie verhindern Delinquenz, Überschuldung, Wohnungslosigkeit, schützen vor Verwahrlosung und verhindern Schulabbrüche – und sie kosten langfristig deutlich weniger als spätere Reparaturmaßnahmen.

Budgetäre Schwerpunktsetzungen sind immer Richtungsentscheidungen. Und Wels schwächelt bei vorbeugenden Maßnahmen seit Jahren. Gerade im Hinblick auf das massive Wachstum, das die Stadt vorantreibt, ist diese Zurückhaltung bei der Prävention mehr als kurzfristig – eigentlich ist sie fahrlässig.

Ein rein neoliberaler, ökonomischer Blick darauf, was eine Stadt leisten soll oder nicht leisten muss, greift hier zu kurz! Wer Prävention primär als Kostenstelle betrachtet, übersieht, dass soziale Spannungen, Ausgrenzung oder Bildungsdefizite keine zufälligen Begleiterscheinungen sind, sondern direkte Folgen politischer Prioritäten. Gerade in einer wachsenden Stadt wie Wels möchte ich es nochmal betonen, dass es kurzfristig ist, präventive Strukturen zu schwächen – denn die Folgekosten kommen garantiert und sie fallen am Ende ungleich höher aus.

Außerdem ist es mir noch ein Anliegen etwas zur politischen Kultur in diesen Budgettagen zu sagen.

Kurz vor den Verhandlungen wurden medienwirksam Bildungsforderungen präsentiert. Auffälliger als ihr Inhalt, den wir GRÜNEN natürlich mittragen, war jedoch ihre Urheberschaft. Wenn eine Partei öffentlich Forderungen stellt, obwohl sie das Ressort nicht verantwortet, und sich Erfolge später selbst zuschreibt, wirkt das auf uns eher nach PR als nach Zusammenarbeit.

Wenn Bildung wirklich ein zentrales Anliegen ist, stellt sich die Frage: Warum gab es keine Forderungen für unsere Bibliothek oder unsere Museen? Beide leisten täglich niederschwellige, hochwertige Bildungsarbeit und wären eine klare Erwähnung wert

gewesen.

Das vorliegende Doppelbudget macht eines sehr deutlich: 2026 ist ein Ausnahmejahr, in dem die Stadt finanziell an ihre Grenzen geht. Die Investitionen steigen massiv, gleichzeitig schmelzen die Rücklagen. Positiv ist aus unserer Sicht, dass wir als Stadt weiterhin keine neuen Schulden machen – das ist ein wichtiges Signal der Verantwortung.

Wir GRÜNE stimmen dem vorliegenden Doppelbudget zu, auch wenn uns die konsequente Ausrichtung auf Vorbeugung hier fehlt. Für uns bedeutet Verantwortung nämlich, nachhaltig zu investieren, statt später teuer zu reparieren. Lebensqualität zu sichern, statt sie schleichend auszuhöhlen und benachteiligten Menschen echte Chancen zu eröffnen, statt nur Symptome zu verwalten.

Das ist die Richtung, für die wir GRÜNEN stehen und es ist die Richtung, die Wels verdient.

GR. Wiesinger: Die Budgetsitzungen sind das Hochamt in der Politik. Der Landtag nimmt sich drei Tage Zeit und im Nationalrat wird bis in die Nacht diskutiert. Auch wir in Wels beginnen bereits um 13:00 Uhr mit der Budgetsitzung.

Was auch zur Budget Gemeinderatsitzung gehört, sind die Erinnerungen der KPÖ. Die KPÖ erinnert jedes Jahr zum Voranschlag und auch heuer wieder. Und warum erwähne ich das? Weil es das glaube ich noch nie gegeben hat, dass es Punkte gibt, die ich auch mit der KPÖ teile. So fordern sie keine Erhöhung der Grundsteuer. Siehe da, heute werden wir dieses Thema sogar noch behandeln und beschließen. Sie fordern mehr Gesundheitszentren, da sind wir alle dafür und dass die offenen Kassenarztstellen auch neu besetzt werden. Für das setzen wir uns alle ein. Warum erwähne ich das? Weil man sieht, dass die Themen, egal von welcher Partei sie kommen, sehr überschneidend sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was bleibt von einer Budgetgemeinderats Sitzung eigentlich übrig? Meistens sind es Zitate. Jeder kann sich noch an den Satz eines österreichischen Bundesministers für Finanzen erinnern: „Ein guter Tag beginnt mit einem sanierten Budget“ oder an diese Aussage: „Die Phönizier haben das Geld erfunden – aber warum so wenig?“ Ursprünglich vom österreichische Dramatiker Johann Nepomuk Nestroy wurde das Zitat von einem Welser Finanzreferenten verwendet. Solche Sätze bleiben in Erinnerung. Warum ist das so? Ich vermute, dass viele Welser und auch einige hier im Saal wenig mit Bundesertragsanteilen, VRV oder mittelfristiger Ergebnis- und Finanzplanung anfangen können. Ein Budget ist eine sehr technische Angelegenheit und sehr umfassend. So umfasst der Voranschlag 2026/27 exakt 1.100 Seiten und wiegt rund 5,7 kg. Es gibt sicher einfachere und vor allem interessantere Lesebroschüren.

Normal bereitet man sich für eine Budgetrede eine Fraktionserklärung vor und überlegt, was man sagen möchte und welche Botschaften man senden möchte. Drei Dinge haben mich dazu bewogen, heute etwas anders zu referieren. Das erste war ein Interview von Franz Welser Möst und die Budgetrede von Bürgermeister Dr. Rabl und die Diskussion am Beginn des Gemeinderates.

Wie vorher erwähnt, ist das Budget kompliziert und schwer vermittelbar. Das führt dazu, dass es rund um das Budget immer eine Geschichte und Erzählungen gibt. Bei Geschichten, meine sehr geehrten Damen und Herren, muss man aufpassen, dass man nicht etwas weglässt – sonst ist es eine Sage. Eine Sage hat immer einen wahren Kern, aber auch Erzählungen, die gut dazu passen und vor allem einen Erklärungsversuch. Keine Angst, ich mache keine Erklärung, was ein Märchen ist. Ich habe aber oft den Eindruck bei den Budgeterklärungen des Bürgermeisters (Pressekonferenz und hier im Gemeinderat), dass er in die Sage abdriftet. Ich möchte daher die Aussagen des Bürgermeisters in das richtige Licht rücken.

Alles begann im Jahr 2015 als Andreas Rabl Bürgermeister wurde. Ich kann es ihm leider nicht ersparen, ich muss auch über die Sparkasse reden. Die Stadt Wels stand mit einer hohen Verschuldung da. Mit dem Verkauf der 10,01 % an der Sparkasse im August 2026 wurden rd. 72 Mio. € lukriert. Das ist eine Geschichte, wo die SPÖ oft in die Sage verfällt, das ist nicht ausschließlich der Grund, warum Wels so gut dasteht. Denn es gibt noch andere wichtige Dinge, die im Jahr 2015 und 2016 passiert sind.

Die Verwaltungs- und Strukturreform, welche aufwändig durchgeführt wurde. Hunderte Maßnahmen wurden durchleuchtet und ausführlich besprochen und diskutiert. 2015 wurde vor allem der Bereich der Subventionen durchforstet. In der Gemeinderatssitzung vom 14.12.2015 wurden diese Maßnahmen von FPÖ und ÖVP beschlossen. Bei der SPÖ gab es einige Enthaltungen und einiges wurde nicht mitgetragen – die GRÜNEN hatten bei den meisten Streichungen der Förderungen Bedenken und haben dagegen gestimmt. Warum erwähne ich das? Die Förderungen wurden ersatzlos gestrichen und solche Maßnahmen sind nachhaltig. Wir sparen uns die Förderungen und brauchen sie nie wieder zahlen.

Ein weiterer Punkt, der immer wieder vergessen wurde, ist die Strukturreform von FPÖ und ÖVP im Magistrat. 2016 wurde von 8 auf 7 Abteilungen, von 3 auf 2 Stabsstellen und bei den Dienststellen wurde von 40 auf 26 reduziert. Mit der Konsequenz, dass es zu einer Einsparung von 1 Mio. gekommen ist. Das ist nachhaltig und auch ein Teil der Geschichte, warum Wels so gut dasteht.

Der zweite Grund war heute das Interview von Franz Welser Möst in den OÖ-Nachrichten. Er gab anlässlich seiner 91. Operetten-Premiere ein sehr interessantes Interview. Der Ehrenring-Träger der Stadt Wels meinte sinngemäß: „Was in unserer Zeit abgeht, ist Haltung! Jeder zieht sich in seine Opferrolle zurück und das ist eine Katastrophe. Jeder bezieht alles auf seine Person und ist dann verwundert – so kann Demokratie nicht mehr funktionieren.“ Ich meine, er hat Recht mit seiner Analyse. Warum ist das auch für Wels richtig? Vorerst habe ich das Jahr 2015 angesprochen. Da gab es Arbeitskreise – ein gemeinsames an einen Strang ziehen und lebhaft Diskussionen. In der letzten Zeit vernehme ich leider viel zu oft, dass diese Diskussion nicht mehr erwünscht ist. Jegliche Kritik wird sofort als Angriff gewertet und führt zu einer politischen Retourkutsche. Bestes Beispiel war die Diskussion vorher rund um den Wertekodex und den Vorwürfen, welcher Referent nichts gemacht hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren – wo ist der Diskurs geblieben, warum kann man sich nicht Argumente anhören und gemeinsam eine Lösung suchen. Wenn wir so weitermachen, schaffen wir uns und die Demokratie ab.

Was auch auffällig ist, dass man bei Budgetsitzungen immer das Gefühl hat, man sitzt im Film „Und täglich grüßt das Murmeltier“. Da erlebt jemand jeden Tag dasselbe. Es gibt eine fundierte und ausführliche Präsentation, dann gibt es die Fraktionserklärungen, in welchen die Fraktionen erklären, warum das Budget super ist oder warum sich die Fraktion durchgesetzt hat. Und vor allem die Danksagungen. Danke für die Erstellung und Präsentation. Danke an alle Steuerzahler.

Meine sehr geehrten Damen und Herren – danken wir uns nicht gegenseitig, sondern schauen wir, dass jene, die das Ganze umsetzen, die besten Rahmenbedingungen haben. Ich meine die Magistratsmitarbeiter. Schauen wir, dass unser Steuergeld dort hinfließt, wo es den größten Mehrwert hat. Schauen wir, dass zukünftige Generationen Chancen haben.

Warum betone ich das so sehr? Das ist der größte Unterschied zwischen den einzelnen Fraktionen – und das ist auch gut so. Als ÖVP ist es uns nie um Prestigeprojekte, große Bauwerke oder ideologische Zugänge gegangen. Wir sehen mit der Bildung eindeutig einen der wichtigsten und zentralsten Bereiche. Deshalb haben wir in den Gesprächen massiv auf eine personelle Aufstockung und auf notwendige Sanierungen hingewiesen.

In der Demokratie kann man sich viel wünschen – bekommen wird man immer einen Kompromiss – und das ist auch gut so. Es wird im Jahr 2026/2027 zu einer Aufstockung des Personals in den Kindergärten kommen – und das ist uns als ÖVP wichtig. Der Springerpool wurde im letzten Budget installiert und dieser kann nur langfristige planbare Änderungen abdecken. Jetzt wird in jedem Kindergarten eine zusätzliche Kraft eingestellt und somit ist es auch möglich, kurzfristig aufgrund von Krankheiten entsprechend im Kindergarten eine optimale Lösung zu finden.

Auch die dringenden Sanierungen werden endlich angegangen. Auch wenn wir – und wir haben es im Gemeinderat hier schon diskutiert – den Neubau der Volksschule West gerne früher gesehen hätten – ist das Sanierungskonzept ein wichtiger Schritt. Wir sehen seit langem endlich eine Priorisierung dieser wichtigen Sanierungen im Bildungsbereich.

Oft hat man den Eindruck in Wels, es geht nur darum, dass alles schön ist. Parks und Veranstaltungen und viele neue Bäume, auch wenn es die GRÜNEN anders sehen. Die bittere Realität in den Kindergärten wird leider oft ausgeblendet – obwohl es hier um die Zukunft von Wels geht. Die Zukunft wird nicht bei Veranstaltungen, Events oder in Parks gelegt – sondern in den Kindergärten und Schulen.

Es gibt wie immer Schatten oder wie in Wels Nebel – aber auch Licht. Das Licht in Form eines Fokus auf wichtige Bildungsthemen reicht aus Sicht der ÖVP für eine Zustimmung.

Und lassen Sie mich noch einen Wunsch ans Christkind formulieren:

Ich sprach von Wertschätzung und Rahmenbedingungen in der Kinderbetreuung. Bei einer der letzten Weihnachtsfeiern des Magistrates wurde eine Mitarbeiterin für einen konstruktiven Vorschlag vor den Vorhang geholt. Es ging um große Sessel für die Gruppenräume. Die Realität ist, dass es in einigen Kindergärten noch immer nicht für jede Gruppe einen großen Sessel gibt führt zu Krankheit und Krankenständen. Mir wurde berichtet, für diesen Vorschlag gab es Applaus und man könnte meinen, alles ist gut. Mir wurde vor kurzem mitgeteilt, dass es schön ist, dass sie jetzt Sessel haben, aber leider

nicht in der entsprechenden Anzahl. Wir reden von 120 Millionen Rücklagen und schaffen es nicht, dass in jeder Gruppe ein großer Sessel ist. Auch wenn es jetzt Unmut gibt, wir können das nachher besprechen, es ist ein Faktum.

Es gibt nicht in jeder Gruppe einen Sessel. Und ich denke mir, wir reden hier von Rücklagen, wir reden uns ein, dass wir uns alles leisten können. Deshalb mein Appell und mein Wunsch, schauen wir, dass wir die besten Rahmenbedingungen auch in den Kindergärten haben, dass die Pädagogen auch ordentlich arbeiten können. Ich hoffe, dass wir zumindest diesen Wunsch sehr schnell und kurz realisieren können.

GR. Huber, MPA: Ich darf mich namens der SPÖ-Fraktion ebenfalls dem Dank an die Mitarbeiter der Finanzdirektion für die Erstellung des Budgets anschließen. Danke auch für die stets kompetente Auskunft und Geduld bei diversen Fragen von uns.

Etliche Kennzahlen haben wir bereits vernommen. Die Herausforderungen für die Städte und Kommunen werden immer schwieriger, daher ist es mehr als erfreulich, dass Wels wieder ein ausgeglichenes Budget vorlegen kann. Was sind die Gründe für die gute Finanzlage der Stadt?

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Andreas! Ich habe kein Weihnachtsgeschenk für dich, ich kann es dir nicht ersparen. Du selbst hast es mir bei einem Treffen selbst bestätigt. Mit den 72 Millionen Euro vom Verkauf der Sparkassenanteile 2016 wurde der wesentliche Grundstein für die weitere finanzielle Entwicklung der Stadt gelegt. Lieber Markus, ich sage nicht, das ist der einzige Grund. Nein, das weiß ich schon.

Schulden konnten getilgt und Zinszahlungen dadurch massiv reduziert werden. 35 Millionen wurden sofort für die Zinstilgung verwendet, sowie weitere 6,6 Millionen an Sondertilgungen. Das Geld für Zinsrückzahlungen blieb somit in der Stadtkasse. Rücklagen konnten aufgebaut werden.

Die damalige SPÖ geführte Stadtregierung hat dir quasi aufgerechnet auf den Bevölkerungstand 2015 in Wels 1.164 € pro Kopf als Mitgift vermacht!

Lieber Andreas! Da relativiert sich einfach deine Darstellung der Reduzierung der Pro-Kopf-Verschuldung Wels, die von 2015 von 1.160 € auf 43 € im Jahr 2025 gesunken ist. Du hast eigentlich um 4 € sogar mehr bekommen, als die Pro-Kopf-Verschuldung war.

Natürlich hat die Organisationsreform ihren Beitrag geleistet. Dazu kamen in den vergangenen Jahren budgetrelevante Einnahmen wie Liegenschaftsverkäufe der Stadt, Coronahilfen des Bundes an Städte und Gemeinden und die hohen Dividenden der EWW: Diese betrug 2015 2,8 Millionen Euro, so waren es 2024 satte 5,6 Millionen und heuer 7,5 Millionen plus freiwillige Spende von 0,8 Mio. Euro.

Diese hohe Dividende ist für den Finanzreferenten zweifelsohne erfreulich – aber dieses Geld könnte man auch den Welsern, die noch immer unter der Teuerung leiden, zurückgeben. Die 8,3 Millionen Euro Dividende würde pro Haushalt (33.311 derzeit) eine Strompreissenkung von rund 250 € im Jahr bedeuten.

Durch die hohe Inflation wurden in den vergangenen Jahren ebenfalls mehr Geld in die Stadtkassa gespült. Die Bundesertragsanteile stiegen in den vergangenen Jahren: Durch

den stetigen Zuwachs der Bevölkerung, vor allem aber durch Migranten, gibt es hier mehr Geld für Wels. Die Bundesertragsanteile betragen 2015 € 75,14 Millionen, 2020 waren es 78 Mio. Euro. 2026 werden es 114 Millionen € und 2027 werden es knapp 119 Millionen € sein.

Laut statistischem Jahrbuch der Stadt Wels lebten 2015 15.419 ausländische Personen in Wels, 2024 waren bereits 24.220. Dies bedeutet in den vergangenen 10 Jahren eine Steigerung von 57 Prozent. Siehe da, auch unter einer FPÖ werden die Ausländer mehr in dieser Stadt.

Auch wenn die Kommunalsteuer stagniert, weil Mitarbeiter abgebaut wurden, bringt diese 2026 noch immer 58 Millionen Euro und 2027 knapp 60 Millionen Euro. Danke an die Wirtschaft und an alle Beschäftigten, die mit der Kommunalsteuer einen ganz wesentlichen Beitrag leisten.

An dieser Stelle auch ein Danke an die Welser, die brav ihre Steuern und Abgaben zahlen. Allein die Abfallgebühr bringt 10 Millionen Euro.

Zu guter Letzt: Die regelmäßigen Auflösungen der Pensionsrückstellungen (rund 400 Millionen Euro haben wir davon) - heuer sind es 20 Millionen (2024 waren es elf Millionen) sorgen für ein ausgeglichenes Budget. Ohne der Auflösung der Pensionsrückstellungen würde wir heuer bereits ein negatives Ergebnis von 3,2 Millionen haben.

Kein Einsparungspotential, noch so klein, wird ausgelassen: Der Vertrag mit dem [anonymisiert] wird aus mehr oder weniger fadenscheinigen Gründen gekündigt: Das Unternehmen habe bei der Überwachung nicht zufriedenstellend gearbeitet, das war der Grund. Siehe da, ein paar Tagesordnungspunkte weiter, bekommen sie heute vorbehaltlich der heutigen, späteren Beschlussfassung wieder die Überwachung des ruhenden Verkehrs übertragen, keine Rede mehr von nicht zufriedenstellender Abwicklung - jetzt kommt es halt etwas günstiger: Statt 572.000 jetzt 540.000 € Kosten pro Jahr.

10 Jahre Bürgermeister Dr. Rabl: Du wirst heute vermutlich die Zustimmung von allen Parteien zum Budget erhalten. Du hast es tatsächlich geschafft, dich vom politischen Zünder zum Feuerwehrmann zu entwickeln. Jahrelang hat die FPÖ die Stadt schlecht geredet – Wels, die Stadt mit Drogenproblemen, Kriminalität und den vielen Ausländern. Das Image der Stadt wurde systematisch beschädigt. Mit deiner Wahl hast du aber abrupt das Narrativ gewechselt. Jetzt sollen alle „für die Stadt brennen“.

Ich gebe zu, es wurde viel in die Innenstadt investiert, viele Events prägen die Stadt. Dennoch hat Wels – ich habe es schon erwähnt - mehr Ausländer als je zuvor, der Anteil liegt 37 Prozent.

Die Herausforderungen im Bildungsbereich, Sozialbereich und am Arbeitsmarkt sind groß, aber darüber spricht man maximal, wenn man populistischen Nebelgranaten, wie bei Strafen bei Nichteinhaltung vom Wertekodex, aber im Gegenzug bei Verletzung der Leinenpflicht bei Hunden will man die Strafen massiv reduziert haben. Werte vor Sicherheit!

Drogenprobleme gibt es nach wie vor – entsprechende Schlagzeilen findet man dazu regelmäßig. Den Spritzenautomaten gibt es auch noch – für mich eine wichtige gesundheitspolitische Maßnahme. Aber damals war es eine Riesendiskussion. Du, Andreas, wolltest als damaliger Stadtrat, den Spritzenautomaten überhaupt in das Gelände des Alten Schlachthof verlagern. Dann hätte man dem Schlachthof vermutlich ebenfalls einen Imageschaden zufügen können.

Beim Budget werden ja immer gerne Zitate verwendet: von Cicero bis J.F. Kennedy. Ich bringe heute eine Aussage eines Mannes, der unter uns ist: „Wir reden jetzt übers Budget, aber eigentlich brauche ich euch nicht.“, so Bürgermeister Dr. Rabl beim ersten Budgetgespräch mit der SPÖ. Du hattest damals bereits die Zustimmung der GRÜNEN in der Hand.

Ich gebe zu nach dieser Aussage: Kurzes Durchschnaufen der SPÖ-Vertreter Vizebürgermeister Klaus Schinninger, Stadtrat Stefan Ganzert und meiner Wenigkeit, aber doch dann unser Wille, wesentliche Dinge anzusprechen und zu versuchen, diese auch durchzusetzen: mehr Geld für die Sozial- und Kulturvereine, damit endlich die Inflation etwas abgedeutet werden kann – wir reden hier von zusätzlichen 70.000 € mehr von der ersten Arbeitsunterlage der Fraktionen, wo die Position freie Wohlfahrt noch mit 153.000 € bedeckt war und jetzt mit 223.000 €.

Wir werden im Sozialausschuss genau darauf achten, dass die Vereine endlich eine gewisse Inflationsabgeltung bekommen. Ich rechne ja nicht gerne auf, aber für Sport ist immer Geld da. Böse Zungen behaupten ja, der Sportreferent sollte vielleicht einmal das Sozialbudget übernehmen, dann ist genug Geld da.

Im Nachwuchsbereich haben wir die Forderung nach 50.000€ mehr unterstützt. Schließlich betonte der Sportreferent, dass bei 50.000 € weniger Sportbudget Kürzungen im Nachwuchsbereich drohen.

Wichtig war uns neben den vielen Projekten im Bildungsbereich, aber vor allem die personelle Ausstattung in den städtischen Kindergärten. Zur Überraschung von uns allen – denn schließlich reichen für den Personalreferenten und Bürgermeister der Mindestpersonalschlüssel – hast du 14 zusätzliche Vollzeitkräfte – sprich für jeden Kindergarten eine Unterstützungskraft - zugesagt.

Damit hast du eine weitere Kernforderung von uns umgesetzt. Die Budgets von Vizebürgermeister Klaus Schinninger und Stadtrat Stefan Ganzert sind gut dotiert, viele Investitionen können umgesetzt werden.

Leider haben wir Mittel für den Versuch eines temporär autofreien Stadtplatzes mit entsprechender Ausgestaltung nicht durchgebracht. Du hast uns klargemacht, dass dies mit der FPÖ nicht zu machen ist. Diese Mehrheit müssen wir zur Kenntnis nehmen, heißt aber nicht, dass wir uns in dieser Sache nicht weiter bemühen werden.

Es hat durchaus noch weitere Punkte gegeben, für die wir uns eingesetzt haben: mehr Schulsozialarbeit, mehr Streetwork, Ausbau der Gemeinwesenarbeit, Absicherung von Projekten wie „Wohnen im Dialog“, die, durch die geplanten Kürzungen von Landesrat Dörfel, Leistungen reduzieren müssen.

Für dich, Andreas, ist Letzteres leider ein Projekt, das man nicht braucht – wie du wortwörtlich gesagt hast.

Wenn man sich die Investitionen ansieht, wird vieles in den nächsten 2 Jahren passieren, 40 Millionen Investitionen – aber vermutlich auch aus gutem Grund: 2027 stehen wieder Wahlen an: der weitere Ausbau der Kinderbetreuung wird finanziert, die Planung der Schule Wels – Wels soll endlich beginnen. Eigentlich könnte die Schule Wels-West schon längst in Betrieb sein, wenn du das nicht immer verzögert hättest.

Der Volksgarten neu mit der Landesgartenschau wird das Vorzeigeprojekt sein, das du 2027 sicher groß vermarkten wirst – ein Projekt, das aber nicht neu ist, sondern auf den Masterplan Messeareal neu aufsetzt, bei dem damals Bürgermeister Rabl und ich – damals wir beide als Stadträte – schon im Lenkungsausschuss mitwirken konnten.

Die SPÖ wird dieses Budget mittragen, auch wenn wir in manchen Bereichen einen anderen Schwerpunkt gesetzt hätten. Wir werden es mittragen, weil es in Summe viele gute Projekte beinhaltet. Das heißt aber nicht, dass wir mit allem zufrieden sind. Wir werden nicht müde werden, Problemfelder aufzuzeigen, wenn es um Kinderarmut, hohe Strompreise, soziale Sicherheit oder Jugendarbeitslosigkeit geht.

Wie heißt es immer: ein Budget ist ein in Zahlen gegossener politischer Wille, ein Paket, das aber sehr wohl bei Bedarf durch Kreditüberschreitungen bzw. Kreditübertragungen immer wieder aufgeschnürt werden kann – das haben wir zu Genüge in den vergangenen 2 Jahren erlebt.

Wels braucht nämlich nicht nur ein saniertes, ausgeglichenes Budget, sondern auch ein soziales Herz.

GR. Aspetzberger: Wir beraten heute das Doppelbudget 2027 in einer Zeit, die für viele Städte und Gemeinden alles andere als einfach ist. Die wirtschaftliche Lage ist angespannt, die Einnahmen wachsen langsamer als die Ausgaben und immer mehr Gemeinden geraten unter finanziellen Druck. Umso wichtiger ist es heute, klar festzuhalten, Wels steht finanziell stabil da und das ist keine Selbstverständlichkeit. Dieses Budget ist kein Zufallsbudget. Es ist das Ergebnis jahrelanger Arbeit, klarer Prioritäten und einer sehr verantwortungsvollen Finanzpolitik.

Bevor ich auf den Inhalt eingehen möchte, möchte ich eines ausdrücklich sagen - dieses Doppelbudget ist eine Gemeinschaftsleistung. Mein Dank gilt dem Magistratsdirektor, dem Finanzdirektor, den Mitarbeitern der Finanzverwaltung, den Fachabteilungen des Magistrats sowie allen politischen Verantwortlichen, die sachlich, konstruktiv und lösungsorientiert an diesem Budget mitgearbeitet haben. Ein Budget dieser Qualität entsteht nicht von selbst. Es entsteht durch Fachwissen, Disziplin und gute Zusammenarbeit. Dafür ein ehrliches Dankeschön.

Wels gehört zu den wenigen Städten in Österreich, die auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ohne neue Schulden investieren können. Das Doppelbudget 2026/2027 sieht Investitionen von mehr als 40 Millionen Euro vor. Vollständig finanziert aus den laufenden Erträgen ohne Neuverschuldung. Das ist ein zentraler Punkt, denn Schulden von heute sind Belastungen von morgen. Verantwortungsvolle Politik muss genau hier ansetzen.

Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt sehr klar, wohin diese Werte, wohin dieser Weg geführt hat. Die Pro-Kopf-Verschuldung der Stadt Wels ist von über 1.100 € im Jahr 2015 auf rund 43 € im Jahr 2027 gesunken. Der Verschuldungsgrad liegt faktisch bei null. Gleichzeitig konnten Rücklagen von über 100 Millionen Euro aufgebaut werden. Das gibt Sicherheit und es gibt der Stadt Wels den nötigen Handlungsspielraum - heute und in Zukunft. Dieser Handlungsspielraum wird genutzt, nicht für Symbolpolitik, sondern für konkrete Investitionen, die den Menschen in dieser Stadt unmittelbar zugutekommen.

Ein ganz wesentlicher Schwerpunkt dieses Budgets ist die Weiterentwicklung unseres Wirtschafts- und Lebensstandortes. Wels ist ein starker Wirtschaftsstandort. Zahlreiche erfolgreiche Betriebe, national wie international, sorgen für Arbeitsplätze, Wertschöpfung und Stabilität. Diese Betriebe tragen maßgeblich zur Finanzierung unserer Stadt bei. Gerade deshalb ist klar, eine starke Wirtschaft ist die Grundlage für vieles, was wir uns als Stadt leisten können. Dieses Budget setzt bewusst auf Standortstärke durch Investitionen in Infrastruktur, durch Verlässlichkeit bei Abgaben und durch den klaren Verzicht auf neue Belastungen für Betriebe.

Die Entwicklung der Kommunalsteuer zeigt, dass die wirtschaftliche Lage weiterhin angespannt ist. Für 2026 sind rückläufige Einnahmen budgetiert. Das ist ein deutliches Signal dafür, dass die wirtschaftliche Erholung noch nicht vollständig angekommen ist. Umso wichtiger ist es, dass wir als Stadt Stabilität geben - keine Experimente, keine Steuererhöhungen, sondern Verlässlichkeit und Planungssicherheit für unsere Unternehmen.

Ein wichtiger Schwerpunkt liegt bei der Infrastruktur. Investiert wird in Straßen, Brücken, Radwege und Lärmschutz, in die Umgestaltung des Kaiser-Josef-Platz West, in die Sanierung bestehender Bauwerke und in die Erhöhung der Verkehrssicherheit. Eine funktionierende Infrastruktur ist die Grundlage für Mobilität, Wirtschaft und Lebensqualität. Ein sehr wichtiger Bereich ist auch die Sicherheit. Für die Feuerwehr sind im Doppelbudgetzeitraum 2 Millionen Euro für Fahrzeuganschaffungen vorgesehen. Zusätzlich zu weiteren Mitteln für Gebäude, Ausrüstung und den Fuhrpark. Wer Sicherheit ernst nimmt, muss sie auch entsprechend ausstatten.

Große Bedeutung haben die Investitionen in Kinder, Familien und Bildung. Mit dem Neubau der Volksschule VS 10 in Wels-West wird in der Zukunft ein notwendiges Projekt umgesetzt. Zusätzlich werden mehrere Kindergärten und Krabbelstuben neu errichtet oder erweitert. Das sind Investitionen in die Zukunft und in die Aktivität des Standortes für Familien.

Auch im Bereich Umwelt und Ordnung wird gezielt investiert. Mit dem neuen Altstoffsammelzentrum in Wels-West wird die Versorgung moderner, effizienter und bürgernäher gestaltet. Das ist ein wichtiger Beitrag einer sauberen und funktionierenden Stadt.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Lebensqualität. Wels investiert gezielt in Grünräume, Parkanlagen und Spielplätze. Ein zentrales Projekt dabei ist der neue Volksgarten. Grünflächen sind Erholungsräume, Treffpunkte und ein wesentlicher Faktor für das Stadtklima. Gerade in einer wachsenden Stadt ist es wichtig, dass diese Bereiche mitentwickelt werden.

Besonders hervorheben möchte ich auch die Investitionen in die IT und Digitalisierung. Rund 3 Millionen Euro sind für diesen Bereich budgetiert. Ein klarer Schwerpunkt liegt dabei auf dem Einsatz von künstlicher Intelligenz. Ziel ist es, Verwaltungsprozesse effizienter zu gestalten, Abläufe zu beschleunigen und langfristig auch die Personalkosten in unterschiedlichen Bereichen zu stabilisieren. Eine moderne Verwaltung bedeutet nicht nur weniger Bürokratie, sondern bessere Services für die Bürger - schneller, transparenter und effizienter.

Dieses Budget ist so aufgebaut, dass alle Referenten ihren notwendigen Spielraum erhalten haben. Jeder Referent wurde im Rahmen des finanziell Machbaren berücksichtigt. Natürlich ist ein Budget nie für alle zu 100 % passend. Wünsche gibt es immer mehr als finanzielle Mittel. Entscheidend ist aber, dass wir ausgewogen priorisieren und den Gesamtblick nicht verlieren. Dieses Budget zeigt aber auch klar die bestehenden Herausforderungen. Die Transferzahlungen an das Land und an andere öffentliche Träger steigen deutlich stärker als die Inflation. Gleichzeitig wachsen die Ertragsanteile nur moderat. Diese Schieflage bringt viele Gemeinden unter Druck. Die Antwort kann nicht sein, die Belastungen für Bürger und Betriebe weiter zu erhöhen.

Steuererhöhungen, wie die Erhöhung der Grundsteuer, sind nicht der richtige Weg. Notwendig sind klare Zuständigkeiten, weniger Bürokratie und eine faire Aufgabenverteilung zwischen Bund, Land und Gemeinden. Eine leistungsfähige Verwaltung ist Voraussetzung dafür, dass öffentliche Leistung funktioniert und Steuergeld verantwortungsvoll eingesetzt wird.

Dieses Doppelbudget ist kein Budget der großen Ankündigungen. Es ist ein Budget der Vernunft, der Stabilität und der Verantwortung. Es verbindet solide Finanzen mit hohen Investitionen. Es sichert die Zukunftsfähigkeit der Stadt, ohne kommende Generationen zu belasten und es zeigt, dass Wels auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten handlungsfähig bleibt. Die Freiheitliche Fraktion steht daher hinter diesem Budget, weil es für einen verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeld steht, weil es Investitionen mit Maß und Ziel ermöglicht und weil es die wirtschaftliche Stärke und die Lebensqualität unserer Stadt in den Mittelpunkt stellt.

Liebe Silvia, auch wenn die SPÖ heute diese Budgetsitzung zum generellen Rundumschlag gegen die Finanzpolitik von unserem Finanzreferenten missbraucht. Ich würde behaupten, es war ein Rundumschlag gegen alles, was in den letzten Jahren umgesetzt worden ist. Da möchte ich trotzdem dazu sagen, dass die Geschichte mit dem Verkauf der Sparkassenanteile ja schon wirklich einen langen Bart hat. Es wurde schon wirklich sehr oft erklärt, welchen Teil die Sparkassenanteile am Gesamtbudget oder an der Gesamtsituation hatte. Und ich möchte noch einmal betonen, die Stadt Wels hat rund 400 Millionen Euro erwirtschaftet und davon waren 70 Millionen Euro die Sparkassenanteile. Und auch wenn es sich der Herr Bürgermeister noch so herzlich zu Weihnachten wünscht, ich glaube, wir werden es noch öfter hören, denn es wird uns auch heute nicht gelingen, Ihnen das glaubhaft zu vermitteln, dass 70 Millionen die Sparkassenanteile waren und 400 Millionen Euro erwirtschaftet wurden.

Aber gut, ich danke allen Beteiligten für die sorgfältige Arbeit an diesem Doppelbudget und ersuche um eine breite Zustimmung im Interesse der Stadt Wels.

StR. Rammerstorfer: Danke für die bisherigen Wortmeldungen. Vieles teilen wir, was bereits gesagt wurde. Dementsprechend möchte ich mich ein bisschen kürzer fassen und auf das beschränken, was meine Aufgabengebiete betrifft. Vielleicht vorweg auch ein Dankeschön an die Finanzdirektion und natürlich an alle Mitarbeiter der Stadt Wels, die an dieser Budgeterstellung beteiligt waren. Was man auch an dieser Stelle einmal sagen muss: Danke an alle anderen Fraktionen. Ich glaube, wir haben das miteinander sehr gut gelöst. Ich empfinde die Zusammenarbeit im Stadtsenat und Gemeinderat durchaus positiv. Ich kann viele Kleinigkeiten aufzählen, wo das einfach sehr schön funktioniert und das muss auch einmal bei allen ideologischen und sonstigen programmatischen Unterschieden gesagt werden, die es zwischen unseren Parteien und Fraktionen auch gibt.

Nun zu meinen Referaten „Abfallwirtschaft und Straßenreinigung“. Hier haben wir einen sehr großen Punkt, der bereits vor längerer Zeit beschlossen wurde. Es ist der Neubau des ASZ in der Europastraße mit 1,8 Millionen Euro. Wir haben hierfür bei der Europäischen Union noch einen Förderantrag gestellt. Hier werden wir noch ein paar Wochen abwarten, wie dieser beantwortet wird. Wie sich letzten Endes die finanzielle Lage darstellt, so wird dann das Projekt umgesetzt. Wir haben hier 1,1 Millionen Euro beantragt. Das ASZ in der Europastraße wird im Herbst 2026 zumindest in den Probebetrieb und 2027 mit Sicherheit in den Vollbetrieb gehen. Für die Digitalisierungsoffensive in der Abfallwirtschaft sind 200.000,- Euro vorgesehen.

Mehrere Hunderttausend Euro sind in den nächsten Jahren für die Ersatzbeschaffungen von Mülleimern, Müllsaugern und Kleinfahrzeugen vorgesehen. In den Jahren 2027 und 2028 sind 1,17 Millionen Euro für zwei Müll-LKWs mit Elektroantrieb budgetiert.

Die Förderungen für die Projekte, insbesondere für die Projekte in der Bewusstseinsbildung der Umwelt- und Klimaförderung, werden um 7.000,- Euro auf 27.000,- Euro pro Jahr erhöht. Ich glaube, da können wir sehr viele tolle Dinge gerade im Bildungsbereich und in den Schulen sowie andere Angebote fördern. Diese Förderung ist so hoch wie nie.

Weiterhin wird es natürlich auch die Förderung für die „World Sustainable Energy Days“ geben. Hier gibt es ja bereits einen im Gemeinderat beschlossenen Vertrag mit einer Förderung von 45.000,- Euro im Jahr.

Für weiterführende Projekte zur Klimawandelanpassungsstrategie sind 10.000,- Euro budgetiert.

Im „Alten Schlachthof“ (hier werden wir noch beim Punkt 17 dazukommen) wird die Personalsituation weiter bestehen. Diese ist auch objektiv betrachtet die beste Personalsituation in der Geschichte des Hauses. Wir haben zusätzlich auch 100.000,- Euro für Renovierungen veranschlagt. Es gibt auch Gespräche über einen Strategieprozess, wie das Haus oder die Häuser zukünftig aussehen werden. Es ist natürlich vieles in die Jahre gekommen. Wir sind in einem sehr guten Austausch mit allen Stakeholdern.

Im Tiergarten ist die Situation so, dass wir bereits 1,5 Millionen Euro aus den Mitteln der Landesgartenschau zugesagt bekommen haben und auch teilweise verplant bzw.

manches auch schon ausgegeben haben. Weitere 100.000,- Euro werden vom Verein kommen. Zusätzlich gibt es private Beteiligungen an der Landesgartenschau. Hier auch ein großes Dankeschön an den Tiergartenverein und an die Schriftführerin, GR. Wippl, BA BA LL.M. Vielen Dank für die Aktivität. Wir haben für die weiteren Reparaturen ein Budget von 50.000,- bis 100.000,- Euro im Jahr budgetiert.

Im Tierheim haben wir seit Jahren das Problem mit der Heizung, dafür haben wir diesmal 90.000,- Euro budgetiert. Ich hoffe, dass wir das damit lösen können. Wir sind natürlich auch hier mit dem Land Oberösterreich bzw. mit privaten Geldgebern in Verhandlung, dass wir hier alle Kosten abdecken können. Falls wir es nicht schaffen, werde ich vielleicht um eine Kreditübertragung bitten müssen.

Das ist das Wesentliche aus meinem Bereich. Ich danke für die bisherigen Wortmeldungen zum Budget. Ich glaube, wir haben das wieder recht gut zusammenbekommen.

Zu dem Kritikpunkt von Kollegin GR. Silvia Huber, MPA, muss ich schon sagen: Es hat keine Absprache mit den Freiheitlichen gegeben. Das Erste, was ich vom Budget mitbekommen habe, war Anfang Oktober eine Presseaussendung, in der die SPÖ-Fraktion und die FPÖ-Fraktion schon eine gewisse Einigung in Sachen Schulbudget verkündet haben, was ich durchaus unterstütze. Aber unsererseits hat es vorweg keine Absprachen gegeben. Für uns war es wichtig, dass wir schnell und knackig in diese Verhandlungen gehen, weil es auch darum geht, dass wir viele Investitionen und Veranstaltungen planen und nicht monatelang Zeit haben, taktische Spielchen zu spielen. Wir wollen möglichst schnell wissen, woran wir sind und auch unseren Mitarbeitern sagen können, woran sie sind. Die müssen es ja letzten Endes umsetzen. Danke.

StR. Dr. Oberndorfer: Ich will mich kurzfassen und nur ein paar wesentliche Highlights hervorheben, weil diese Diskussion ohnehin insgesamt sehr lange sein wird. Aber eine kurze Replik sei mir dann trotzdem noch zum Budgeterstellungprozess gestattet. Die hatte ich zwar nicht vor, aber das muss ich jetzt in Anbetracht der Wortmeldung meines Vorredners etwas richtigstellen oder zumindest so darstellen, wie es sich aus meiner Sicht zugetragen hat.

Vor zwei Jahren hat es ja einen Budgeterstellungprozess gegeben, bei dem sich drei Fraktionen zusammengeschlossen haben und eine Allianz gebildet haben. Es wurde klar definiert, es gibt gemeinsame Ziele und wenn sich diese Ziele im Budget wiederfinden, dann stimmt man diesem Budget auch geschlossen zu. Das war vor 2 Jahren und das hat aus unserer Sicht gut funktioniert, weil wir damals wesentliche Punkte installieren konnten. Beispielsweise im Kinderbetreuungsbereich den Springerpool. Der hat sich dann auch in beiden Jahren etabliert. Viele andere Dinge, die wir damals gefordert haben, haben sich auch etabliert und trugen dann dazu bei, dass sich unsere Stadt gut entwickelt.

Diese Art und Weise, dass wir uns zusammenschließen und gemeinsam wesentliche Forderungen, die wir im Budget berücksichtigt haben wollen, definieren, prägt diesen Prozess. Den hätte ich auch dieses Mal gesehen und für sinnvoll erachtet. Ich sehe das nicht als taktisches Spielchen, wie mein Vorredner sagt. Ganz im Gegenteil, das ist transparent und diese Transparenz haben wir auch gelebt. Denn wir haben schon

im Juni, also am Anfang des Budgeterstellungprozesses, klar definiert, was wir denn gerne von diesem Budget hätten. Bevor es noch konkrete Zahlen gegeben hat, haben wir gesagt, wir sehen da die Notwendigkeit für Investitionen. Und diese Investitionen ersehen wir im Bildungsbereich, Schulneubau, Kindergartenneubau, Schulsanierungen und vor allem beim Personal im Kinderbetreuungsbereich als notwendig.

Wir haben das zunächst noch mit 3 Fraktionen gemeinsam veröffentlicht. Dann traten wir in die konkreten Budgetverhandlungen ein und dann hieß es ab einem gewissen Zeitpunkt: Es gibt schon eine Einigung, weil die GRÜNE-Fraktion dem Budget zustimmen wird und daher ist unsere Zustimmung auch nicht mehr erforderlich.

Sehr geehrte Kollegen, das war zu einem Zeitpunkt, als wir die Aufstockung des Personals im Kinderbetreuungsbereich noch nicht ausverhandelt hatten. Es war dem Bürgermeister offensichtlich wichtig, ein einstimmiges Budget zu erhalten. Denn die SPÖ-Fraktion und die ÖVP-Fraktion hätten diesem Budget – das weißt du – nicht zugestimmt, wenn im Kinderbetreuungsbereich diese Maßnahmen bzw. die Aufstockung des Personals nicht gekommen wäre. Das haben wir auch klar kommuniziert. Das waren aber diese zwei Fraktionen. Die GRÜNE-Fraktion war da nicht mehr dabei, die hatten da schon ja gesagt. Insofern ist es mir schon wichtig, das klarzustellen. Normalerweise würde ich das nicht bei meiner Rede als Referent machen, aber ich habe den Prozess anders wahrgenommen und das kann ich so nicht stehen lassen. Aber sei es drum, wir schaffen es, ein einstimmiges Budget zu beschließen.

Das freut mich, denn es ist trotzdem ein gutes Signal, dass wir auf der politischen Ebene – Kollege GR. Wiesinger hat es sehr treffend ausgeführt – hier mit guten Beispielen vorangehen und zeigen, dass man noch diskutieren und Kompromisse finden kann. Das ist uns gelungen und dafür möchte ich allen Beteiligten danken.

Jetzt zu meinem Bereich. Ich bin zuständig für Wirtschaft und Wissen. Im Wirtschaftsbereich tut sich vor allem im Bereich des Tourismus in den nächsten zwei Jahren einiges und dafür ist auch budgetär einiges vorgesehen. Wir haben es heute schon gehört und wir werden es sicherlich heute noch einmal hören.

Das besondere Highlight ist die Landesgartenschau 2027, bei der wir mit 300.000 Besuchern rechnen sollten. So viele waren es ungefähr in Schärding. Vielleicht geht da sogar noch ein bisschen mehr, weil Wels hier einiges zu bieten hat. Das wird dem Tourismus in unserer Stadt einen ganz wesentlichen Schub geben. Bisher ist es so, dass der Tourismus in Wels zu rund drei Vierteln aus Wirtschaftstouristen besteht. Das sind also Leute, die entweder zu einer Messe fahren oder zu einem der vielen Betriebe in unserer Stadt fahren und dort Besprechungen abhalten bzw. arbeiten. Das heißt, 75 % des Tourismus ist Geschäftstourismus und nur 25 % entfallen auf den Freizeittourismus. Hier ist noch viel möglich. Denn Wels hat einiges zu bieten und das können wir mit der Landesgartenschau auch einer breiteren Öffentlichkeit aus ganz Österreich oder vielleicht auch darüber hinaus präsentieren.

Wir durften dieses Wochenende eine Auszeichnung entgegennehmen, die uns ebenfalls sehr freut. Denn Wels wurde zur Weihnachtshauptstadt Europas gewählt. Gemeinsam mit Barcelona und mit einem kleineren Ort in Malta. Auch das sehe ich als große Chance, dass wir uns hier entsprechend positionieren. 17 Jahre Arbeit liegen

hinter diesem Erfolg. Der Welser Weihnachtsmarkt bzw. die Welser Weihnachtswelt hat sich großartig etabliert und ist ein richtiger Frequenzbringer geworden. Die vielen Menschen, die derzeit in der Innenstadt unter der Woche und vor allem auch am Wochenende unterwegs sind, sind schon unglaublich. Das zeigt, dass die Maßnahmen, die wir hier setzen, auch eine entsprechende Wirkung haben können.

Es ist mir sehr wichtig, dass wir diesen Turbo nutzen. Nutzen wir das nächste Jahr, wenn wir Weihnachtshauptstadt Europas sind. Nutzen wir das Jahr 2027, wenn wir die Landesgartenschau nach Wels holen. Nutzen wir diese Möglichkeiten, um Wels gut darzustellen, um ein entsprechendes Image aufzubauen und um zu zeigen, dass es sich lohnt, in unsere Stadt zu kommen. Dann haben wir auch langfristig etwas davon.

Das Wirtschaftsservice Wels arbeitet sehr gut und kümmert sich darum, dass wir in der Stadt wenige Leerstände haben. Da sind wir Vorreiter. Hier kommen auch regelmäßig Kollegen zu uns, die sich das ansehen wollen, die lernen wollen, wie wir das in Wels gemacht haben. Wie schaffen wir es, dass wir in den Leerstand-Statistiken immer ganz weit vorne sind? Naja, wie machen wir das? Auch das braucht qualifizierte Mitarbeiter und eine entsprechende budgetäre Deckung und diese budgetäre Deckung ist nach wie vor da. Hier können wir entsprechend weiterarbeiten und versuchen, dass sich Wels gut entwickelt.

Ein bisschen Sorgen macht mir aber die Situation am Magistrat. Hier sehe ich schon in manchen Bereichen durchaus eine Personallücke aufklaffen. Ich sage das jetzt einmal ganz vorsichtig und wertfrei. Diese Personallücke führt dazu, dass wir oft nicht mehr die Qualität gegenüber den Kunden des Magistrates und gegenüber den Bauwerbern liefern können, die wir gerne hätten. Nicht die Qualität und nicht die Geschwindigkeit. Das ist aber etwas, wofür sich Wels auszeichnete. Nämlich, dass wir wirtschaftsfreundlich sind, weil bei uns schnell und effizient gearbeitet wird. Ich fände es sehr schade, wenn wir diesen Ruf verlieren würden, weil wir vielleicht zu kurzfristig in der Personalplanung am Magistrat sind. Es gibt Positionen, die müssen entsprechend besetzt sein, dann braucht man vielleicht die eine oder andere Kraft mehr, damit man die Qualität und Geschwindigkeit aufrechterhalten kann.

Ebenfalls noch aus dem Bereich Wirtschaft ist eine gut dotierte Wirtschaftsförderung über die ich nicht nach Gutdünken verfügen darf oder will, sondern die dafür eingesetzt werden kann, dass wir gezielt Betriebe in Wels ansiedeln bzw. bei ihrer Ansiedlung unterstützen. Hier rede ich nicht so sehr von Großbetrieben, weil für diese die Wirtschaftsförderung nicht konzipiert ist, sondern vor allem von kleinen Geschäften oder Einzelunternehmern, die beispielsweise in der Innenstadt oder auch in den Stadtteilen einen Handels- oder Gastronomiebetrieb aufmachen. Hier können wir unterstützen und als Stadt Wels zeigen: „Das ist uns etwas wert, dass du kommst, und wir wollen hier auch entsprechend etwas beitragen.“ Die Wirtschaftsförderung ist, wie gesagt, gut dotiert. In den nächsten zwei Jahren haben wir hier einen entsprechenden Spielraum.

Ich darf dann noch meinen zweiten Bereich, den Wissens- und Kulturbereich, hervorheben und dass auch hier die Landesgartenschau ihren Niederschlag finden wird. Und zwar mit einer großartigen Sonderausstellung im Burgmuseum, auf die ich mich schon sehr freue. Wir schaffen es damit auch, dass nicht nur der Burggarten, sondern auch das Burgmuseum in die Landesgartenschau miteingebunden wird. In

diesem Budget sind dafür ausreichende Mittel vorgesehen, sodass wir hier auch etwas Feines bieten können.

Im Bereich der Bibliotheken haben wir Mittel vorgesehen, damit der begonnene Digitalisierungsprozess weitergeführt werden kann. Hier sind Investitionen notwendig, die letztlich dazu führen sollen, dass wir mit den beschränkten Personalkapazitäten auskommen und dass wir trotzdem Bürgernähe und ein entsprechendes Service gegenüber dem Bürger bieten können. Ich glaube, dass hier mit sinnvollen Investitionen in die zusätzliche Digitalisierung einiges möglich ist.

In Summe würde ich sagen, was meinen Bereich als Referent betrifft, dass es jedenfalls ein rundes Budget ist. Eines, mit dem man gut arbeiten kann und eine Arbeit, auf die ich mich auch in den nächsten beiden Jahren freue. Gemeinsam mit Ihnen können wir hier viele Projekte umsetzen und die budgetären Rahmenbedingungen sind dafür jedenfalls gegeben. Vielen Dank und Glück auf.

StR. Schäfer, BSc MSc: Mit dem vorliegenden Voranschlag werden nun auf einen Schlag wieder mehr als 40 Millionen Euro an Projekten bedeckt. Das ist schon ein gewaltiger wirtschaftlicher Impuls hier für die Stadt Wels, nicht nur für die Stadt, sondern überhaupt für die ganze Region Wels und Wels-Land. Andere Gemeinden müssen Leistungen reduzieren, schauen wir etwa nach Vöcklabruck, wo beispielsweise das Hallenbad die Betriebszeiten reduzieren muss. Da ist es sehr erfreulich, dass wir in der Stadt Wels mehr als 40 Millionen Euro in den nächsten zwei Jahren aus reiner Finanzkraft investieren werden. Und das ist sehr erfreulich, dass auch diese großen Investitionen wieder ohne die Aufnahme vom Fremdkapital zu bewältigen sind. Zukünftige Generationen werden dadurch mehr Handlungsspielraum haben. Das ist einfach im Sinne der Generationengerechtigkeit eine faire Sache für die zukünftigen Generationen.

Nun zu meinem unmittelbaren Zuständigkeitsbereich. Da wäre einerseits der Friedhof, der ist ja bekannterweise ein wichtiger Ort des gesellschaftlichen Lebens in der Stadt Wels und da freut es mich ganz besonders, dass wir bereits 250.000 € auf Schiene gebracht haben, weil es einfach wichtig ist, dass wir hier eine funktionierende Infrastruktur haben. Es werden sehr viele neue Arbeitsgeräte für unsere Mitarbeiter angeschafft, denn es ist auch wichtig, dass die Mitarbeiter des Magistrats ordentlich arbeiten können.

Die Investitionen in den Masterplan werden fortgesetzt. In Summe laufen bereits Planungen und eben die weiteren Investitionen im Jahr 26/27 in Höhe von rund 380.000 €. Da gehört dazu ein neuer Wald- und Wiesenfriedhof, die Erweiterung der bestehenden Urnenwände, aber auch die Verschönerung des Kinderfriedhofs sowie die Gestaltung der Plätze am Areal des Friedhofes der Stadt Wels.

Ein großes Thema ist auch die öffentliche Beleuchtung und hier trifft uns das Thema, das zunehmend Garantien von Herstellern auslaufen. Das resultierte noch aus der LED-Offensive 2011. Und so freut es mich, dass wir hier mehr als 1,4 Millionen Euro in die Beleuchtung investieren und wir setzen ein großes Zeichen im Sinne der Modernisierung, der Effizienzsteigerung, aber auch der Sicherheit in unserer Stadt. Die Schwerpunkte in diesem Bereich werden sein: Der Austausch der veralteten LED-Lichtkörper aus 2011 und der weniger umweltfreundlichen Beleuchtungskörper, die wir noch haben, die nicht

LED sind sowie die Verbesserung der Beleuchtung bei Schutzwegen und Installationen von intelligenter Beleuchtung im Zuge des Straßenneubaus. Es freut uns ja, dass wir hier erstmalig mit dem Beleuchtungsprogramm neue Wege gegangen sind und eben dieses Beleuchtungsprogramm an das Straßenbauprogramm angeglichen haben. Das heißt, wenn StR. Ganzert eine Straße baut, baut StR. Ralf Schäfer, BSc MSc die Beleuchtung dazu und zwar immer im Gleichklang und hoffentlich mit einer intelligenten Straßenbeleuchtung, wie es auch schon bei manchen Ampelanlagen in Zukunft der Fall sein wird.

Weniger öffentlichkeitswirksam, dennoch nicht minder wichtig für die Stadt sind die Investitionsvorhaben im Wasserbau. In den nächsten Jahren werden hier auch mehr als 2,1 Millionen Euro investiert. Wohl gemerkt ohne die Grundankäufe, die der Liegenschaftsreferent ebenfalls dotiert hat, weil nämlich hier der größte Brocken die Neuherstellung der Grünbach Endversicherung sein wird. Bei uns im Norden ist ja die Endstation des Grünbaches. Deswegen müssen wir uns auch um die Versickerung kümmern. Hier sind bereits neue Flächen eben im Ankaufen und in der Folge können wir dann die neue Endversicherung herstellen. Der alte Schlamm und Schotter wird zum Teil im Straßenbau, zum Teil aber auch bei Parkplatzprojekten bezüglich der Landesgartenschau und des neuen Volksgartens wiederverwendet. Weniger öffentlichkeitswirksam, dennoch sehr bedeutend für die Stadt Wels, weil wir hier die Hochwassersicherheit in unserer Stadt weiter herstellen und gewährleisten.

Im Bereich der Stadtentwicklung werden wir im Wesentlichen Maßnahmen aus der Klimastrategie umsetzen. Unter einem Schlagwort mit dem Beispiel „Projekt Klimaweg“ schaffen wir jetzt erstmalig planerische Grundlagen, damit wir z.B. auch die Temperaturentwicklung in unserer Stadt und die Hitze an Plätzen und Arealen analysieren können, dies in das GIS-System einpflegen und auf deren Basis dann unsere weiteren städteplanerischen Tätigkeiten durchführen können.

Weiters wird auch der Beitrag zur Attraktivierung der Stadtteile natürlich weitergeführt und ich darf hier in Erinnerung rufen, dass rund 350.000 € bereits als Ausfluss aus den Stadtteilgesprächen ins Budget anderer Referenten einfließen wird und bereits eingeflossen ist. Hier allen voran das Budget des Vzbgm. Kroiß. Die Projekte werden nun nach und nach umgesetzt. Beispielsweise die Neugestaltung Grünbachplatz und Haideweg, Calisthenicpark Haidweg, zusätzliche Spielgeräte Sandwirtstraße, Neugestaltung Spielplatz Freizeitanlage, zusätzliche Spielgeräte Nestroystraße, Errichtung Spielplatz Pichlerstraße und zusätzliche Baumbepflanzungen in der gesamten Pernau waren hier Ausflüsse aus den Stadtteilgesprächen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zusammengefasst zeigt dieser Budgetvoranschlag und vor allem das Investitionsprogramm, dass die Stadt Wels auch in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten handlungsfähig bleibt, verantwortungsvoll wirtschaftet und gezielt in die Lebensqualität, Sicherheit und in unser aller Zukunft investiert.

StR. Ganzert: Auch ich möchte mit einem expliziten Dank beginnen, nämlich an die Finanzdirektion und an das gesamte Team sowie an alle Mittelbewirtschafter bei der Stadt Wels, die das auch dieses Mal wieder unter besonderen Rahmenbedingungen gemacht haben. Das letzte Mal war es ja die VRV-Umstellung. Dieses Mal hat es das

neue ERP gegeben. Man muss immer wieder versuchen, sich hier anzupassen. Aber die Finanzdirektion hat das wie immer vorbildlich gelöst.

Ich darf mich hier auch an mein Referat halten. Die Fraktionsvorsitzende GR. Silvia Huber, MPA, hat ja bereits sehr deutlich die Meinung der SPÖ-Fraktion kundgetan. Wir haben es heute schon einmal gehört: Ein Budget ist etwas sehr Technisches. Wenn es jetzt um das Mobilitätsbudget geht, dann wird es sozusagen noch technischer.

Wir haben nämlich äußerst viele Sachzwänge. Wir haben heute schon gehört, die Stadt wächst und insofern muss auch die Mobilität mit der Bevölkerung mitwachsen. Auf der anderen Seite haben wir auch sehr viele rechtliche Sachzwänge. Das sind Kostenbeteiligungen, weil wir Verträge mit dem Land Oberösterreich z. B. auf Landesstraßen haben. Es geht auch um Teilungsschlüssel, zum Beispiel mit der [anonymisiert], weil wir auch darüber sprechen, neue Lärmschutzwände entlang der Autobahn zu bauen und ein großer Teil kommt ganz einfach durch Raumordnungsverträge zustande.

Das erklärt auch, wie wir dieses Budget vollziehen können. Wir glauben zwar, wir haben einen Raumordnungsvertrag, aber wir wissen, die Stadt wächst. Dann wird vielleicht dieses Projekt in diesem Jahr nicht realisiert, es wurde aber in diesem Jahr budgetiert. Das heißt, wir machen vielleicht die Straße erst im kommenden Jahr. Dann bleibt immer dieser Vorwurf: Wir geben das Geld nicht aus. Aber bleiben wir beim lieben Geld. Was haben wir denn in meinem Referat angemeldet? Es sind 23,6 Millionen Euro für die Investitionen für das Doppelbudget. Das sind 14,8 Millionen für das kommende Jahr und 8,8 Millionen für das Jahr 2027. Davon bedeckt ist immerhin fast die Hälfte. Das sind 11,2 Millionen Euro. 8,1 Millionen Euro im kommenden Jahr und 3 Millionen dann im Jahr 2027.

Jetzt kann man fragen: Wieso kommt es hier zu dieser „Schieflage“? Was uns im Verkehr und in der Mobilität ganz wichtig war, ist, dass wir natürlich auch anerkennen, was 2027 ist und hier spreche ich nicht ausschließlich von der Wahl, sondern natürlich von der Landesgartenschau und von den zu erwartenden Verkehrsströmen, die wir hier in der Stadt haben werden. Deshalb haben wir wirklich versucht, Großprojekte im kommenden Jahr zu machen und im Jahr 2027 mehr im Siedlungsbereich tätig zu sein, damit wir die Hauptverkehrsadern für das Jahr 2027 von Baustellen frei haben, damit das Ganze auch funktioniert.

Eines dieser Großprojekte ist zum Beispiel der Kaiser-Josef-Platz im Westen. Dieser soll im kommenden Jahr um 3 Millionen Euro so angepasst werden, wie wir das zuletzt im Ostteil im Jahr 2021 gemacht haben.

Es geht auch darum, sich die Maria-Theresia-Straße anzusehen. Wir wissen, dass der Messebogen ein gewisses Nadelöhr ist. Die Straße ist schon an verschiedenen neuralgischen Punkten fast an ihrem Limit. Es wird dort auch nicht gerade leichter. Denn wir haben einen eisenbahnrechtlichen Bescheid, sodass wir im kommenden Jahr dort eine Eisenbahnschrankenanlage für 250.000,- Euro auf der Höhe der Maria-Theresia-Straße bauen müssen. Das macht vieles nicht leichter. Ich spreche da zum Beispiel die Kreuzung mit dem Maria-Theresien-Hochhaus an, wo es um die Abstände und um viele andere Dinge geht. Aber da nehmen wir Geld in die Hand, um es dort in Zukunft etwas besser und flüssiger zu machen.

Was mich in diesem Doppelbudget auch freut, ist der Beginn mit den neuen Lärmschutzwänden entlang der Autobahn. Das ist etwas, was wir schon vor längerer Zeit besprochen und beschlossen haben und was jetzt zur Umsetzung gelangen wird.

Es freut mich auch, dass das Siedlungsstraßen-Sonderbauprogramm wieder weitergehen kann. Im kommenden Jahr ist das eine halbe Million Euro. Im Jahr 2027 ist es dann 1 Million Euro. Ich habe es schon erklärt, warum wir diesen Fokus bewusst so legen. Wir hätten pro Jahr 3 Millionen Euro beantragt, weil wir uns das auch zutrauen können. Im Siedlungsstraßen-Sonderbauprogramm geht es hauptsächlich darum, dass Leistungen extern vergeben werden. Das heißt, es ist besser skalierbar, als wenn wir diese Baustellen hausintern machen würden.

Wir investieren auch in einen modernen Fuhrpark. Wenn Sie genau schauen, kaufen wir einen Mobilbagger an, einen LKW mit Kipper oder auch eine Asphaltmaschine und einen Asphaltmischer auf Anhänger. Hier wollen wir auch effizienter werden, was unser Baustellenmanagement betrifft.

Und dann möchte ich gleich eine Sorge herausnehmen. Wer sich hier wirklich Zeile für Zeile angesehen hat und dann den Punkt „Maßnahmen Radverkehr“ mit null Euro gelesen hat - Ja, ganz so einfach ist es aber nicht. Sie sehen, was wir als Wunsch angemeldet haben. Wir haben dann aber in den Verhandlungen rund um das Budget ganz einfach einsehen müssen, dass diese Euros, die dort stehen sollten, bereits in anderen Voranschlagstellen und Punkten des Budgets enthalten sind und dass sie deshalb nicht explizit und taxativ dort aufgezählt werden. Aber ja, wir werden neue Radwege bauen und ja, wir werden Geld in die Radinfrastruktur investieren.

Genauso geht es mir bei dem Punkt der Markierungen. Da stehen im investiven Haushalt 50.000,- Euro. Hier hätte ich mir ehrlich gesagt mehr gewünscht, weil das, was wir in den vergangenen zwei Jahren gemacht haben, ist der Beginn einer Aufholjagd des bisherigen Rückstaus, den wir hatten oder die unsichtbaren Markierungen, die bereits vorhanden waren. Aber da muss ich mich wohl auf das Wort des Bürgermeisters verlassen, der gesagt hat: „Ja, wenn wir das Geld einmal ausgegeben haben, dann schauen wir uns das noch einmal genauer an und dann können wir das wahrscheinlich auch noch über einen Kreditantrag entsprechend erhöhen.“ Ich kann Ihnen nur berichten: In diesem Jahr haben wir versucht, bis auf den letzten Cent alles auszugeben, weil wir hier wirklich viel unternehmen müssen.

Zwei Dinge, die mir persönlich besonders wichtig sind, auch wenn sie bei 11,2 Millionen Euro lächerlich klein erscheinen, aber da sieht man, dass man oft um die kleinen Dinge kämpfen muss. Es hat bis vor 2 Jahren nur ein einziges Referat gegeben, wo es keine Ermessenssubventionen gegeben hat. Das ist vor 2 Jahren gelungen. Ein zartes Pflänzchen mit 10.000,- Euro. Hier geht es um „Meet and Bike“ oder um „Bike and Roll“ - es geht um verschiedene Formen der Mobilität, wo es auch einen Spielraum über Ermessenssubventionen gibt. Die hat es die letzten 2 Jahre gegeben und die wird es auch in den kommenden beiden Jahren geben. Ich glaube, das ist auch eine Frage von Wertschätzung und Respekt. Sie können sich vorstellen, mit 10.000,- Euro im Mobilitätsbereich wird man nicht sehr weit kommen.

Ein zweites wirkliches Herzensprojekt: Die europäische Mobilitätswoche ist ja auch preisverdächtig. Wir gewinnen ja nicht nur den oberösterreichischen Preis dafür oder den Preis von der Republik Österreich, sondern wir versuchen, dass wir in einer Woche ein buntes Programm für Jung und Alt auf allen Verkehrsträgern machen. Damit wir mit Leuten in Gespräche kommen, Leuten begegnen oder Leute abholen können. Das ist auch immer etwas, das man stark verhandeln muss. Es ist uns zumindest gelungen, dass wir dafür jeweils wieder 12.000,- Euro in den beiden Budgetjahren zur Verfügung haben.

Es sind aber auch einige Dinge, die wir uns von Seiten der jeweiligen Dienststelle gewünscht hätten, die es aber dann letzten Endes nicht ins Budget geschafft haben. Für mich wäre die stärkere Digitalisierung ein großer Wunsch gewesen. Ob das jetzt die Zählanlagen oder die Radareinschübe sind. Wir haben es beim Kollegen StR. Schäfer, BSc MSc, gehört. Wir haben das auch bei den Rotlichtradars. Zum Beispiel gibt es Geräte, die sich technisch bald überlebt haben. Es gibt keine Ersatzteile. Wir könnten theoretisch – auch wenn die Anzahl an Standorten der Radargeräte gleichbliebe – mehr Einschübe kaufen, dass sie zum Beispiel länger stationär vor Ort wären. Das sind so Beispiele, da sind wir noch nicht dort, wo wir eigentlich sein könnten.

Ich habe mir auch ein bisschen eine smartere Stadt vorgestellt, Stichwort „CTS Car2X“. Das heißt, das sind Ampeln, die sich ganz einfach auch im Verkehr gegenseitig unterhalten und die sich auch mit den Verkehrsteilnehmern unterhalten. In Zukunft ist ein dynamisches Verkehrsleitsystem notwendig. Zum Beispiel nicht nur ein Schild in der Parkgarage, dass es keine Parkplätze mehr gibt. Das Schild müsste wissen: Wo ist denn der nächste freie Parkplatz? Und leitet das Auto dann dorthin. Wenn wir davon reden, dass wir in der Stadt Wels viel für den Tourismus machen wollen und davon ausgehen müssen, dass in Zukunft auch mehr Leute von außerhalb bei uns in der Stadt sind, dann wären das schon Dinge, die ganz erfolgreich werden können, um den Verkehr vielleicht auch zu Stoßzeiten anders zu leiten. Da ist technisch schon viel mehr möglich, aber das wird sich hoffentlich in den kommenden Jahren bei uns dann auch noch abbilden.

Ein Thema, welches auch die Fraktionsvorsitzende schon angesprochen hat, ist zum Beispiel der Stadtplatz. Man sollte sich überlegen, ob man nicht den Stadtplatz temporär einer anderen Verwendung zuführt. Das machen wir ja oft, zum Beispiel bei Festivals oder beim Stadtfest. Das machen wir an vielen Wochenenden im Sommer. Wenn man das aber testweise probieren möchte, dann bliebe eigentlich eine Asphaltwüste übrig. Das ist nicht der Sinn und Zweck, den Stadtplatz einer anderen Verwendung zuzuführen. Hier war es eben auch ganz einfach der Wunsch, einen Budgetansatz zu haben, dass man hier etwas probieren kann und dass man es versuchen kann. Das haben wir in der Vergangenheit auch schon öfter gesehen. Dies war nun einmal leider aus politischen Gründen nicht möglich. Die Vision bleibt und wir versuchen natürlich, etwas zu tun. Es war auch die häufigste Einzelnennung in der Umfrage für das Mobilitätskonzept. Es ist auch ein Ziel der Stadt Wels, die Aufenthaltsqualität auf Plätzen zu stärken.

Ein wichtiger Bereich, der jetzt mittelbar etwas mit dem Budget zu tun hat, ist der Dienstpostenplan. Wir brauchen auch das notwendige Personal dazu. Hier rede ich jetzt nicht einmal vorrangig vom Tiefbau, der das dann in großen Teilen umsetzen muss, denn viele dieser Dinge werden auch extern vergeben, sondern da geht es stark um die Stadtentwicklung und die Verkehrsplanung. Ich brauche auch Verkehrsplaner, die das entsprechend zeichnen und planen und die überhaupt erst einmal für die Vergabe die

Ausschreibung zustande bringen müssen. Das möchte ich ganz einfach in Erinnerung rufen.

Summa summarum kann man trotzdem sagen, dass das Werte sind, hinter denen man sich nicht verstecken muss, sondern auf die man stolz sein kann. Wir versuchen, die Verkehrswege weiterhin zu verbessern und dabei alles mitzudenken. Vom Fußgänger und Radfahrer bis hin zum Auto und in gewisser Weise bis zum ÖPNV – das liegt leider im Bereich der EWW AG. Aber ich glaube, man kann schon stolz auf das sein, was drinsteht.

Ich glaube, es wird an uns allen liegen, dass wir auch immer wieder den Finger in die Wunde legen und dass wir immer wieder auch Dinge ausarbeiten, die notwendige Überzeugungskraft besitzen und im Gemeinderat das eine oder andere Projekt finden, das es jetzt noch nicht ins Budget geschafft hat und dann doch in die Umsetzung bekommen. Ansonsten freue ich mich, ähnlich wie der Kollege StR. Dr. Martin Oberndorfer, schon auf die Umsetzung und die Abarbeitung dieses großen Budgets in meinem Bereich. Ich bin der Meinung, dass uns damit viel gelingt und dass wir in den kommenden Jahren einiges in den Welser Straßenraum investieren können.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: *„Ohne neue Schulden auszukommen, schafft Vertrauen und ist ein wichtiger Beitrag für nachhaltiges Wachstum“, sagte schon Wolfgang Schäuble*

Wenn wir heute über Zahlen, Budgets und Überschüsse sprechen, dann sprechen wir in Wahrheit über etwas viel Größeres und Bedeutsameres. Wir sprechen darüber, wie wir das Wels von morgen gestalten wollen. Hinter den Zahlen eines Budgets steckt nicht nur eine unfassbare Rechenaufgabe, sondern es ist die Antwort auf die Anforderungen und Herausforderungen unserer Zeit. Es stellt auch eine Zusage für die wichtigsten Anliegen der Welser dar.

Dieses Budget und diese Zahlen stehen für Stabilität und Verlässlichkeit, für die Stabilität unserer Finanzen und die Verlässlichkeit für die Menschen unserer Stadt.

Das Budget, das wir heute beschließen, ist das Geld von Steuerzahlern und daher liegt es an uns, dieses Geld bestmöglich, verantwortungsvoll und im Interesse der Bürger unserer Stadt zu verteilen.

Uns wurde das Zahlenwerk erläutert und es ist ein Budget, auf das die Stadt Welt durchaus in diesen schwierigen Zeiten stolz sein kann. Und liebe Silvia, bei einem Anstieg der Rücklagen auf 121,4 Millionen Euro und einem Investitionsvolumen von 182,2 Millionen Euro in den letzten Jahren wirken diese ewigen Argumente mit dem Verkauf der 70 Millionen Sparkassenanteile nicht nur lächerlich, sondern einfach substanzlos.

Bedanken möchte ich mich für ein Budget, das uns wieder viel Gestaltungsmöglichkeiten gibt und bei allen Mitarbeitern. Ein herzliches Danke dafür.

Ebenso danke ich meinen Mitarbeitern für das Einmelden der erforderlichen Zahlen, damit dieses Zahlenwerk dann auch mit Leben und Vorhaben gefüllt werden kann.

In Zeiten, wo Rezession und Inflation das Wirtschaften vor ganz neue Herausforderungen stellen, möchte ich allen Unternehmer danken, dass sie weiterhin mit viel Zuversicht ihr Unternehmen führen und uns durch ihr Wirtschaften Einnahmen von beinahe 60 Millionen Euro pro Jahr bescheren. Aber nicht nur dafür gebührt ihnen unser Dank, sie bilden Lehrlinge aus und schaffen Arbeitsplätze für Menschen in unserer Stadt und unserer Umgebung.

„Stillstand im Sozialen“ lautet so manche Schlagzeile, die mich dann doch verwundert und die ich mir nur mit Informationsdefizit oder Populismus erklären kann. Steigern wir doch jedes Jahr unser Sozialbudget von 2025 von 44,5 Mio. Euro auf 2026 46 Mio. bzw. 2027 auf 48 Mio. Euro.

Erst im letzten Gemeinderat wurde mehrheitlich für die Errichtung einer Wohngemeinschaft für Kinder und Jugendliche gestimmt. Die derzeit gerade im Bund besprochene Suspendierungsbetreuung wird in Wels bereits seit über einem Jahr praktiziert. Alleine im Jahr 2023, 2024 und 2025 haben wir Unterstützungen in Höhe von 1,9 Mio. Euro zur Hilfe ausgeschüttet, rechnet man den freiwilligen Weihnachtstkostenzuschuss noch dazu, sind wir bei über 2,5 Millionen Euro. Und das leisten wir uns, weil wir es können und uns unserer sozialen Verantwortung durchaus bewusst sind.

Der Schwerpunkt neben der Personalsuche liegt in der Seniorenbetreuung bei der Digitalisierung.

Geplant sind:

- Die Implementierung der ELGA Schreibberechtigung.
- Die Weiterentwicklung der bereits im Einsatz befindlichen Software VIVENDI PRO und regelmäßige Schulungen der Mitarbeiter.
- Optimierung der Pflegedokumentation durch den Einsatz mobiler Endgeräte und entsprechender Softwarelösungen.
- Die Implementierung digitaler Assistenzsysteme.
- Prüfung des Einsatzes von Telemedizin.

All dies sind Maßnahmen, wo die Kosten im Bereich der Hardware mit ca. € 68.000,- und für Serviceentgelt von ca. € 80.000,- budgetiert sind. Es fehlen noch die Summen für Leistungen des IKT, Lizenzgebühren, Einrichtungskosten und monatliche Gebühren, da bei der Budgeterstellung diese Kosten noch nicht verifizierbar waren.

SPÖ-Vizekanzler Andreas Babler, zuständig unter anderem für Kultur, reduziert das Kulturbudget innerhalb eines Jahres um 41 Millionen und mittelfristig innerhalb drei Jahre bis 2027 um 148 Millionen Euro. Angesichts solcher Kürzungen eines SPÖ Politikers, zaubert mir das seit 2023 gestiegene Kulturbudget unserer Stadt doch ein Lächeln auf die Lippen und lässt einen Aussagen wie „Stillstand im Kulturbereich“ beinahe vergessen.

„Sparsamkeit ist die Tochter der Vorsicht, die Schwester der Mäßigung und die Mutter der Freiheit.“ Und genau diesem Ansatz der Sparsamkeit haben wir es zu verdanken, dass wir ein Budget haben, mit dem wir entwickeln können und nicht nur verwalten.

Im April beginnen wir mit dem Umbau des westlichen Teils des Kaiser-Josef-Platzes und im Sommer eröffnen wir unseren neuen Volksgarten.

Ein Jahrhundertprojekt, dem jeder Welser entgegenfiebert. Der Park wird unserer Stadt ein neues Gesicht verleihen, neue Lebensqualität schenken und ein Ort sein, an dem sich Jung und Alt gerne aufhält. Mit Riesenschritten gehen wir dann der Landesgartenschau 2027 entgegen, die viele Menschen aus der Umgebung, aber auch von anderen Bundesländern, nach Wels bringt.

Mit dem Überschuss, den wir in den letzten 10 Jahren erwirtschaftet haben, ist es uns möglich, unsere Stadt zu gestalten.

Wir investieren in Lebensqualität, in sichere Wege, lebendige Plätze, in Kinder- und Seniorenbetreuung, in moderne Schulen, subventionieren Vereine im Kultur-, Sozial- und Sportbereich. All das macht unsere Stadt zu einem Ort, an dem die Menschen gerne leben und sich hier zuhause fühlen.

Was ist also Aufgabe der Politik? Die Antwort darauf kennen wir alle. Wir sind gewählt worden, um uns um die Anliegen und Bedürfnisse der Menschen der Stadt zu kümmern. Wir alle, die wir hier sitzen, tragen die Verantwortung für ein lebenswertes Wels.

Die Zukunft einer Stadt entsteht nicht durch Zufall. Sie entsteht durch Mut, durch Zusammenarbeit und durch das Bewusstsein, dass jede Entscheidung die Stadt verändert und formt.

Nutzen wir also gemeinsam die Chance, Wels weiter so zu gestalten, dass sie nicht nur funktioniert, sondern uns immer wieder aufs Neue anspricht, dass Beste für die Menschen in dieser Stadt zu wollen.

Vzbgm. Mag. Schininger: Die Erstellung des Doppelbudgets 2026/2027 war heuer nicht selbstverständlich und friktionsfrei. Es war in vielen Bereichen durchaus ein Kraftakt, aber mit gutem Willen aufeinander zuzugehen, Vernunft, Verantwortungsbewusstsein und zum Schluss auch Verhandlungen auf Augenhöhe wurde ein Zahlenwerk erstellt, das Wels durchaus einen weiteren Schritt in die Zukunft bringt. Dafür gebührt vielen Menschen großer Dank. Ich darf mich ganz herzlich bei allen in der Finanzabteilung bedanken.

Ich weiß, dass wir es Ihnen oft nicht ganz leicht gemacht haben. Ein großer Dank gebührt natürlich den Welsern und den Unternehmen für Ihren Einsatz in unserer Stadt. Nur Ihnen ist es tatsächlich zu verdanken, dass die Stadt Wels so dasteht, wie sie eben dasteht. Wir als Politik können hier nur unser Bestes geben, um die Rahmenbedingungen für eben dieses Tun zu schaffen. Als Referent für Bildung und Gesundheit darf ich mich auch bei allen meinen Mitarbeitern, die Großartiges leisten, bedanken. Sei es die Verwaltung, sei es der Gesundheitsbereich, seien es die Kindergärten, Krabbelstuben, Horte oder Schulen. Allen sei hier von dieser Stelle aus für die Leistungen zum Wohle der Menschen, der Kinder und Eltern gedankt. Gerade in Zeiten wie diesen kann man dies gar nicht oft genug erwähnen.

Ich werde auch weiterhin den Fokus auf noch mehr Qualität unserer Arbeit und der Arbeitsbedingungen richten. Es ist tatsächlich mehr als erfreulich, dass es in den letzten Jahren gelungen ist, das Betreuungsangebot im Bereich der Kinderbetreuung auszuweiten. Das wird auch weiterhin so sein und so sein müssen. Aus meiner Sicht war hier der Masterplan Kindergärten und Schule der „Game-Changer“. Die Zukunft unserer Stadt beginnt bei unseren Kindern mit bester Bildung und verlässlicher Betreuung. Wir

setzen daher mit dem soeben erwähnten Masterplan neue Maßstäbe in der Kinderbetreuung und Schulentwicklung. Denn Bildung ist mehr als nur Wissen. Sie bedeutet Chancengerechtigkeit, Entwicklung, Teilhabe und eine starke Gemeinschaft. Um Familien optimal zu unterstützen, entstehen in den kommenden Jahren drei neue Kinderbetreuungseinrichtungen - in der Neustadt, der Vogelweide und der Noitzmühle. Dafür werden rund 6,4 Millionen Euro investiert. Investitionen, die dringend notwendig sind, um allen, die es brauchen, auch wirklich einen Betreuungsplatz anbieten zu können. Damit ermöglichen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Zusätzlich zu den Kinderbetreuungseinrichtungen wird nun endlich nach über 10 Jahren Hinhaltenaktik für 20 Millionen Euro eine moderne Volksschule im Westen der Stadt errichtet. Eine Schule mit ganztägigem Angebot, in Summe mit 120 Ganztageseschulplätzen und einer Turnhalle. Eine Schule - darauf lege ich Wert - die den Kindern nicht nur Lernräume, sondern auch einen Ort des gemeinsamen Erlebens und Wachsens bietet.

Zusätzlich bauen wir bis zum Jahr 2030 auch die Ganztagesbetreuung um weitere 150 Plätze, zusätzlich zu den 120 Plätzen im Westen der Stadt, aus. Ein ganz wichtiger Schritt ist uns – und darauf bin ich wirklich auch besonders stolz – im Bereich der Schulsanierungen gelungen. Da ist endlich die Einsicht gereift, dass es mehr als an der Zeit ist, den Kindern auch in älteren Schulen ein angenehmes Lernumfeld zu bieten. Dafür werden in den nächsten Jahren fast 7 Millionen Euro in die Hand genommen.

All diese Investitionen, immerhin fast 35 Millionen Euro, sind ein klares Bekenntnis zur Zukunft unserer Kinder. Dafür haben wir uns als SPÖ-Fraktion Wels und ich als Referent stets und unermüdlich eingesetzt. Seit vielen Jahren lässt sich unser Bemühen abbilden und es werden die Dinge auch tatsächlich umgesetzt. Ich habe es heute ja schon mehrfach gehört, dass diese Erfolge auch gerne andere Referenten als die ihren verkaufen würden. Doch die Realität ist eine andere. Aber ich bedanke mich natürlich ganz herzlich bei der ÖVP-Fraktion und bei der GRÜNEN-Fraktion für die Unterstützung unserer Arbeit und Anliegen. Ich will hier tatsächlich keinen Vaterschaftsstreit vom Zaun brechen. All das ist durchaus grundsätzlich erfreulich. All das sind Investitionen in die „Hardware“.

Mindestens so wichtig sind aber auch die Investitionen in die „Software“ - in die Menschen, Mitarbeiter, Pädagogen und Hilfskräfte. Sie übernehmen leider immer mehr auch Aufgaben, die von den Eltern und von den Familien – die wir nicht aus der Verantwortung entlassen dürfen – nicht mehr erbracht werden können. Aus welchen Gründen auch immer. Das führt in vielen Bereichen leider oft zu Überforderungen der Mitarbeiter und zu Ausfällen, die nicht sein müssten, würde die Stadt nicht aufgrund eines selbstverordneten Sparzwanges am untersten Rande des Betreuungsschlüssels herumkriechen. Daher gibt es weiterhin viel zu tun.

Ich fordere zusätzliche Sprachpädagogen, Mitarbeiter zur noch besseren Integration für Kinder mit Beeinträchtigungen und ein Abrücken vom Mindestbetreuungsschlüssel. Denn jedes Kind verdient die besten Startbedingungen für ein glückliches, selbstbestimmtes Leben.

Daher bin ich sehr froh und ich hoffe, ihr hört genau zu, dass es beim Finanzreferenten einen ersten Sinneswandel gab. Wir werden ab 2026 in Zukunft pro Kinderbetreuungseinrichtung zusätzlich einen vollzeitangestellten Mitarbeiter erhalten, aber das kann noch nicht das Ende der Fahnenstange sein. Ich bin es ja seit jeher

gewohnt, dicke Bretter zu bohren. Mal sehen, was in den nächsten Jahren noch alles möglich sein wird.

Wertvolle und wichtige Partner für uns als Stadt sind auch die privaten Kinderbetreuungseinrichtungen. Auch hier müssen wir als Stadt das eine oder andere Projekt sehr sorgsam beurteilen und tatsächlich sicherstellen, dass die Privaten auch mit unserer finanziellen Unterstützung ihrer Arbeit und ihrem Auftrag nachgehen können.

Auch beim Thema Zentralküche werde ich nicht müde werden. Wir müssen wirklich alles daransetzen, dass unsere Kinder gutes, gesundes, saisonales Essen aus der Region erhalten und nicht aus dem 890 Kilometer entfernten Hamburg.

Womit ich auch schon beim Thema Gesundheit wäre. Hier wurde im heurigen Jahr endlich das Problem der Versorgung mit den Hausärzten gelöst. Durch Beharrlichkeit, unzählige Gespräche und großer Unterstützung der österreichischen Gesundheitskasse und den unternehmerischen Geist junger Ärzte der PVZ können ab sofort 14.000 Menschen nun zusätzlich hausärztlich versorgt werden. Ab Mitte des kommenden Jahres wird es auch neue Hautärzte in Wels geben. Das freut mich und macht mich auch ein wenig stolz.

Das neue Jahresprogramm des städtischen Gesundheitsdienstes bietet auch 2026 wieder zahlreiche Highlights und setzt dabei auf bewährte und neue Maßnahmen im Bereich Gesundheitsförderung und Prävention. Beratungen und Impfaktionen bleiben Fixpunkte im Programm. Das erfolgreiche Projekt „Wels bewegt“ mit seinen abwechslungsreichen Angeboten für alle Altersgruppen wird ebenfalls fortgesetzt. Hier erreichen wir jedes Jahr mehrere tausend Welser. Das Projekt wird auch weiterhin auf die Schulen und die Generationentreffs, in Kooperation mit der Referentin Vzbgm. Raggl-Mühlberger, ausgeweitet.

Auch für die Welser Gesundheitstage haben wir wieder einen Budgetansatz untergebracht. Ebenso wie für bewusstseinsbildende Maßnahmen für Schüler zum Thema sexuell übertragbare Krankheiten ebenso werden wir einen Schwerpunkt zum Thema Ernährung setzen.

Ich bin tatsächlich von meinem Team begeistert, das mit wenig Geld wieder Tolles für die Welser geleistet hat und in Zukunft leisten wird. Seit vielen Jahren kümmern sie sich auch um Dinge, die nicht immer schön sind. So zum Beispiel auch um die vielen Suchtkranken, die es ja angeblich seit dem Jahr 2015 in unserer Stadt nicht mehr gibt.

Mein Appell an alle: Setzen wir uns bitte auch mit diesen unangenehmen Lebensbereichen weiter auseinander! Betreiben wir in dieser Stadt nicht nur Politik der schönen Plätze, Feste, Feiern, Kennzahlen und ähnlichen Wohlfühlthemen. Vielen Dank.

Vzbgm. Kroiß übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Raggl-Mühlberger.

Vzbgm. Kroiß: Ich möchte zu Beginn etwas aufklären bzw. klarstellen. Es wurde heute der Eindruck vermittelt, dass die GRÜNEN von Beginn an diesem Budget zugestimmt haben und es war eigentlich alles in trockenen Tüchern. Das möchte ich schon

klarstellen, es hat natürlich mit den GRÜNEN Gespräche gegeben wie mit allen anderen Fraktionen, aber die GRÜNEN haben zu Beginn gesagt, im eigenen Bereich signalisieren sie Zustimmung, aber sie möchten erst einmal wissen, wie das Gesamtbudget aussieht. Sie müssen das Ganze in der eigenen Fraktion einmal vortragen und sie möchten auch generell die Zustimmung der anderen Fraktionen abwarten, bevor sie wirklich diesem Budget zustimmen. Das heißt, es hat hier nicht von Beginn an eine eindeutige Zustimmung der GRÜNEN gegeben, sondern - wie bei anderen Fraktionen - hat es vorher natürlich Gespräche gegeben.

Das heute vorliegende Budget ist nicht bloß ein Zahlenwerk. Es ist ein klares Bekenntnis dazu, wie wir uns die Zukunft in unserer Stadt vorstellen: verantwortungsbewusst, zukunftsorientiert und vor allem bürgernah.

Mein Dank gilt allen Abteilungs- und Dienststellenleitern, die mit großem Engagement dafür sorgen, dass Wels nicht nur verwaltet, sondern weiterentwickelt wird. Sparsamkeit ja – aber mit Hausverstand. Denn wir wissen alle: Wer heute am Falschen spart, zahlt morgen doppelt.

Unser Ziel ist klar: Wels soll eine Stadt bleiben, in der man gerne lebt, arbeitet, seine Kinder großzieht und in Würde altert. Und dafür setzen wir entschlossen weitere Schritte.

Wir investieren in Grünraum und natürlich in die Lebensqualität. Mit unserer Parkoffensive schaffen wir Erholungsräume für Familien, sichere Bewegungsräume für Kinder und kühle Rückzugsorte für ältere Menschen. Mehr Bäume bedeuten weniger Hitze – das ist gelebter Klimaschutz ohne ideologische Scheuklappen, sondern mit gesundem Menschenverstand. Und auch Hundebesitzer bekommen zwei neue Freilaufzone, womit das Angebot wesentlich erweitert wird.

Was das Thema Grünraum betrifft, war ich doch etwas erstaunt. Liebe Silvia, du hast schon fast vorwurfsvoll gemeint, wir bekommen 2027 die Landesgartenausstellung und das ist auch das Wahljahr. Ja, es ist Wahljahr, aber du weißt selber wie diese Abstimmungen laufen. Das ist über das Land Oberösterreich gegangen und 2027 war der Zuschlag, nicht weil es Wahljahr war, sondern weil wir uns beworben haben.

Wir investieren in die Jugend – in jene, die unsere Stadt morgen tragen werden. Die neue Skaterhalle, die 2026 eröffnet, ist ein Beispiel dafür, wie moderne Jugendpolitik aussieht und wie attraktive Freizeitangebote entstehen, wenn Stadt, Vereine und Jugendliche an einem Strang ziehen. Zusammen mit der Motorikarena und dem Pumprack entsteht in der Rosenau ein vielseitiges Gratis-Sportareal. Dazu kommt noch das sanierte Welldorado und die Eishalle. Das ist echte Jugendpolitik und kein Lippenbekenntnis. Auch in den Jugendzentren sind alle vier Teams wieder vollständig besetzt und können so den jungen Menschen in Wels stabile, professionelle Unterstützung bieten.

Wir investieren in unsere Vereine – weil sie das Rückgrat unserer Gemeinschaft sind, auch Kollege StR. Schäfer, BSc MSc brachte dies schon vor. Während anderswo Musik- und Sportvereine verzweifelt um ihre Existenz kämpfen müssen, weil Gemeinden Gebühren einheben müssen, wenn die Vereine in stadteigenen Räumlichkeiten sind. Oder es werden Förderungen gestrichen.

Wels bleibt ein starker verlässlicher Partner. Unsere Vereine leisten unbezahlbare Arbeit für Kinder, Jugendliche, Familien und den sozialen Zusammenhalt. Liebe Silvia, zu deinem Vorwurf des Sozialen, der soziale Zusammenhalt wird in den Vereinen gefördert und jeder Euro, den wir in die Vereine investieren, betrifft auch den sozialen Zusammenhalt und ich sage es immer - die größte und beste aller Integrationsarbeiten wird in den Vereinen geleistet. Wer Integration ernst meint, muss Vereine stärken!

Wir investieren in Sicherheit – ohne Wenn und Aber. Denn nur in einer sicheren Stadt fühlt man sich auch wohl. Das ruhige Halloween 2025 ist kein Zufall, sondern das Ergebnis konsequenter Zusammenarbeit mit Polizei, Ordnungswache, Streetwork und Jugendtreffs.

Aber eines bleibt klar: Wels braucht mehr Polizei vor Ort, Sonderstreifen alleine sind nicht die Lösung. Denn wir wissen, mehr Präsenz bedeutet weniger Straftaten und das ist auch der Auftrag gegenüber der Bevölkerung.

Bei Feuerwehr setzen wir wichtige Investitionen wie den Ankauf neuer Fahrzeuge und wir führen auch die Ordnungswache mit der Neuausrichtung in die Zukunft, damit Wels sicher bleibt – Tag für Tag.

Wir investieren in Integration – aber im Gegensatz zur SPÖ mit klaren Regeln und klaren Erwartungen. Wir sprechen auch die Probleme an und verharmlosen keine Probleme oder schweigen sie tot. In Wels wird niemand im Stich gelassen. Deutschkurse, Einzugsbegleitung, Betreuung in Schulen – all das bleibt bestehen und das ist gut so. Aber Integration ist keine Einbahnstraße. Jedes Kind, egal woher es kommt, verdient die besten Chancen. Und genau deshalb braucht es die Mitwirkung der Eltern. Unser Wertekodex schafft Klarheit: Rechte und Pflichten gehören zusammen.

Dieses Budget ist ein Bekenntnis zur Vernunft und zur Verantwortung. Es zeigt, dass wir in Wels zusammenarbeiten können – über die Parteigrenzen hinweg – wenn es um die Zukunft unserer Stadt geht.

Ich bedanke mich bei allen, die dem Doppelbudget zustimmen. Gemeinsam sorgen wir dafür, dass Wels weiterhin jene Lebensqualität bietet, um die uns viele beneiden. Gemeinsam machen wir Wels stark – heute und für die kommenden Generationen.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

GR. Mag. Drack: Ein gewaltiges Stück Arbeit liegt hinter der Verwaltung und allen politischen Akteuren. Und es ist ein Ergebnis, dass jedes zweite Jahr eine Fülle an Informationen bietet und wir haben jetzt schon viele Debatten geführt. Man kann natürlich die Interpretation so oder so auslegen. Ich möchte ein paar kritische Anmerkungen zum Doppelbudget machen bzw. zur langfristigen Finanz- und Ergebnisplanung. Ich werde aber dem Budget auch zustimmen, um den gemeinsamen Willen und die gemeinsamen Anstrengungen zu betonen, die ja in der Stadt Wels vorhanden sind und weil auch im Budget sehr viele gute Ansätze vorhanden sind. Vor allem auch im Bereich Bildung, das ist auch schon erwähnt worden.

Zu Beginn sagte der Herr Bürgermeister, wir haben in den letzten 10 Jahren 400 Millionen Überschuss erwirtschaftet. Knapp 20 % davon sind auf den Verkauf der Sparkassenanteile mit 70 Millionen zurückzuführen. Das ist kein kleiner Teil. Beim Rest der Überschüsse ist die Frage, wie man diese auch bewertet, wenn Leistungen zurückgegangen sind und das Geld übriggeblieben ist, so ist das aus meiner Sicht nicht unbedingt ein Gewinn für die Stadt Wels, sondern es bedeutet nur, dass Mittel einfach liegen geblieben sind bzw. für große Bauprojekte angespart worden sind.

In der Stadt Wels haben diejenigen, die im Sozialbereich tätig sind, die Situation in den letzten 10 Jahren so miterleben müssen, dass die Probleme nicht weniger geworden sind, ganz im Gegenteil. Dieser Trend wird nicht abgemildert, sondern wird sich noch verschärfen. Wir haben große Baustellen im Bereich Bildung. Wir haben bei den Kindern sehr viele große Notsituationen. Wir haben Kinderarmut und wir haben vor allem auch beim Thema Wohnen viele Problemstellungen, da die Menschen nicht mehr wissen, wie sie sich das Leben leisten sollen.

Zusätzlich ist das Thema Zusammenhalt in der Gesellschaft und Integration ein sehr herausforderndes Tätigkeitsfeld, wo viele Rahmenbedingungen noch fehlen, damit das besser gelingen kann.

Ich habe mir das Budget durchgesehen, für mich fehlen die großen Würfe. Es fehlen die Investitionen im Sozial- und Kulturbereich, sodass es auch wirklich auf den Bedarf reagiert. Ja, es gibt gute Ansätze und Entwicklungen, aber der Bedarf ist bedeutend höher, als mit dem Budget momentan abgedeckt wird. Wir bräuchten innovative Ansätze im Bereich des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Wir bräuchten viel mehr Mittel und neue Projekte was Gemeinwesenarbeit betrifft. Wir bräuchten viel mehr Mittel und neue Angebote was den Bereich der Jugendarbeitslosigkeit, Jugendbildung und Suchtprävention betrifft. Hier gibt es zwar Ansätze, aber ich betone es nochmals, es steht nicht in Relation zu den vorhandenen Mitteln, die wir in der Stadt haben. Die werden nämlich vor allem prioritär für große Bauprojekte aufgewendet oder für die Verschönerung des öffentlichen Raumes. Dagegen ist ja nichts einzuwenden, aber gerade die soziale Situation in der Stadt Wels mahnt uns eigentlich dazu, dass wir die Mittel viel mehr in diesem Bereich einsetzen und vor allem auch eine nachhaltige Wirtschafts- und Sozialpolitik betreiben. Denn auch die Wirtschaft klagt darüber, dass es immer weniger Personal und Fachkräfte gibt. Das lässt sich nur dann lösen, wenn man in die Bildung und soziale Sicherheit investiert. Und hier haben wir sehr viel Ausbaupotenzial.

Ein weiterer Punkt, auf den ich kurz eingehen möchte, ist das Thema Demokratie. Es ist heute schon eingangs angesprochen worden. 50% der Menschen in Österreich haben kein Vertrauen mehr in das politische System. Insofern sind wir alle gefordert, die Transformationsprozesse gesellschaftlich zu moderieren als Politiker und die Bürger wieder mehr mit ins Boot zu nehmen. Meiner Meinung nach ist es auch notwendig, dass man den Informationsfluss zwischen Verwaltung, Politik und Bürgern noch intensiver gestaltet. Beispielsweise, indem man vor der Erstellung eines Budgets auch öfter Pressekonferenzen macht oder auch die Verwaltung einlädt, öffentlich ihre Expertisen mit den Bürgern im Diskurs darzulegen. Die Politik hat dann immer noch Zeit, diese Diskurse zu bewerten und Entscheidungen zu treffen. Mir fehlt in der Stadt noch der Diskurs mit den Bürgern.

Wie gesagt, es ist ein gutes Budget, weil viele sinnvolle Dinge berücksichtigt wurden, aber ich sehe noch starkes Ausbaupotenzial.

GR. Weidinger: Lieber Gerhard, du hast es selbst angesprochen, dass dir das Thema Sicherheit sehr wichtig ist. In deiner letzten Wortmeldung hast du auch gemeint, in dieser Richtung wird auch etwas gemacht. Ich kann mich an den letzten Gemeinderat erinnern, als wir alle fraktionsübergreifend mehr Personal für die Welser Polizei gefordert haben. Das spiegelt sich im Budget überhaupt nicht.

Ich habe vor kurzem mit StR. Ganzert gesprochen, der mich ersucht hat, einzumelden, was die Polizei an Verkehrsüberwachungsmaßnahmen oder Geräten braucht. Ich habe mich mit den Kollegen zusammengesetzt und wir sind auf einige Sachen gekommen. Einige Sachen sind veraltet, speziell die Einschübe bei den Radaranlagen. Wir haben zu wenig Rotlicht-Überwachungsanlagen. Dieses und jenes wurde besprochen, wurde auch eingemeldet und siehe da, jetzt habe ich mir die Finanzplanung angesehen.

Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen, was eigentlich der Finanzreferent oder die FPÖ von der Polizei hält:

Austausch Rotlicht Kameras: Wunsch 2026 50.000 eingemeldet, bedeckt 0. 2027 50.000 eingemeldet, bedeckt 0. 2028 eingemeldet 50.000, bedeckt - Sie können sich denken – 0.

Radar Rotlichtanlage – wir würden 2027 dringend eine benötigen. 120.000 eingemeldet, bedeckt 0.

Erneuerung Radareinschub (über 15 Jahre alte Geräte sind vorhanden und da gibt es nicht einmal Ersatzteile) für 2026 eingemeldet 70.000, bedeckt 0. Für 2027 ebenfalls 70 000 eingemeldet, bedeckt 0.

Es gibt hier nichts für die Welser Polizei und ich glaube, das hat sich die Welser Polizei auf alle Fälle nicht verdient. Ich denke um die eine Million Strafgeelder gibt es jährlich für die für die Stadt Wels an Strafeinnahmen und ich glaube, einen Bruchteil davon könnten wir wieder rückführen für eine ordnungsgemäße Verkehrsüberwachung

Bgm. Dr. Rabl: Danke für diese durchaus lebhafteste Debatte, die wir heute erlebt haben. Vielleicht zur Wortmeldung des Kollegen GR. Weidinger. Lieber Andreas, ich verstehe zwar ganz prinzipiell deinen Wunsch, dass die Stadt Wels auch die Polizei ausstattet, aber das ist bekanntlich noch immer Angelegenheit des Bundes und nur weil die Bundesregierung dazu nicht in der Lage ist, die Polizei ordentlich auszustatten, dann Ersatz bei der Stadt Wels zu suchen, ist mir etwas zu wenig.

Was den Ersatz der Radaranlagen etc. betrifft, habe ich mit StR. Stefan Ganzert einen sehr guten Kompromiss gefunden. Es wurde das eine oder andere erneuert, aber nicht alles, weil nirgends alles erneuert wurde. Hätten wir tatsächlich Strafeinnahmen von 11 Millionen, so wie du gesagt hast, wäre ich glücklich und wir könnten alles erneuern. Entweder ich habe es falsch verstanden oder du hast es falsch gesagt, es sind auf jeden Fall nicht einmal eine Million, um das auch richtig zu stellen.

Danke an den GR. RegRat. Zaunmüller und GR. Wehofsich für die signalisierte Zustimmung und die anerkennenden Worte.

Zur Kollegin Faber möchte ich sagen, dass die FPÖ noch nie ein gänzlicher und bedingungsloser Unterstützer der freien Kulturszene war. Das hat für uns nicht die Priorität, die es vielleicht bei den GRÜNEN hat. Insofern ist das Ergebnis, das wir jetzt erzielt haben, ein Kompromiss, der sich im Rahmen der Referentengespräche ergeben hat. Ähnlich verhält es sich bei den Präventionsmaßnahmen, wobei ich glaube, dass wir gerade im Bereich der Prävention als Stadt sehr viel tun. Wenn ich mir ansehe, welche Institutionen es in der Stadt Wels gibt und was wir alles finanzieren, dann sind wir da auch im Städtevergleich ganz weit vorne dabei. Nicht nur bei der Drogenprävention, sondern auch im Streetwork. Und das wünsche ich mir auch.

Zum GR. Wiesinger, er hat das ja ganz kurz gesagt und er hat natürlich völlig recht, wenn er die Strukturreformen und die Subventionsreformen aus 2015 anspricht. Und ich möchte auch betonen, die Strukturreform und Verwaltungsreform in der Stadt Wels wäre uns ohne damalige Koalition nicht gelungen. Ich danke auch nach wie vor nicht nur der ÖVP, sondern auch Peter Lehner dafür, dass das gelungen ist. Ich finde das großartig, sonst würden wir heute nicht so dastehen. Und das bringt mich gleich zum nächsten Punkt, zur lieben Silvia.

Liebe Silvia, du bist die Einzige, von der ich ein bisschen enttäuscht bin, du hast dich hergestellt und hast eine Wahlkampfredede gehalten, wahrscheinlich 1,5 Jahre zu früh. Aber das gehört dazu, wir haben ja auch gehört, dass die SPÖ den Wahlkampf schon im September eröffnet hat. Vielleicht ist das eben auch der neue Stil und Bestandteil dieser Kommunikation. Es hat mich interessiert, was Linz seit 2019 verkauft hat und welche Erlöse daraus resultiert sind, nämlich neben der Linzer AG auch die Wohnungen an die GWG. 530 Millionen hat die Stadt Linz Zufluss gehabt aus Verkäufen in diesem Zusammenhang. Ich möchte fragen, wo das Geld geblieben ist. Linz hat bekanntlich über eine Milliarde Schulden - trotz dieser Verkäufe. Ich glaube, dass auch in Linz die Unternehmer fleißig und die Steuerzahler und Beamten sicher ebenso tüchtig sind. Insofern stelle ich mir die Frage, was ist denn da der Unterschied zwischen Wels und Linz, wenn wir so schlecht sind, trotzdem keine Schulden machen und trotzdem Überschüsse erwirtschaften und Wels nicht mithalten kann und man sagt, das ist alles nur an der Sparkasse gelegen. Vielleicht gibt es doch ein paar andere Gründe, die nicht in diesen Fakten begründet sind, sondern eben woanders.

Bzgl. Pro-Kopf-Verschuldung hast du natürlich richtig gerechnet, aber eben nur richtig gerechnet und nicht richtig gedacht. Und das sind für mich schon zwei verschiedene paar Schuhe, weil du die Rücklagen natürlich außer Acht gelassen hast und wir wissen, dass die Rücklagen in der Stadt Wels inzwischen 1.300 € sind. Das heißt, alleine die Rücklagen sind mehr, als wir jemals von der Sparkasse bekommen haben. Und zusätzlich haben wir noch alle Schulden getilgt und 200 Millionen investiert ohne neue Schulden. Das heißt, irgendetwas machen wir dann schon anders als Linz, das muss man offensichtlich sagen. Aber natürlich machen wir es noch immer nicht gut genug. Das sehe ich auch so. Es gibt noch wahnsinnig viel Verbesserungsbedarf in jeder Kleinigkeit und jeder Referent, der heute hier draußen war und auch die Fraktionsobleute haben ja einen Bereich beschrieben, wo man etwas besser machen könnte. Hätten wir übrigens nichts mehr besser zu machen, würden wir uns die Frage stellen, was wir denn hier tun und warum wir hier sitzen. Insofern kommt es ja gerade darauf an, dass wir kritisch durch die Welt gehen mit offenen Augen und das eine oder andere sehen, was wir dann noch tatsächlich verbessern können.

Ich bedanke mich daher an dieser Stelle trotzdem sehr herzlich bei der signalisierten Zustimmung aller Fraktionen. Es ist das letzte Budget in dieser Legislaturperiode und es waren alle Budgets in dieser Legislaturperiode einstimmig. Ich glaube, bei einem Budget hat der Gemeinderat Mag. Drack dagegen gestimmt, aber sogar ihn habe ich diesmal vom Budget überzeugen können, was mich natürlich besonders freut. Ich glaube daher, dass wir einem einstimmigen Beschluss entgegensehen.

Der Antrag zu Punkt 1. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

2.)

Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2026 – 2031 (MFPL)
FD-Fin-50-2025

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidual- und Innenstadtausschuss am 02.12.2025:

Die beiliegende Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung bestehend aus dem Voranschlag 2026 und dem Voranschlag 2027 und den Planjahren 2028 bis 2031 inkl. des Nachweises über die Investitionstätigkeit (Investitionsplan) wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

3.)

StS-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
Kenntnisnahme durch den Gemeinderat
FD-Buch-14-2025/021

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidual- und Innenstadtausschuss am 02.12.2025:

Die in der Anlage 1 und 2 dargestellten Kreditübertragungen und die in der Anlage 3 und 4 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Einstimmig angenommen.

4.)

StS-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
Kenntnisnahme durch den Gemeinderat
FD-Buch-14-2025/024

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidual- und Innenstadtausschuss am 02.12.2025:

Die in der Anlage 1 dargestellten Kreditübertragungen und die in der Anlage 2 und 3 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Einstimmig angenommen.

5.)

GR-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
FD-Buch-14-2025/026

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidual- und Innenstadtausschuss am 02.12.2025:

Die beantragte Kreditübertragung (Anlage 1) und die beantragten Kreditüberschreitungen (Anlage 2 und 3) werden genehmigt.

Einstimmig angenommen.

6.)

GR-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
FD-Buch-14-2025/027

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidual- und Innenstadtausschuss am 02.12.2025:

Die Kreditüberschreitung wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

7.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels, mit der die
Lustbarkeitsabgabeordnung 2017 geändert wird
(1. Novelle zur Lustbarkeitsabgabeordnung 2017)
FD-StV-6-2025

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidual- und Innenstadtausschuss am 02.12.2025:

Die 1. Novelle zur Lustbarkeitsabgabeordnung 2017 wird beschlossen.

GR. Schatzmann: Heute ist so ein Moment, wo man kurz innehalten kann und sagen darf: „Da hat eine Resolution tatsächlich funktioniert.“ Vor rund einem Jahr ist von unserer GRÜNEN-Fraktion die Idee ausgegangen, eine Resolution auf den Weg zu bringen, mit der wir den oberösterreichischen Landtag auffordern, das Gesetz zur Lustbarkeitsabgabe zu evaluieren.

Unser Ziel war klar: Gemeinden sollen die Möglichkeit bekommen, Glücksspiel stärker zu besteuern. Eingebracht haben diese Resolution dann alle Parteien gemeinsam und sie wurde hier einstimmig beschlossen. Das war ein starkes Signal und war offensichtlich auch eines, das in Linz gehört wurde. Denn mittlerweile ist das Gesetz geändert und heute beschließen wir hier in Wels die konkrete Umsetzung. Das passiert nicht jeden Tag und ich finde, das dürfen wir auch einmal festhalten und vor allem darf man sagen, warum das richtig ist.

Glücksspiel ist keine normale Form des Freizeitangebotes. Das ist ein Geschäftsmodell, das darauf basiert, dass Menschen verlieren und diese Verluste haben oft reale Folgen für Betroffene, für Familien und für das soziale Umfeld. Deshalb ist es auch aus meiner Sicht absolut sinnvoll, dass wir Glücksspiele höher besteuern, nicht aus moralischen Gründen, sondern aus Verantwortung heraus. Wer mit Sucht Geld verdient, muss mehr zur Gesellschaft beitragen.

Gleichzeitig ist mir wichtig, zu sagen: Mit der Abgabenerhöhung alleine ist es nicht getan. Entscheidend ist, was wir mit diesen zusätzlichen Einnahmen machen. Und da würde ich mir eine klare Linie wünschen. Dieses Geld soll gezielt dort ankommen, wo die Schäden entstehen. In der Prävention, in der Beratung, in der Unterstützung von Menschen, die in der Spielsucht stecken oder kurz davor sind. Wir brauchen ausreichend finanzierte Spielsuchtberatungen - niederschwellig, gut erreichbar, ohne große Hürden. Und wir brauchen auch mehr öffentliche Aufklärung. Gerade wenn wir an junge Menschen denken: Glücksspiel findet heute nicht mehr nur im Automatenlokal statt, es ist am Handy online rund um die Uhr verfügbar. Sucht hat keine Öffnungszeiten mehr.

Viele junge Menschen rutschen da hinein, ohne es selbst gleich zu merken. Umso wichtiger ist es, dass wir früh mit Informationen, mit Präventionsarbeit in Schulen, in der Jugendarbeit, im öffentlichen Raum ansetzen. Prävention ist am Ende nicht nur menschlicher, sondern auch günstiger, als die Folgen später reparieren zu müssen.

Diese Novelle ist deshalb mehr als eine finanzielle Maßnahme. Sie ist ein politisches Signal – „Nicht alles, was legal ist, ist automatisch sozial verträglich.“ Vor allem: Wir dürfen an der Sucht nicht verdienen, ohne Verantwortung zu übernehmen.

Der Antrag zu Punkt 7. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

8.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels, mit der die Abfallgebühren-Verordnung 2011 geändert wird (15. Novelle zur Abfallgebühren-Verordnung 2011)
FD-StV-10-2025

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidual- und Innenstadtausschuss am 02.12.2025:

Die 15. Novelle zur Abfallgebühren-Verordnung 2011 wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

9.)

Grünbach-Endversickerung;
Abschluss eines Kaufvertrages
LV-026-02-4-2025

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidual- und Innenstadtausschuss am 02.12.2025:

Der Kaufvertrag (Beilage ./A), abgeschlossen zwischen der Stadt Wels und den [anonymisiert] betreffend Ankauf des neu zu schaffenden Grundstückes 431, inne liegend in EZ 91 KG 51224 Pernau zu einem Kaufpreis von EUR 1.271.450,00 sowie die Treuhandvereinbarung (Beilage ./B), wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

10.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels, mit der Zuständigkeiten des Gemeinderates nach dem Informationsfreiheitsgesetz auf den Bürgermeister übertragen werden (IFG-Übertragungsverordnung Gemeinderat)
Verf-015-W-26-2025

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidual- und Innenstadtausschuss am 02.12.2025:

Die Verordnung (Beilage ./I), mit der Zuständigkeiten des Gemeinderates nach dem Informationsfreiheitsgesetz auf den Bürgermeister übertragen werden (IFG-Übertragungsverordnung Gemeinderat), wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

11.)

Amtsblatt der Stadt Wels;
Vergabe Druckauftrag und Inseratenwerbung sowie Kulturmagazin Vielfalt;
Vergabe Druckauftrag jeweils für 2026
PRA-327-AL-4-2025, miterledigt:
ZE-022-1-157-2025

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 02.12.2025:

Die Zuschlagserteilung (Beilage 1) betreffend Herstellung des Amtsblattes der Stadt Wels und der Übertragung des Rechtes der Inseratenwerbung sowie die Herstellung des Kulturmagazins Vielfalt für das Jahr 2026, an die [anonymisiert] zu einer Gesamtauftragssumme in Höhe € 141.172,35 inkl. USt, wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl verlässt um 17.17 Uhr den Sitzungssaal.

Vzbgm. Kroiß übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Raggl-Mühlberger.

Berichterstatter Vizebürgermeister Gerhard Kroiß

12.)

Überwachung der gebührenpflichtigen Kurzparkzonen der Stadt Wels;
Überwachung der Kurzparkzonen und des ruhenden Verkehrs der Stadt Wels;
Abschluss von Verträgen
FD-Park-60-2025

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss am 04.12.2025:

Der Dienstleistungsvertrag Gebührenzone samt Anlage 1 (Beilage 71) betreffend die Überwachung der gebührenpflichtigen Kurzparkzonen der Stadt zu einer Auftragssumme von jährlich netto EUR 67.810,68 Zzgl. 20% USt (EUR 13.563,14), sohin zu einer Brutto-Auftragssumme von EUR 81.373,82 sowie ein Einmalentgelt von EUR 67.810,68 Zzgl. 20% USt (EUR 13.563,14), sohin zu einer Brutto-Auftragssumme von EUR 81.373,82 sowie davon abweichend in der Übergangsphase jährlich netto EUR 189.000 Zzgl. 20% USt (EUR 37.800,--), sohin zu einer Brutto-Auftragssumme von EUR 226.800,00 mit der

[anonymisiert] und beiliegenden Dienstleistungsvertrag Kurzparkzone samt Anlage 2 (Beilage 72) betreffend die Überwachung der Kurzparkzonen und des ruhenden Verkehrs der Stadt Wels zu einer Auftragssumme von jährlich netto EUR 125.933,76 Zzgl. 20% USt (EUR 25.186,75), sohin zu einer Brutto-Auftragssumme von EUR 151.120,51 sowie ein Einmalentgelt von EUR 13.013,97 Zzgl. 20% USt (EUR 2.602,79), sohin zu einer Brutto EUR 15.616,76 sowie davon abweichend in der Übergangsphase jährlich netto EUR 351.000,12 Zzgl. 20% USt (EUR 70.200,02), sohin zu einer Brutto-Auftragssumme von EUR 421.200,14 mit der [anonymisiert] wird beschlossen.

GR. Schatzmann: Das Ganze hat schon ein bisschen etwas vom Schildbürgerstreich. Vor ein paar Monaten wurde der Vertrag zur Überwachung der gebührenpflichtigen Kurzparkzonen mit großem Tamtam gekündigt. Es wurden damals seitenlange Begründungen geliefert, warum die Zusammenarbeit nicht mehr funktioniere und warum eine Neuausschreibung notwendig sei. Die Ausschreibung hat nun stattgefunden und gewonnen hat der [anonymisiert]. Über genau diese Verträge stimmen wir heute ab. Zugegeben, es ist schon ein bisschen ironisch, dass jene Firma, mit der man vor ein paar Monaten angeblich nicht mehr zusammenarbeiten konnte, nun wieder den Zuschlag erhält.

Im Ausschuss wurde uns erklärt, dass es ein klärendes Gespräch gab. Dabei wurde glaubhaft versichert, dass künftig alles passen werde. Und wenn nicht? Dazu gab es keine wirkliche Antwort. Zumindest keine, die uns im Ausschuss mitgeteilt wurde. In Wahrheit war der ausschlaggebende Punkt ein anderer: das Geld. Diese Firma war der günstigste Anbieter und wir wissen, dass unser Herr Bürgermeister und auch unser Vizebürgermeister ausgewiesene Sparfüchse sind. Also selbst wenn sich die Probleme von vor ein paar Monaten wiederholen sollten, kein Problem. Hauptsache wir haben uns Geld gespart. Das alleine ist für mich noch kein Grund, das Projekt grundsätzlich abzulehnen. Ich glaube durchaus, dass eine Zusammenarbeit funktionieren kann, wenn sich beide Seiten ernsthaft darum bemühen.

Es gibt jedoch einen ungeklärten Punkt und der ist wesentlich. Vizebürgermeister Kroiß hat es schon angesprochen, dass geplant ist, die Überwachung in Zukunft vollständig zu digitalisieren. Das hat natürlich seine Vorteile und über kurz oder lang wird das der Standard in ganz Österreich sein. Aber die offene Frage war, die der Herr Vizebürgermeister auch schon angesprochen hat, wie man mit den Menschen mit Behindertenausweis umgeht. Hier gibt es keine klare Antwort. Hier besteht natürlich die Gefahr, dass Menschen mit Behinderungen ungerechtfertigt einen Strafzettel erhalten. Natürlich ist das ein Problem, das man lösen kann - keine Frage.

Aber wir beschließen heute die Verträge. Sobald die Umstellung auf die digitale Lösung erfolgt ist, wird diese umgesetzt. Eine weitere Abstimmung im Gemeinderat ist dann nicht mehr vorgesehen. Ich kann jetzt darauf vertrauen, dass die Stadt und der zuständige Referent bis zur digitalen Lösung eine Lösung finden wird, aber Kontrolle ist besser als Vertrauen.

Wir stehen diesem Vorhaben grundsätzlich nicht negativ gegenüber. Modernisierung ist zu begrüßen, aber es braucht einen klaren Fahrplan und eine verbindliche Lösung für diese offene Frage. Ein bloßes „Wir werden das schon rechtzeitig lösen, vertraut uns“ ist uns zu wenig. Genau aus diesem Grund, weil die Frage, wie künftig mit Personen mit

Behindertenausweisen auf gebührenpflichtigen Parkplätzen umgegangen wird, noch nicht geklärt ist, enthalten wir uns heute der Stimme. Vielen Dank.

GR. Mag. Lackner: Lieber Kollege GR. Schatzmann, du hast es eben angesprochen: Warum ist die Entscheidung wieder so gefallen? Im Frühjahr oder auch jetzt im Ausschuss hat es uns der Leiter der Steuerverwaltung ganz ausführlich erklärt. Er hat uns auch im Frühjahr erklärt, dass es vermehrt zu Eingabe- und Übertragungsfehlern gekommen ist und dass es in der Praxis immer wieder zu Fehlern geführt hat und dass sie sehr oft auch das Gespräch gesucht haben, aber es kam leider zu keiner Besserung. Im Zuge dieser Neuausschreibung hat es natürlich auch sehr viele Gespräche gegeben und es wurde auch zugesagt, dass die Prozesse jetzt gemeinsam mit der Dienststelle Steuerverwaltung eben auch neu strukturiert werden. Wir sind da jetzt eigentlich schon der Meinung, dass das Verbesserungspotenzial gegeben ist, und hoffen auch, dass es in Zukunft funktionieren wird.

GR. KR. Schönberger: Ich hoffe, dass mit dem neuen Vertrag nicht nur die Dinge der Vergangenheit beseitigt sind, sondern dass es zu einer besseren Zusammenarbeit kommt. Ich hoffe auch, dass es letzten Endes im Zuge der Digitalisierung zu einer größeren, flächendeckenderen Überwachung der Kurzparkzonen kommt. Ich rede im Speziellen von der Neustadt, wo es doch sehr häufig der Fall war, dass man zuerst anrufen musste und sagen musste, kommt einmal vorbei, schaut euch das an. Da stehen tagelang die Autos in den Parkverboten bzw. auch in den Kurzparkzonen und es passiert teilweise überhaupt nichts.

Zudem hoffe ich, dass man bei der Digitalisierung das Thema der Bewohnerkarten als solches einmal flächendeckend in Wels angeht und hier ein Konzept hat. Hier muss ich wieder explizit die Neustadt ansprechen. Dort haben wir einfach bei den Häusern kaum Parkgaragen dabei. Die Leute müssen dort oberflächlich parken. Ich glaube, hier muss eine Lösung geschaffen werden, die es speziell den älteren und den nicht so einkommensstarken Mietern ermöglicht, Bewohnerkarten zu lösen. Auch das ist letzten Endes ein Teil der Überwachung oder der vorgelagerten Beschlüsse, die zu fassen sind, wenn man das Überwachungssystem vereinfachen oder ausdehnen will. In diesem Sinne hoffe ich, dass wir in Zukunft zufrieden sind und eine vernünftige Überwachung in Wels bekommen.

GR. Markus Faber: Ich hätte eine Frage bezüglich des Datenschutzes. Ich würde gerne wissen, wie lange die Kennzeichen gespeichert werden? Wo werden die gespeichert? Kann man dann langfristig nachvollziehen, (wenn man diese Daten hat) wer, wo und wie lange geparkt hat? Das Ganze erscheint mir irgendwie ein bisschen unsicher, aber vielleicht können Sie mich aufklären.

Vzbgm. Kroiß: Diese Systeme gibt es ja auch schon woanders. Wenn Sie heute in einen Parkplatz reinfahren mit einem Kennzeichenerfassungssystem, dann werden diese Kennzeichen gespeichert und über eine Anonymverfügung wird die Strafe ausgestellt. Wie lange sie gespeichert werden, kann ich Ihnen jetzt nicht sagen. Aber das muss dann, wenn das System umgestellt wird, ganz genau gemacht werden. Es wird hier keine Probleme geben, was den Datenschutz betrifft, denn dann wäre das in ganz Österreich nicht möglich.

GR. Weidinger: Auch noch eine kurze Frage meinerseits. Im Sachverhalt des Amtsberichtes ist enthalten, dass die Überwachung der Kurzparkzonen und des

ruhenden Verkehrs der Stadt Wels wieder ausgeschrieben wurde. Betrifft das hier auch die Stadtteilüberwachung, wie wir sie bereits im Krankenhaus hatten?

Vzbgm. Kroiß: Ja.

GR. Weidinger: Das heißt, diese Verträge werden eigentlich wieder eins zu eins übernommen.

Vzbgm. Kroiß: Danke einmal für die Diskussion. Ich möchte schon zu Beginn sagen, dass das mit Sicherheit kein Schildbürgerstreich war, wie der Kollege GR. Schatzmann sagt, sondern das war durchaus ein berechtigtes Interesse der Fachdienststelle. Wenn man sich bei einer Neuausschreibung Geld spart, ist das ja durchaus auch legitim.

Kollege GR. Schatzmann, Sie haben gesagt, das war mit ganz viel Tamtam. Man muss einmal fragen: Woher ist denn das Tamtam gekommen? Weil ein Gemeinderat gemeint hat, die ganze Kündigung hat einen Beigeschmack, deswegen hat das Tamtam angefangen. Es war nicht Ihre Fraktion, aber dadurch ist es dann gekommen, wie es gekommen ist. Und ich bin natürlich bei Ihnen. Man muss schauen, wie man das löst und das haben wir im Ausschuss auch diskutiert. Wie löst man diese Problematik mit den Behindertenausweisen? Das muss man nämlich österreichweit lösen. Wien sollte ja nächstes Jahr umstellen und da bin ich gespannt, wie die das angehen. Wien wird viel mehr haben, aber ich bin auch der Meinung, hier muss es schon eine verträgliche Lösung geben.

Lieber Kollege GR. KR. Schönberger, wir versuchen natürlich auch, dass die Kurzparkzonen, speziell die Flurgasse (das ist die größte, die mir derzeit einfällt), durch dieses Car auf- und abgefahren wird. Es ist auch in der Ausschreibung enthalten, dass im Zuge dieser digitalen Umstellung die Bewohnerkarten und natürlich auch diese Firmen-Ganzjahreskarten digital erfasst werden müssen. Es macht ja keinen Sinn, wenn jemand eine Bewohnerkarte hat und einen Strafzettel bekommt. Das ist vertraglich geregelt. Ich ersuche daher um Zustimmung zu diesem Antrag.

Der Antrag zu Punkt 12. der Tagesordnung wird

31 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Fraktion, NEOS,
MFG, GR. Mag. Drack)

gegen

3 Stimmenenthaltungen (GRÜNE-Fraktion ohne GR. Drack)

angenommen.

13.)

Welser Sportvereine;
Sportstättenanierungskonzept;
Abschluss einer Subventionsvereinbarung
BK-Sport-145-2024

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss am 04.12.2025:

Die Subventionsvereinbarung (Beilage 1) zwischen der Stadt Wels und der [anonymisiert] betreffend die Gewährung einer Subvention in Höhe von € 4.250.000,00 für diverse Baumaßnahmen wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Berichterstatterin Vizebürgermeisterin Christa Raggl-Mühlberger

14.)

Kündigung des Vertrages zur Vermittlung von Gesundheitspersonal
SenB-300-04-2-2024/1

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Sozial-, Kultur- und Frauenausschuss am 02.12.2025:

Das Kündigungsschreiben der Stadt Wels vom 31.10.2025 betreffend Vermittlung von Gesundheitspersonal (Beilage 1) wird beschlossen.,

GR. Ebetshuber: Vorweg, wir werden als Fraktion der Vertragskündigung zustimmen. Dennoch bleiben für uns als Fraktion einige Punkte offen, die einer Klärung bedürfen. Zum einen ist in den Unterlagen nicht ersichtlich, wie genau sich die geleistete Auftragspauschale in der Höhe von 28.620,- Euro zusammensetzt.

Unter Punkt 3 des Vertrages sind die Honorarbedingungen und Kosten aufgeführt. Allerdings lassen sich weder die Auftragspauschale von 28.620,- Euro noch der gesamte jährliche Betrag von 71.000,- Euro, beinahe 72.000,- Euro, nachvollziehen.

Das Stichwort „jährlich“ führt mich zur nächsten Frage. Der einstimmige Gemeinderatsbeschluss datiert mit 10.06.2024, also ziemlich genau vor eineinhalb Jahren. Im Punkt 4 des Vertrages ist die Rückzahlung der Auftragspauschale geregelt. Dort heißt es, dass nach Ablauf von 12 Monaten, falls kein geeigneter Kandidat gefunden wurde, die Kosten abzüglich der üblichen HR-Marketingpauschale an uns zurückzubezahlen sind. Wenn sich die Firma vertraglich verpflichtet hat, nach 12 Monaten die Auftragspauschale zurückzuzahlen, wieso diskutieren wir nach 18 Monaten über eine erhoffte Rückzahlung? Um die Höhe der HR-Marketingkosten? Wieso sind diese Beträge nicht bereits bekannt? Weiters ist in diesem Punkt die monatliche

Beitragspflicht festgelegt. Im vorliegenden Amtsbericht wird jedoch angegeben, dass diese ebenso nicht erfüllt wurde. Vor diesem Hintergrund stellt sich für uns die Frage, warum die selbst aufgelegte Berichtspflicht in den mehr als 12 Monaten ignoriert wurde und warum im Vorfeld keine Konsequenzen gezogen wurden. Um diese offenen Fragen sachlich und ohne ideologische Einflüsse klären zu können, hat unsere Fraktion einen Prüfauftrag für den städtischen Rechnungshof vorbereitet. Wir laden die Kollegen der anderen Fraktionen herzlich ein, diesen mit ihrer Unterschrift zu unterstützen.

GR. Mag. Stögermüller, MBA: Als wir diesen Vertrag im Juni 2024 beschlossen haben, habe ich gesagt, dass ich die intensivierete Personalsuche im Pflegebereich anerkenne. Wir haben dem Vertrag daher damals auch zugestimmt.

Wir wissen heute, dass die Zusammenarbeit mit dem betreffenden Unternehmen wenig bis gar nicht erfolgreich war. Die finanziellen Auswirkungen auf die Stadt sind noch zu klären. Ich glaube, GR. Birgit Ebetshuber hat es schon sehr detailliert ausgeführt. Wir sind bei dem Prüfantrag natürlich dabei, weil wir für eine transparente Aufarbeitung sind. Danke für die Einladung.

Was ich damals beim Beschluss auch gesagt habe, und das möchte ich bei dieser Gelegenheit wiederholen, war: „Die Personalsuche im Ausland ist besser als nichts, aber es ist viel zu wenig.“ Ich habe gesagt, ich erwarte mir von den verantwortlichen Freiheitlichen, dass sie endlich auch in die soziale Infrastruktur investieren und in bessere Arbeitsbedingungen für die Pflege. So wie es zum Beispiel andere machen mit z.B. einer zusätzlichen Urlaubswoche oder mit eigenen Kinderbetreuungsangeboten für die Mitarbeiter in den Alten- und Pflegeheimen.

Ich bin heute noch genauso überzeugt wie damals, wir werden nur dann ausreichend Personal im Pflegebereich finden, wenn wir endlich die Arbeitsbedingungen für diese Menschen verbessern. Deshalb appelliere ich heute wieder an die zuständige Sozialreferentin. Der zuständige Personal- und Finanzreferent ist nicht mehr da, aber ihr könnt es ihm ja ausrichten. Es würde unserer Stadt ja freistehen, den Personalschlüssel in den Alten- und Pflegeheimen besser als das gesetzlich vorgeschriebene Mindestausmaß zu gestalten.

Weiters würde es unserer Stadt auch freistehen, dass wir eigene Ausbildungswege im Pflegebereich anbieten oder dass wir in die Digitalisierung und künstliche Intelligenz investieren, um den Pflegealltag für die Mitarbeiter zu entlasten. Die Referentin hat es heute schon ausgeführt, dass hierfür etwas in den kommenden Jahren budgetiert ist. Aber unseren konkreten Vorschlag, welchen wir in der letzten Gemeinderatssitzung eingebracht haben, hat die FPÖ-Fraktion nicht mitbeschlossen - genauso wie alle anderen Vorschläge, die wir bisher im Pflegebereich eingebracht haben. Wenn wir die Pflege in dieser Stadt auch in der Zukunft absichern wollen – und wir wissen alle, vor welchen demografischen Herausforderungen wir stehen – dann wird es bessere Arbeitsbedingungen und eigene Ausbildungswege brauchen. Es bleibt nur zu hoffen, dass das irgendwann auch bei den Freiheitlichen ankommt.

GR. Wippl, BA BA LL.M.: In den letzten Tagen wurde öffentlich seitens der SPÖ-Fraktion scharfe Kritik an der Pflegerekrutierung der Stadt Wels geübt. Leider ist der Kollege GR. Reindl-Schwaighofer, MBA, heute nicht anwesend, aber ihr könnt es ihm ja gerne

ausrichten. Diese Kritik ist nicht nur unbegründet, sondern vermittelt ein verzerrtes Bild der aktuellen Situation in unserer Stadt. Ich möchte dabei einige Fakten klarstellen.

Die Stadt Wels befindet sich aktuell in einer glücklichen und stabilen Situation, was die Langzeitpflege betrifft. Wir haben keine Wartelisten, wir haben ausreichend Personal und keine Wartezeiten für Menschen, die einen dringenden Pflegeplatz benötigen. Ganz im Gegenteil. Derzeit fehlt es nicht an Pflegeplätzen, sondern an Heimbewerbern. Wir haben freie Betten. Von einem Engpass oder einer Versorgungskrise, wie es in den Medien erwähnt wurde, kann nicht gesprochen werden. Das ist schlichtweg falsch und entspricht nicht den Fakten.

Seitens der Sozialreferentin und des gesamten Bereichsteams im Sozialbereich werden laufend konsequente Anstrengungen unternommen, um Pflegepersonal zu gewinnen. Es werden die unterschiedlichsten Wege beschritten, sei es durch die klassischen Ausschreibungen, die in Zusammenarbeit mit Personaldienstleitern oder auch in Kooperation mit dem Land Oberösterreich und den Sozialhilfeverbänden. Zu sagen, dass die Sozialreferentin untätig und nicht bemüht ist und keine geeinte Fachkräftestrategie führt, ist schlichtweg falsch.

Besonders befremdlich ist dabei für mich: Die Beauftragung der nun kritisierten Agentur wurde einstimmig im Gemeinderat beschlossen. Im letzten zuständigen Ausschuss gab es keine einzige Wortmeldung, die in Richtung Kritik ging. Jetzt im Nachhinein so zu tun, als wäre dieses Projekt von Anfang an falsch gewesen, ist unehrlich und politisch auch nicht redlich. Es entsteht zunehmend der Eindruck, egal was die FPÖ-Fraktion macht und egal in welchen Bereichen, die SPÖ-Fraktion ist schlichtweg einfach dagegen. Wird ein Projekt nicht umgesetzt, ist sie dagegen. Wird es umgesetzt, ist sie auch dagegen. Das ist keine konstruktive Oppositionsarbeit, das ist meines Erachtens ein reines Dagegensein.

Erlauben Sie mir zum Schluss noch eine Klarstellung. Man muss hier im Gemeinderat nicht immer einer Meinung sein, aber da, wo gearbeitet wird, sollte man dies auch anerkennen. Im Sozialbereich und seitens unserer Sozialreferentin wird gearbeitet und das tagtäglich. Liebe SPÖ, wäre das Kritisieren eine Sportart, würdet ihr regelmäßig um Gold spielen.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Ich möchte schon noch zu ein paar Dingen replizieren. Denn gerade aufgrund der Presseaussendung der SPÖ-Fraktion möchte ich ein paar Dinge dazu sagen. Zur GR. Mag. Stöger Müller, MBA: Es hat ja bereits Offensiven gegeben. Man muss es ehrlich sagen: In Salzburg wurde jetzt wieder ein Kurs gestrichen, weil es zu wenige Teilnehmer gab. In Oberösterreich geht es uns ganz genauso und das weiß man vom BFI, dass es derzeit leider zu wenige gibt, die diese Ausbildung machen möchten. Man muss sich vielleicht einmal überlegen, ob man die Ausbildung attraktiver macht. Aber es gibt derzeit zu wenige Bewerber und das muss man einmal sagen. Es nützt uns gar nichts, wenn die Stadt jetzt einen eigenen Ausbildungskurs hat, wenn er dann nicht voll ist. Nicht einmal das BFI kann die Kurse füllen.

Ich möchte jetzt trotzdem noch kurz zur Aussendung von der SPÖ-Fraktion replizieren, denn ich finde es schon sehr unredlich, hier von einem Pflegenotstand mit Langzeitpflegeplätzen zu sprechen. Es ist mir schon klar, dass die Anfrage für die SPÖ-Fraktion nicht so ausgefallen ist, wie man sich das vielleicht wünschen möchte. Ich sage

es hier noch einmal ganz deutlich: Es gibt keine Wartezeiten. Wir haben derzeit eine Überkapazität an Betten und keine Bewerber. Ich hoffe, dass man das endlich einmal versteht und nicht hier auf Kosten der älteren und pflegebedürftigen Menschen Ängste und Befürchtungen schürt, denn das ist mehr als unredlich.

Man sollte vielleicht auch bei der Wahrheit bleiben. Denn es geht nicht um 72.000,- Euro, sondern um 28.000,- Euro. Wenn man Presseaussendungen macht, dann sollten diese bei der Wahrheit bleiben und nicht Ängste schüren und es sollten keine Lügen verbreitet werden. Ja, klar, wir hätten uns auch erhofft, dass wir mit dieser Firma Pflegepersonal lukrieren können. Wir haben es nicht geschafft. Aber es ist so wie bei jedem anderen Job auch. Das kostet alles Geld. Wir praktizieren das in der Stadt, wir machen das, und jetzt haben wir hier eine Firma mit der es leider nicht geklappt hat. Aber ich glaube, einen Versuch war es wert und dazu stehe ich auch.

Der Antrag zu Punkt 14. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Ralph Schäfer, BSc MSc

15.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015 (Änderung Nr. 132) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 2/2015 (Änderung Nr. 67)
BauR-269-05-6-2025

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Bau-, Wohnungs- und Stadtentwicklungsausschuss am 01.12.2025:

Die Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (132. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 2/2015 (67. Änderung) wird beschlossen.

GR. Vogl: Grundsätzlich haben wir auch im Ausschuss schon zugestimmt. Nur hat es auch im Ausschuss genau dieselbe Diskussion gegeben, was ich jetzt auch ansprechen möchte. Wir haben bei den Oberfelderhöfen ein Problem mit dem Verkehr. Es ist alleine mit den Wohnungen schon ein großes Problem. Es wird mit einem Kindergarten nicht besser. Nicht nur der Individualverkehr ist das Problem, sondern auch der öffentliche Verkehr. Wie kommt man denn wirklich dorthin? Wenn man jetzt mit kleinen Kindern in den Kindergarten fahren möchte, könnte man nicht einmal auf den öffentlichen Verkehr umsteigen. Da ist schon die Frage: Der Kindergarten ist jetzt vielleicht dazugekommen,

aber das Bauprojekt Oberfelderhöfe entsteht ja nicht von heute auf morgen. Wir haben das bei vielen anderen Bauprojekten auch, dass wir in der Planung so weit sind und mit dem Bau loslegen können, aber dass man trotzdem mit der Infrastruktur hinterherhinkt.

Es steht auch auf der Homepage der Stadt Wels – Bauen, Wohnen und Stadtentwicklungsangelegenheiten, das sind deine Aufgaben. Da muss ich schon sagen, dass der Verkehr oder die Infrastruktur dafür auch irgendwo Stadtentwicklung ist. Jetzt kann man natürlich wieder sagen: „Gut, wir haben einen Verkehrsstadtrat, soll sich der darum kümmern, der soll die Arbeit machen.“ Der Meinung bin ich auch. Meine Güte, StR. Ganzert soll ja bitte etwas arbeiten. Ich sage ja nicht, dass er nichts tun soll. Aber da muss man schon auch sagen, das liegt irgendwo bei der Stadtentwicklung. Es kann nicht sein, dass wir bei jedem zweiten Bauprojekt im Ausschuss darüber diskutieren: „Haben wir schon den Radverkehr mitbedacht? Wie machen wir das mit der Zu- und Abfahrt?“

Wir haben nun in der Karl-Bregartner-Straße eine Stichstraße, das heißt, die Zu- und Abfahrt muss über dieselbe Straße passieren. Das ist alles nicht ideal und nicht fertig gedacht. Das muss man ganz einfach einmal so sagen. Wenn man das schon Jahre davor weiß - und das ist bei Bauprojekten meistens der Fall – könnten wir auch Jahre davor anfangen, die Infrastruktur, die es zum Beispiel für den Verkehr braucht, mitzudenken und mitzuplanen. Man muss ja nicht immer bis auf den letzten Meter warten und dann erst anfangen. Man kann ja auch proaktiv darauf zugehen.

StR. Schäfer, BSc MSc: Danke für die Diskussion. Spannende Worte aus einer Fraktion, aus der der vorhergehende Planungsreferent kam und welcher dieses Bauprojekt so, wie es jetzt ist, auf die Wege gebracht hat. Wir haben dieses tolle Bauprojekt um den Kindergarten erweitert und sind froh, dass wir die Kapazitäten in der Kinderbetreuung ausbauen können.

Zur Planung der Stichstraße, Karl-Bregartner-Straße. Herr Kollege, da ist natürlich eine Überlegung dahinter. Es ist auch ein Ringausbau dieser Karl-Bregartner-Straße geplant. Dieser ist wirklich nur geplant, da wir die Grundeigentumsverhältnisse nicht herzaubern können. StR. Stefan Ganzert weiß das so gut wie ich, das ist ein allgemeines Problem. Die Stadtplanung betrifft mich als Referenten. Die Verkehrsplanung hängt auch an der Stadtentwicklung. Ich kann jetzt nur für mich sprechen, aber ich bin mir sicher, StR. Stefan Ganzert hat dasselbe auch schon getan. Wir sind in Abstimmung mit den Wels Linien und es wird hier über kurz oder lang auch eine zusätzliche Haltestelle geben, da richtigerweise die Wallererstraße eine sehr viel befahrene Straße ist. Auch die Oberfeldstraße ist eine sehr viel befahrene Straße. In Zukunft werden einige neue Wohneinheiten im Bereich Neustadt Nord kommen. Das heißt, ich darf beruhigen, wir widmen heute nur die Freifläche der Kinderbetreuungseinrichtung. Das wird der Garten sein, wo die Kinder dann spielen können. Aber ich kann Sie alle beruhigen, wir sind in Abstimmung mit den Wels Linien, das Problem ist bekannt und wir werden auch sukzessive mit den Baufertigstellungen den öffentlichen Verkehr hier in Gleichgang bringen.

Der Antrag zu Punkt 15. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 325/A.1 (Stadtteil: Lichtenegg)
BauR-269-06-8-2022

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Bau-, Wohnungs- und Stadtentwicklungsausschuss am 01.12.2025:

Die Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 325/A.1 (Stadtteil: Lichtenegg) wird beschlossen.

GR. KR. Schönberger: Ich habe es bereits im Ausschuss gesagt: Diese Brücke oder dieser Weg wird sehr häufig auch von Radfahrern benutzt, die in die Freizeitanlage wollen. Es wurde mir im Ausschuss versichert, dass es dort eine kleine Brücke, unmittelbar vor einem Gasthaus gibt. Ich weiß nicht, ob das irgendwer schon einmal besichtigt hat. Ich gehe doch öfter darüber. Aber es wundert mich doch stark, dass man auf der einen Seite öffentliches Gut zurückwidmet und auf der anderen Seite sagt: „Wir haben dort eine Ersatzlösung“ und dann findet man nicht einmal irgendwo einen Budgetansatz, dass man dort einen ordentlichen Weg in Zukunft herstellen will, zumindest nicht in den nächsten 2 Jahren. Ich hoffe, dass man diese Rückübertragung nicht in den nächsten 2 Jahren vielleicht machen muss, sondern irgendwann, wenn die Ersatzwege schon dementsprechend hergestellt sind. Bis jetzt gibt es nicht einmal einen Ansatz.

Was auch sehr verwunderlich ist und das dürfte vielleicht auch die Öffentlichkeit und die anderen Kollegen aus dem Gemeinderat interessieren – der Mobilitätsreferent, der ja bei diesen Widmungen in den Planungen immer wieder angesprochen wird, ist überhaupt nicht eingebunden. Man hat in dieser Abteilung überhaupt nicht gewusst, dass dort eine Veränderung stattfinden wird. Das ist eine Sache, die mehr oder minder nur mehr den Planungsausschuss oder Planungsstadtrat betrifft. Ich würde mir schon wünschen, wenn es um Auflösungen von Straßen und Radwegen oder Verbindungen geht, dass man sich hier schon vorher referatsübergreifend committet, weil es dann auch andere Überlegungen und andere Sichtpunkte dazu gibt, außer dass man dort Schnee räumen muss. Aber das passiert ja bei vielen Straßen. Ich nehme nicht an, dass die Moosbachstraße jene Straße war, wo zuerst Schnee geräumt wurde und wo der Schneepflug gleich hinfahren musste, weil einmal in 3 Jahren ein bisschen Schnee lag. Ich glaube, die Erhaltung in dieser Ecke wäre nicht so wahnsinnig groß, dass man sich das als Stadt Wels nicht auch in Zukunft hätte leisten können. Aber wie gesagt, ich würde mir wünschen, dass man Ersatz schafft bzw. zumindest eine Planung vornimmt, bevor man etwas wegnimmt. Und das ist hier eben nicht passiert.

StR. Schäfer, BSc MSc: Danke für die Diskussion. Ich kann mich hier nicht ganz anschließen nachdem die Stadtplanung und auch der Baudirektor mit seinen Mitarbeitern diese Planung bezüglich dieses Bebauungsplans durchgeführt hat. Und nachdem auch die Verkehrsplanung zu den Mitarbeitern des Baudirektors gehört, bin ich mir sogar sicher, dass bei der Verkehrsplanung gefragt wurde. Ob der Verkehrsreferent persönlich eingebunden wurde, kann ich zu diesem Zeitpunkt nicht sagen, aber ich nehme an, dass

sich Herr Kollege StR. Ganzert ebenso auf seine Fachplaner und Verkehrsplaner verlässt. Deswegen kann ich dem Argument vom Kollegen GR. KR. Schönberger nicht ganz nachkommen.

Der Antrag zu Punkt 16. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Thomas Rammerstorfer

17.)

Betriebsverein;
Abschluss einer Subventionsvereinbarung
BK-J-274-2025

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Umweltausschuss am 27.11.2025:

Die Subventionsvereinbarung (Beilage 1) zwischen der Stadt Wels und dem Betriebsverein betreffend die Gewährung einer Subvention in Höhe von € 128.000,00 wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktionen
betreffend Absehen von einer Erhöhung der Grundsteuer,
Resolution an den Nationalrat und die Bundesregierung
Verf-015-I-30-2025

GR. Aspetzberger: Wer aktuell die Zeitungen im Land durchliest, der wird unweigerlich darüber stolpern, dass sowohl der Bund als auch das Land und die Gemeinden schwere finanzielle Probleme haben. Wir haben das große Glück, dass wir heute ein sehr gutes Budget verabschiedet haben und dass die Stadt Wels ausreichend Finanzmittel hat. Man merkt in der politischen Diskussion in den Medien und auch in den Gesprächen mit vielen Politikern auf Bundes- und Landesebene, dass man darüber nachdenkt, die Grundsteuer zu erhöhen. Wir glauben, eine Erhöhung der Grundsteuer ist eine direkte Belastung der

Bürger. Was machen natürlich große Immobilieninvestoren oder Immobilienbesitzer? Sie geben die Grundsteuer aufgrund der Betriebskosten direkt an den Mieter weiter, was zu weiteren Belastungen der Bevölkerung führen wird. Wir glauben, dass die finanzielle Stabilität der Gemeinden auf Dauer nur sichergestellt werden kann, wenn es entsprechende Umverteilungen und Reformen seitens des Bundes gibt.

Daher stelle ich den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen: „Der Gemeinderat der Stadt Wels fordert die Bundesregierung und den Nationalrat auf, von einer Erhöhung der Grundsteuer abzusehen, weil damit eine Steigerung der Wohn- und Mietkosten zu befürchten ist und die Inflation angefacht wird“. Ich bitte um Diskussion und Beschlussfassung.

GR. Markus Faber: Wir GRÜNE-Fraktion sehen eine Grundsteuerreform als überfällige Maßnahme, die soziale Gerechtigkeit stärken kann und Gemeinden finanziell absichert. Wir möchten, dass vor allem große Immobilienbesitzer und nicht kleine Eigentümer stärker beitragen. Dazu gibt es sehr konkrete Vorschläge. Etwa der Umstieg auf ein Bodenwertmodell, bei dem nur der Bodenverbrauch versteuert wird. Das würde sich auch positiv auf den Gesamtbodenverbrauch auswirken. Wichtig wäre es auch, die Grundsteuer aus den Betriebskosten zu nehmen. Es ist ja tatsächlich nicht einzusehen, warum die Mieter die Steuern für das Grundeigentum übernehmen sollen.

Liebe FPÖ-Fraktion und liebe ÖVP-Fraktion, ihr wisst sehr wohl, dass es leicht möglich wäre, die Grundsteuer sozial ausgewogener zu gestalten. Euch fehlt schlichtweg das Interesse daran. Wenn sich die ÖVP-Fraktion und FPÖ-Fraktion gegen eine Erhöhung von Steuern aussprechen und argumentieren, die Bevölkerung sei genug belastet, geht es in der Regel um vermögensbezogene Steuern. Wir sollten uns dann fragen, welchen Teil der Bevölkerung sie meinen und wessen Interesse die ÖVP-Fraktion und FPÖ-Fraktion wirklich vertreten. Wir werden dann feststellen, dass es die Interessen derer sind, die ohnehin viel haben. Es sind vor allem die großen Immobilienbesitzer, die die Freiheitlichen und die Volkspartei hier wieder einmal schonen wollen. Zudem ist dieser Antrag in hohem Maße unsolidarisch mit den vielen Gemeinden, die auf Mehreinnahmen angewiesen sind, um etwa Ausgaben für die Kinderbetreuung und andere kommunale Dienste stemmen zu können.

GR. Aspetzberger: Herr GR. Markus Faber, wir können uns Ihrer Meinung nicht anschließen, wenn Sie von Großimmobilienbesitzern sprechen. Was glauben Sie denn, was die Großimmobilienbesitzer mit ihren Immobilien machen, dass sie einfach so heizen oder errichten? Das halte ich für völligen Schwachsinn, was sie sprechen. Die Großimmobilienbesitzer vermieten ihre Wohnungen natürlich und wollen mit diesen Immobilieninvestments auch eine Rendite erzielen. Und dann ist es natürlich völlig verständlich, dass die Grundsteuer auch an den Mieter weitergegeben wird. Aber da frage ich Sie: Wer mietet denn diese Wohnungen? Die Großimmobilienbesitzer werden diese Wohnungen wohl nicht mieten, sondern es werden die Leute mieten, für die es schon ein wesentlicher Mehrkostenaufwand ist, wenn sie diese erhöhte Grundsteuer dann auch bezahlen müssen. Wir glauben schon, dass es der richtige Weg ist, dass man diese Grundsteuer entsprechend aussetzt, es betrifft ja nicht nur die privaten Mieter, sondern genauso Unternehmen usw. Wir haben heute schon eine große Budgetdiskussion gehabt, bei der ja alles Mögliche und fast von jedem etwas gesagt wurde. Dabei war auch das Thema, dass unsere Wirtschaft massive Probleme in diesem

Land hat, dass unsere Lohnstückkosten gleich hoch sind wie beispielsweise jene in der Schweiz. Ich verstehe Ihre Ansicht überhaupt nicht. Ich hoffe, wir finden eine große Zustimmung.

Der Dringlichkeitsantrag wird mit

gegen 22 Ja-Stimmen (FPÖ- und ÖVP-Fraktion, NEOS, MFG)
und 4 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)
8 Stimmenenthaltungen (SPÖ-Fraktion)
angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung. Wir sind nun am Ende der Sitzung angelangt. Ich möchte mich auch noch für die gute Zusammenarbeit im Jahr 2025 bedanken. Ein Großteil unserer Beschlüsse wurde ja einstimmig gefasst. Ich darf jetzt schon Frohe Weihnachten und einen guten Rutsch ins Jahr 2026 mit viel Kraft, Gesundheit und vor allem mit viel Zuversicht wünschen.

H I N W E I S für Internet-Nutzer:

Diese Verhandlungsschrift wird in der Sitzung des Gemeinderates am 16.03.2026 zur offiziellen Genehmigung aufgelegt. Bis dahin besteht seitens der Mitglieder des Gemeinderates die Möglichkeit, Einsprüche gegen deren Inhalt zu erheben. Daraus resultierend könnten sich ev. Änderungen geringfügiger Art ergeben